

Preussische Allgemeine



Nr. 49 · 9. Dezember 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Haben die Grünen ihren Zenit schon überschritten? **Seite 3**

Entzauberung von Bullerbü



AUFGEFALLEN

Weltmeister der Doppelmoral

Es war *die* Szene der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-WM in Katar. Beim obligatorischen Gruppenfoto vor der Auftaktpartie gegen Japan hielten sich die Spieler der DFB-Elf die Hand vor den Mund, um damit gegen den Weltverband FIFA zu protestieren, der den Deutschen das Tragen der „One Love“-Armbinde untersagt hatte, mit der diese gegen die Unterdrückung sexueller Minderheiten im Gastgeberland protestieren wollten.

Über die Szene und ihre ablenkende Wirkung für die deutsche Mannschaft ist seitdem viel geschrieben worden, auch auf „paz.de“. Worüber jedoch kaum gesprochen wurde, ist das sonstige Verhältnis der deutschen Spieler zum Gastgeberland Katar. Fünf der Mund-zu-Halter vom Japan-Spiel, unter anderem Kapitän Manuel Neuer, stehen beim FC Bayern München unter Vertrag, zu dessen wichtigsten Sponsoren Qatar Airways, die nationale Fluggesellschaft des Emirats, gehört. Sichtbarstes Zeichen dieser Partnerschaft ist der Schriftzug „Qatar Airways“ auf den Ärmeln der Trikots des Rekordmeisters. Wann und wo auch immer die Bayern also auflaufen, werben sie gut sichtbar für das Land, über dessen Standards sie sich nun bei der WM ereiferten. Irgendwelche Proteste der Spieler dagegen waren bislang nicht bekannt. Doch warum dann das Theater bei der Nationalelf?

So sind die Deutschen nicht nur sportlich in Katar gescheitert, sondern auch auf einem Gebiet, auf dem sie sich besonders überlegen fühlten – dem der Moral. Denn ihre Moral entpuppte sich allzu schnell als Doppelmoral. *neh*

SPORT UND POLITIK

Das deutsche Problem ist größer als der Fußball

Warum das Abschneiden der Nationalmannschaft in Katar ein Warnsignal an die gesamte Gesellschaft ist

VON RENÉ NEHRING

Das vorzeitige deutsche Ausscheiden bei der Fußballweltmeisterschaft in Katar ist eine Zäsur. Zum zweiten Mal in Folge – nach der WM 2018 in Russland – war das wichtigste Turnier der Welt für die erfolgsverwöhnte Nationalmannschaft schon in der Vorrunde zu Ende.

Während die Anhänger der großen Fußballnationen weiter ihren Mannschaften zujubeln, beginnt für die Verantwortlichen im Deutschen Fußball-Bund (DFB) und die Öffentlichkeit die Suche nach den Ursachen dieses wahrhaft historischen Ereignisses. Eine erste Konsequenz ist der Rücktritt des Geschäftsführers der Nationalelf, Oliver Bierhoff.

Galt das Ausscheiden vor vier Jahren vielen noch als eine Art Betriebsunfall, so dämmert nun nicht wenigen, dass der zweimalige K.o. einer Nation, die sonst regelmäßig das Halbfinale erreichte und jeweils viermal Weltmeister bzw. Vizeweltmeister wurde, eben kein zufälliges Unglück ist, sondern eher der Indikator eines Niedergangs. Eines Niedergangs, der keineswegs nur den Fußball betrifft.

Bei den olympischen Spielen von Tokio vor zwei Jahren gewannen die Deutschen nur noch zehn Gold-, elf Silber- und 16 Bronzemedailles – und schnitten damit schlechter ab als allein die westdeutsche Olympiamannschaft bei den Spielen

von Seoul 1988, die elfmal Gold, 14-mal Silber und 15-mal Bronze gewann. Warum der Vergleich zu 1988? Weil damals die DDR „zusätzlich“ zu den westdeutschen Medaillen 37 (!) Gold-, 35 Silber- und 30 Bronzemedailles gewann. Bezeichnend in Tokio war auch, dass die Deutschen bei zahlreichen Wettkämpfen wie dem Rudern, bei denen sie früher Medaillen in Serie gewannen, nun noch nicht einmal in jedem Wettbewerb Athleten aufbieten konnten, die mit den anderen Nationen um die Medaillen kämpften.

Spiegelbild der Gesellschaft

Natürlich darf man die Vergleiche zwischen den sportlichen Verhältnissen eines Landes und seiner Politik nicht überstrapazieren. Auch das zeigt das Beispiel von Seoul 1988, wo die DDR zweitbeste Mannschaft in der Medaillenwertung wurde – und sich ein Jahr später binnen weniger Monate auflöste, weil die eigenen Bürger den Staat satthatten.

Und doch steht das deutsche Abscheiden bei Olympia 2020 und nun bei der Fußball-WM in Katar symbolhaft für die Lage unserer Nation insgesamt. Denn auch auf anderen Feldern der Gesellschaft ist Deutschland in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgefallen. In der Rangliste der größten Stahlherzeuger der Welt belegt Thyssenkrupp als bestes deutsches Unternehmen nur noch Platz 35. Bei den größten Banken der Welt

steht die Deutsche Bank als größtes deutsches Geldinstitut auf Platz 22. Und bei der vielgepriesenen Produktion von Windkraftanlagen steht zwar mit GE Wind Energy ein deutsches Unternehmen auf Platz 1 der Liste der weltweit größten Windradhersteller, doch kommen sieben der zehn führenden Unternehmen dieser Branche aus China.

Neben dem skizzierten Niedergang an sich fällt auf, dass sich niemand darüber aufzuregen scheint. Weder gibt es eine Debatte über die Ursachen dieser Entwicklung noch über die Folgen für den allgemeinen Wohlstand. Schon lange zählen in der einstigen Heimat der Ingenieure und zahlreicher Nobelpreisträger nicht mehr Leistung und Zuverlässigkeit, Qualität und Erfolg. Stattdessen nötigen „Aktivisten“, Politiker und Journalisten einer bestimmten Richtung der Mehrheitsgesellschaft laufend neue Debatten über irgendwelche „Gerechtigkeits“-Fragen und Weltuntergangsthemen auf. Dass unterdessen das Bildungs- und Wohlstandsniveau sinkt, dass immer weniger in einem Land gelingt, das einst als Inbegriff von Perfektion galt, spielt alles keine Rolle. Was zählt, ist die richtige „Haltung“, das Gefühl, auf der Seite der „Guten“ und „Anständigen“ zu stehen.

Was das im Zweifel Wert ist, zeigt das Ergebnis von Katar. Es ist ein Menetekel, das zu übersehen die Deutschen teuer zu stehen kommen wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berliner Amtsstuben fehlt es massiv an Personal und moderner Technik **Seite 5**

Kultur

Das Frankfurter Städel zeigt Meisterwerke des „Göttlichen“ Guido Reni **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Litauen rüstet sich gegen Grenzübertritte aus dem Königsberger Gebiet **Seite 13**

Lebensstil

Neue und bekannte Lieder zur Weihnacht – intoniert von prominenten Künstlern **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

„Letzte Generation“ Das Anliegen der Klimakleber gilt als politisch korrekt. Umstritten ist im Establishment nur, inwieweit der Zweck die Mittel heiligt. Die politische Linke beantwortet diese Frage eher positiv

Die Grüne Internationale

Klimaextremisten können sich auf potente Helfer und Finanzierer weltweit stützen

VON HERMANN MÜLLER

Die zumeist per Strafbefehl verhängten Geldstrafen haben ganz offenbar bislang keine abschreckende Wirkung auf die Aktivisten der „Letzten Generation“ entfalten können. Dabei spielt möglicherweise die häufig geringe Höhe der Strafen eine Rolle, aber auch die Gegenreaktion der radikalen Klimaaktivisten. Der „Letzten Generation“ ist es nämlich gelungen, über Spendenaufrufe mehrere hunderttausend Euro einzusammeln. Laut Recherchen der „Welt“ hat die Gruppe so insgesamt mehr als 350.000 Euro erhalten.

Wie die Zeitung zudem berichtet, gehört zu den Spendern ein ehemaliger Grünen-Abgeordneter, der für den als gemeinnützig anerkannten Verein Wandelbündnis e.V. gespendet haben soll. Laut dem Bericht finanziert dieser Vereine Bildungsarbeit für die „Letzte Generation“.

Reiche Förderer in den USA

Zusätzlich profitieren die Klima-Radikalen von der Spendenbereitschaft sehr finanzkräftiger Privatpersonen aus den Vereinigten Staaten. Diese unterstützten sogar mit Zahlungen im sechsstelligen Bereich eine 2019 gegründete Stiftung namens „Climate Emergency Fund“. Zu den Spendern dieser Stiftung zählen Aileen Getty und Rory Kennedy, das jüngste der elf Kinder des US-Senators Robert F. Kennedy und dessen seiner Ehefrau Ethel. Getty wie Kennedy spendeten jeweils eine Million US-Dollar. Abigail Disney, Angehörige der Disney-Familie, gab 200.000 Dollar. Der Filmproduzent und Regisseur Adam McKay überwies gleich vier Millionen Dollar als Spende für Klima-Proteste.

Der in Kalifornien ansässige Climate Emergency Fund hat mittlerweile aus eingesammelten Spenden Millionenbeiträge an sogenannte Klimaschutz-Gruppen überwiesen. Nach eigenen Angaben hat die Stiftung bis Ende September dreieinhalb Millionen Dollar an elf Gruppen aus verschiedenen Ländern vergeben. Unterstützt wurden dabei Gruppen, die wie die „Letzte Generation“ zu einem „Herbstaufstand“ aufgerufen hatten.

Unterstützter in der EKD

Organisiert sind die derart unterstützten Protestgruppen zu einem großen Teil in



Blockierten mit ihrer Aktion den Flugverkehr auf dem Berliner Hauptstadtflughafen BER: Aktivisten der Gruppe Letzte Generation bewegen sich mit einem Fahrrad und einem Banner auf der Landebahn Foto: ddp images

einem internationalen Netzwerk namens „A22 Network“. Zu diesem gehören eine französische Gruppierung mit dem Namen „Dernière Rénovation“ (letzter Umbau), eine schwedische Gruppe „Äterstäl Vätmarker“ (Wiederherstellung von Feuchtgebieten) und ein britischer Ableger namens „Just Stop Oil“ (einfach mit

Öl aufhören). Die Benennung einiger weniger konkreter Maßnahmen durch die selbsternannten Klimaschützer soll offenbar in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, dass keine utopischen Forderungen aufgestellt werden, sondern Dinge gefordert werden, die schnell und einfach umgesetzt werden können.

Neben der finanziellen Unterstützung reicher Förderer können sich die Klima-Radikalen auch auf Rückendeckung in Gesellschaft, Parteien und Medien stützen. Anfang November zeigten Synodale der Evangelischen Kirche in Deutschland ganz offen ihre Sympathie für die „Letzte Generation“. Auf der Tagung der Protestanten in Magdeburg bekam die Aktivistin Aimée van Baalen 15 Minuten Redezeit, um ihre Forderungen und ihr Verständnis von zivilem Ungehorsam vorzutragen. Van Baalen sagte dabei, Menschen setzten ihre körperliche Unversehrtheit, ihre berufliche und familiäre Zukunft sowie ihren Alltag aufs Spiel, „weil alle anderen Protestformen erschöpft wurden“. Am Ende der Rede reagierte ein größerer Teil der Delegierten des Kirchenparlaments mit stehendem Applaus. Synodenpräsident Anna-Nicole Heinrich rief anschließend die Politiker auf, dem Beispiel der Kirche zu folgen und ebenfalls mit Mitgliedern der „Letzten Generation“ ins Gespräch zu kommen. Die Bewegung dürfe nicht in eine kriminelle Ecke gestellt werden, in die sie einfach nicht hingehöre, so die 26-Jährige.

Kurzbiographien



Aileen Getty, älteste Tochter und Erbin des Öl-Milliardärs John Paul Getty II. und Enkelin Jean Paul Gettys, spendete Klimaaktivisten eine Million US-Dollar.



Anna-Nicole Heinrich, Präses der Synode der Evangelischen Kirche, rief Politiker dazu auf, mit Mitgliedern der „Letzten Generation“ ins Gespräch zu kommen.



Jan Redmann, Brandenburgs CDU-Landtagsfraktionschef, sieht die „Letzte Generation“ zunehmend auf dem Weg zu einer kriminellen Vereinigung.

GRETCHENFRAGE

Extremistisch oder nicht?

Innenpolitiker und Sicherheitsbehörden sind sich über die Einstufung der selbsternannten Klimaschützer noch immer uneins

Als Verteidiger eines Aktivisten der „Letzten Generation“ hat Gregor Gysi vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten ein Plädoyer gehalten, das für einiges Aufsehen sorgte. Um einen Freispruch zu erreichen, argumentierte der prominente Politiker der Linkspartei und Rechtsanwalt zur Verteidigung eines Klima-Klebers, das Versammlungsrecht habe „Vorrang vor dem Recht, sich mit dem Auto irgendwo hinzubewegen“.

Am Ende fiel das Urteil doch anders aus, als sich dies Gysi und der Angeklagte vorgestellt hatten. Statt einen Freispruch zu verkünden, verurteilte das Amtsgericht

den 24-jährigen Studenten zur Zahlung von 90 Tagessätzen à 15 Euro, insgesamt also 1350 Euro. Der junge Mann war seit Jahresbeginn bereits an mehreren Straßenblockaden in Berlin beteiligt gewesen. Auch im Prozessverlauf hatte er bereits erkennen lassen, dass er auch nach der Urteilsverkündung nicht mit derartigen Aktionen aufhören werde.

Innenpolitiker und Sicherheitsbehörden sind über den richtigen Umgang mit den selbsternannten Klimaschützern noch immer uneins. Noch im November hatte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldewang (CDU),

erklärt, er sehe keinen Anlass zur Beobachtung der Klimabewegung „Letzte Generation“. Gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR) sagte Haldewang, das Begehen von Straftaten mache die „Letzte Generation“ nicht extremistisch. Er argumentierte wie folgt: „Extremistisch ist immer dann, wenn der Staat, die Gesellschaft, die freiheitlich demokratische Grundordnung infrage gestellt wird, und genau das tun die Leute ja eigentlich nicht.“ Aus Sicht des Verfassungsschutzpräsidenten fordert die „Letzte Generation“ die Funktionsträger zum Handeln auf und zeigt damit, „wie sehr man dieses System eigentlich respektiert“.

Haldewang musste für seine Einschätzung inzwischen scharfe Kritik einstecken. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte etwa, er könne beim besten Willen keinen Respekt vor der Demokratie erkennen. Für das Vorgehen der „Klimachauten“, die der Gesellschaft mit Gewalt ihre Ziele aufzwingen wollten, fehle ihm jegliches Verständnis, so Bayerns Innenminister. Sein Amtskollege Herbert Reul (CDU) aus Nordrhein-Westfalen erklärte, wer Flughäfen blockiere oder Rettungskräfte behindere, drehe an einer gefährlichen Eskalationsspirale.

Die Innenminister von Bund und Ländern haben auf ihrer Herbsttagung in München beschlossen, ein Lagebild bezüglich der Aktionen der „Letzten Generation“ erstellen zu lassen. Damit können sie die Strukturen und auch die Führung der Gruppierung unter die Lupe nehmen. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) sagte als Sprecher der unionsgeführten Innenressorts, die Aktionen der „Letzten Generation“ ließen sich nicht mehr als friedlicher Protest bezeichnen. Der Unionspolitiker sprach stattdessen von „politischen Erpressungsversuchen“.

GESETZESLAGE

Eine Lücke im Strafrecht

Lediglich eine Drahtschere benötigten sechs Mitglieder der „Letzten Generation“, um sich Ende November Zutritt zum Hochsicherheitsbereich des Flughafens BER zu verschaffen. Nach der Aktion steht die Frage im Raum, wie Deutschland seine kritische Infrastruktur besser schützen kann.

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) wies dabei auf die Möglichkeit hin, das Polizeigesetz des Landes zu schärfen. Er werde sich sehr genau anschauen, ob das bayerische Polizeigesetz wirkungsvoller sei, so Stübgen. In Bayern besteht die Möglichkeit, eine Person bis zu 30 Tagen in Gewahrsam zu nehmen, wenn dies zur Verhinderung einer Ordnungswidrigkeit mit erheblicher Bedeutung oder zur Verhinderung einer Straftat unerlässlich ist. Stübgen wies auch auf Nachbesserungsbedarf im Strafrecht hin: „Wir haben bemerkt, dass unser Strafgesetzbuch die besondere Schwere solcher Taten bezüglich der Störung kritischer Infrastruktur und Versorgung der Bevölkerung nicht

Wie kann Deutschland seine kritische Infrastruktur besser schützen?

hinreichend darstellt“, so Brandenburgs Innenminister.

Seine Kabinettskollegin Susanne Hoffmann (CDU) wies als Justizministerin ganz konkret auf den Paragraphen 316b des Strafgesetzbuches hin. Der Paragraph befasst sich mit der „Störung öffentlicher Betriebe“, indem „eine dem Betrieb dienende Sache zerstört, beschädigt, beseitigt, verändert oder unbrauchbar“ gemacht wird. Nicht erfasst sind dabei solche Aktionen der „Letzten Generation“, bei denen es meist um eine zeitweilige Blockaden kritischer Infrastruktureinrichtungen geht. H.M.

In Bullerbü gehen die Lichter aus

Gut ein Jahr ist die neue Bundesregierung im Amt. Vor allem die Grünen vermochten es, der Ampelkoalition ihren Stempel aufzudrücken. Angesichts einer vielfachen Problemlage scheint es jedoch, als habe der grüne Zeitgeist seinen Zenit überschritten

VON REINHARD MOHR

Zwei politische Schlagwörter hat das Jahr 2022 hervorgebracht: *Zeitenwende* und *Doppelwumms*. Auf den Wumms warten wir bis heute, doch den Beginn einer neuen Ära verspüren wir jeden Tag, spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Dabei geht es längst nicht nur um militärische und sicherheitspolitische Fragen, um fehlende Soldatenunterhosen, Panzerhaubitzen und Raketen: Vor allem die Wirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind durchschlagend.

Plötzlich wird überall SOS gefunkt, selbst beim zuständigen Katastrophenschutz: bedrohliche Energieengpässe, Rekordinflation, Arbeitskräftemangel, Schuldenberge und eine Infrastruktur nicht nur bei der Bahn, die an die Wiederaufbaujahre nach dem Krieg erinnert. Dazu eine neue Flüchtlingswelle auch jenseits der ukrainischen Tragödie, drohende Blackouts und ausgesprochen fatale Ergebnisse einer Bildungsstudie, derzufolge immer mehr Kinder nicht mehr richtig lesen und schreiben lernen. So droht eine Generation chancenloser Analphabeten heranzuwachsen.

Ein grünes Himmelreich auf Erden

Es ist, als sei nach 16 Merkel-Jahren der Schleier gelüftet worden, der über dem Land lag. Nun liegen viele Dinge ziemlich nackt vor unser aller Augen. Manch einer könnte verzweifeln, wäre da nicht unser unerschütterlicher Bundeskanzler mit seiner fürs ganze Jahr geltenden Weihnachtsbotschaft „You'll never walk alone!“ (Du gehst niemals allein!). Das hat zwar nicht einmal Jesus Christus versprochen, aber das rotgrüne Himmelreich liegt ja auch schon auf Erden. Um genauer zu sein: Eigentlich ist es ein ur-grünes Himmelreich, ein irdisches Paradies im Hier und Jetzt.

Es hört auf den Namen „Bullerbü“, Inbegriff eines idyllischen Gesellschaftszustands mit schwedischem Migrationshintergrund – Astrid Lindgrens idealtypische Kindheitsutopie ihres Geburtsortes Vimmerby. „Bullerbü“ auf deutsch, das ist ein Traumland voller Windräder, Hüpfburgen und Lastenfahrräder, harmonisch, naturnah, konflikt- und plastikfrei, eine bunte, diverse, klimaneutrale, gender- und LGBTIAQ+-gerechte, ebenso grenzenlose wie weltoffene Gesellschaft, achtsam und tolerant gegenüber jederfrau. Über die Einhaltung der Regeln wachen die Antidiskriminierungs- und der Queer-Beauftragte, in voller sprachlicher Pracht: „Der Beauftragte der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“.

Selbstverständlich ist der Mann im Rang eines Parlamentarischen Staatssekretärs (Besoldungsgruppe B11) ein Grüner. Hier wird auch karrieremäßig niemand zurückgelassen, und in der autofreien Berliner Friedrichstraße laufen derweil die Planungen für eine TÜV-geprüfte Kopie von Ephraim Kishons legendärem Blaumilchkanal, dazwischen biologisch abbaubare Sitzbänke aus regional angebautem Bambus, gentechnikfreie Blumenkübel und gendersensible Werbetafeln für Willkommenskultur und vegane Unterwäsche. Über allem thront die Regenbogen-Moral mit eingenähter „One Love“-Armbinde, eine Art permanent tagender Ethikrat *urbi et orbi* – für den Kiez und den Erdball.

Dominanz eines Zeitgeists

Auch wenn dieses Genrebild eher an das Gemälde „Paradiesgärtlein“ eines unbekannteren oberrheinischen Malers aus dem frühen 15. Jahrhundert erinnert: Die geradezu unheimliche Dominanz des grünen Zeitgeists seit zehn, fünfzehn Jahren ist offenkundig. Die Entwicklung einer Partei, die bei den ersten Wahlen nach der Vereinigung 1990 noch aus dem Bundestag flog und heute im Bun-



Besorgte Mienen nach einem Jahr an der Macht: Die grüne Doppelspitze aus Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck

Foto: pa

desdurchschnitt bei etwa 20 Prozent der Wählerstimmen liegt, ist atemberaubend. In der öffentlichen Wahrnehmung, vor allem in der Berichterstattung von Radio, Fernsehen und Online-Medien überwiegen die grünen Themen, Motive und „Narrative“ bei Weitem alle anderen politischen Positionen. Bei ARD und ZDF etwa wird man unterdessen nicht einen einzigen prominenten Journalisten finden, der liberal-konservative Haltungen vertritt.

Im jüngsten Sonntagsgespräch des Deutschlandfunks mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, zur Reform des Einbürgerungsrechts erweckten die Fragen des Moderators geradezu den Eindruck, das einzige Integrationshindernis in Deutschland sei die reaktionäre Starrköpfigkeit von CDU und CSU. Sonst scheint es keine größeren Probleme zu geben. Aber klar: Die notorische Weigerung, sich den Realitäten „draußen im Lande“ zu stellen, dort, „wo es laut ist, da, wo es brodelt“ (Sigmar Gabriel), gehört zum Lifestyle-Kern des grünen Zeitgeists.

Wenn Ideologie auf Wirklichkeit trifft

Das aber könnte sich bald ändern: Zeitenwende auch hier. Die Versuchsanordnung angesichts multipler Krisen lautet: Was passiert, wenn Ideologie auf Wirklichkeit trifft? Könnte es sein, dass der Zenit des grünen Zeitgeists bereits überschritten ist? Dass die realen, ganz praktischen und unausweichlichen Herausforderungen das Traumland von Bullerbü in eine einzige große Baustelle verwandeln?

Es sind gleich mehrere große gesellschaftspolitische Felder, auf denen eine für die Grünen ziemlich unangenehme Konfrontation von Wunsch und Wahrheit bevorsteht: in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, bei Migration und Integration, Energiewende und Klimaschutz und im Blick auf die Zukunft eines Sozialstaats, der längst an seine finanziellen Grenzen gekommen ist. Nicht zu vergessen: die schleichende Verwandlung von

immer neuen Schulden in milliardenschwere „Sondervermögen“, die kommende Generationen zurückzahlen müssen. Der Weg in eine Planwirtschaft light scheint vorgezeichnet.

Plötzlich muss – ganz gegen den antimilitaristischen Reflex vieler Grüner – jene Bundeswehr aufgerüstet werden, die eben noch, etwa beim Auslandseinsatz in Afghanistan, allenfalls als Truppe harmlos-friedliebender Brunnenbauer geduldet wurde. Plötzlich sind Geparden und Leoparden keine schützenswerten Wildtiere in der afrikanischen Savanne mehr, sondern allseits begehrte Kampfpanzer, die man an die russische Front schicken will. Der grüne Wirtschaftsminister Habeck schließt mit Katar einen langjährigen Liefervertrag über Erdgas ab, was der „wertebasierten feministischen Außenpolitik“ ebenso grotesk zuwiderläuft wie den Klimaschutzforderungen der selbstklebenden „Letzten Generation“, mit denen man eigentlich sympathisiert.

Festhalten an alten Illusionen

Derweil wird der Weiterbetrieb von alten Kohlekraftwerken, denen jetzt auch noch der Kohlenachschub auszugehen droht, einem längeren Weiterbetrieb der letzten drei Atomkraftwerke vorgezogen, die nahezu CO₂-frei Strom produzieren. So nimmt man ohne Not Stromausfälle im Winter in Kauf. Der Ausbau der „regenerativen“ Technologien wie Windkraft und Solarenergie stockt aus vielen Gründen, und wenn wie zuletzt frühwinterliche Dunkelheit und Windflaute herrschen, beträgt ihr Anteil an der Stromerzeugung gerade mal zehn bis fünfzehn Prozent (Kohle: fast 50 Prozent). Alle Warnungen von Wissenschaftlern vor einer solchen Situation, die die klimafreundliche „Energiewende“ ad absurdum führt, werden von den Grünen buchstäblich in den Wind geschlagen – zu schweigen von der Tatsache, dass Strom aus Wind und Sonne eben nicht „grundlastfähig“ ist, also nicht zu jeder Sekunde die benötigte Elektrizität liefern kann.

Könnte es sein, dass der Zenit des grünen Zeitgeists überschritten ist? Dass die realen, ganz praktischen und unausweichlichen Herausforderungen das Traumland von Bullerbü in eine einzige große Baustelle verwandeln?

Dennoch wird weiterhin die Illusion verbreitet, das Weltklima mit einer flächendeckenden Verspargelung deutscher Kulturlandschaften retten zu können.

Vergleichbare Illusionen herrschen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik. „Deutschland schlafwandelt gerade in eine neue Migrationskrise hinein“, prophezeit Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament, und alle Zahlen sprechen dafür. Kommunal- und Landkreispolitiker schlagen Alarm, die Kapazitäten sind erschöpft, die Konflikte nehmen zu, Parallelgesellschaften wachsen.

Doch im Deutschen Bundestag wird ein neues „Chancen-Aufenthaltsrecht“ verabschiedet, das eigentlich ausreisepflichtigen Migranten ein dauerhaftes Bleiberecht verspricht. Auch die Pläne für schnellere und erleichterte Einbürgerungen von Flüchtlingen sind nicht gerade dazu angetan, die Einwanderung zu steuern und zu begrenzen. Im Gegenteil. Die unausgesprochene Botschaft lautet: Wer es irgendwie nach Deutschland schafft und ein gewisses Durchhaltevermögen an den Tag legt, kann bleiben. Die verschwindend geringe Zahl rechtmäßiger Abschiebungen unterstreicht die schlichte Wahrheit: Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist *de facto* zum allgemeinen Einwanderungsrecht geworden – mit all seinen Folgen für die deutsche Gesellschaft.

Vehement bestreiten vor allem die Grünen, dass die hohen Standards des Sozialstaats in Deutschland ein „Pull-Faktor“ für die illegale Einwanderung sind. Doch allein die Tatsache, dass etwa zwei Drittel aller syrischen Flüchtlinge, die seit 2015 ins Land kamen, trotz 1,6 Millionen offener Stellen immer noch von Hartz-IV-Leistungen (demnächst „Bürgergeld“) leben, gibt einen klaren Hinweis auf die Sachlage. Weder in Italien noch in Griechenland, weder in Frankreich noch in Spanien oder Holland existieren vergleichbare Versorgungsleistungen ohne zeitliche Begrenzung. „Deutschland baut sich ein rot-grünes Luftschloss: den Wohlfahrtsstaat mit offenen Grenzen“, resümiert Dorothea Siems in der „Welt“.

Der Druck der Verhältnisse

Doch auch hier scheint das Ende der Fahnenstange erreicht. Man wird über schärfere Grenzkontrollen, Zuzugsbegrenzungen und Kürzungen von Sozialleistungen reden müssen: Mehr Geld für die, die arbeiten, weniger für die, die nicht arbeiten. Das zentrale Hindernis für eine grundsätzliche Veränderung bei der Betrachtung der Wirklichkeit ist jedoch nach wie vor die grüne A-priori-Moralisierung aller Debatten, die zum Beispiel verhindert, dass über muslimische Frauenverachtung, israelfeindlichen Antisemitismus arabischer Flüchtlinge und ihren intoleranten Machismo ebenso offen diskutiert werden kann wie über sächsischen Rechtsradikalismus und die mangelhafte antirassistische „Awareness“ sogenannter alter weißer Männer. Nota bene: Drängende Probleme, die nicht angesprochen werden – von Kriminalität in Brennpunktkiezen bis zum absehbaren Drama einer verlorenen Generation ohne Bildung und Aufstiegschancen – können nicht in Angriff genommen oder gar gelöst werden.

Doch wie oft in der Geschichte sorgt der massive Druck der Verhältnisse für Veränderung. Die entscheidende Frage lautet: Wie groß muss er werden, damit sich die Grünen endgültig von Bullerbü verabschieden?

● Reinhard Mohr war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Er schreibt heute unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“. 2021 erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag).

www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

Streit um Verbeamtung

Berlin – Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Mittelstandspolitiker Carsten Linnemann hat während der Präsentation seines neuen Buches „Die ticken doch nicht richtig! Warum Politik neu denken muss“ dafür plädiert, in Deutschland künftig nur noch in sicherheitsrelevanten und hoheitlichen Bereichen Angestellte zu verbeamten. „Dazu zählen Sicherheitsbehörden, Justiz, Finanzverwaltung und Bundeswehr. Hier existiert fraglos ein besonderes Treueverhältnis zum Staat“, so der Politiker und Buchautor. Auch die Parteipolitik nahm er ins Visier. „Es ist die Politik selbst, die mit schlechtem Beispiel vorangeht. Wir haben mittlerweile so viele Minister, Staatssekretäre und Regierungsbeauftragte wie nie zuvor.“ Der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (dbb), Ulrich Silberbach, warf Linnemann daraufhin „Beamtenbashing“ zur Buchvermarktung vor. „Wenn uns die Krisen der letzten Jahre eins gelehrt haben, dann, dass wir den öffentlichen Dienst stärken müssen, nicht demolieren“, so der Interessenvertreter der Beamten. P.E.

Protestcamp angezündet

Berlin – Polizeiangaben zufolge hat eine Gruppe von bis zu zehn Personen mehrere Zelte eines sogenannten Friedenscamps in Berlins Lustgarten nahe dem wiedererrichteten Schloss aufgeschnitten und angezündet. Zudem beschmierten die Täter zum Protestcamp gehörende Schilder mit Farbe. Personen, die sich während des Vorfalles in einem der benachbarten Zelte befanden, blieben bei dem Angriff unverletzt. Wie die Polizei mitteilte, soll sich der Angriff Zeugen zufolge am späten Abend des 28. November gegen 21.50 Uhr ereignet haben. Bei den Teilnehmern des Protestcamps handelte es sich laut einer Einschätzung des eher linksgerichteten „Tagesspiegel“ um Angehörige der „Querdenken-Szene“ und Kritiker der Corona-Impfungen. Wegen des Angriffs ermittelt nun der polizeiliche Staatsschutz. H.M.

Gedenkpolitik ausgesetzt

Berlin – Die Bundesregierung hat laut einer Pressemeldung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hinsichtlich der Gedenk- und Forschungspolitik zu NS-Verbrechen geantwortet, dass sie die Projekt- und Programmzusammenarbeit mit „staatlichen und staatsnahen russischen und belarussischen Stellen“ ausgesetzt habe. Zur Begründung heißt es: „Aus Sicht der Bundesregierung hat die derzeitige russische Regierung aufgrund ihres völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der damit einhergehenden geschichtsverzerrenden Propaganda und Desinformationskampagnen ihre Legitimierung als Partner in Bezug auf Gedenken und Forschung zu NS-Verbrechen diskreditiert.“ Ausnahmen zwecks Fortsetzung der Zusammenarbeit seien jedoch bei einer gründlichen Einzelfallprüfung möglich.



Verteidigt gewaltige Ausgabensteigerungen: BfV-Chef Haldenwang auf einer Tagung der Grünen im vergangenen November

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Der Inlandsgeheimdienst bekommt immer mehr Geld

Die Begründungen wechseln, aber die Forderung nach mehr finanziellen Mitteln hat bei dem Amt Tradition

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Etat der deutschen Geheimdienste und der Bundespolizei ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Das gilt gleichermaßen für die Verteidigungsausgaben. So betrug das Budget der Bundeswehr 2012 noch 31,2 Milliarden Euro, während es 2023 bei 50,1 Milliarden liegen soll. Dabei zählt das geplante 100-Milliarden-Sondervermögen noch nicht einmal mit. Ähnlich verlief die Entwicklung bei der Bundespolizei. Aus 2,4 Milliarden im Jahre 2012 werden 2023 4,15 Milliarden. Noch größer fällt die relative Zunahme innerhalb des genannten Zeitraums beim Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) aus. Beim Auslandsgeheimdienst des Bundes stiegen die Zu-

weisungen aus dem Bundeshaushalt von 480 Millionen auf 1,03 Milliarden Euro und beim militärischen Nachrichtendienst im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums von 75 auf rund 140 Millionen Euro.

Zum Spitzenreiter auf dem Gebiet der Etatvergrößerung avancierte allerdings das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Nachdem der Inlandsnachrichtendienst des Bundes 2012 noch mit knapp 190 Millionen Euro auskommen musste, wird er 2023 über 470 Millionen Euro, also fast die zweieinhalbfache Summe, verfügen können. Hierzu meinte der Präsident des Bundesamtes, Thomas Haldenwang, kürzlich: „Der Bedarf an Personal, Mitteln und Ressourcen der vergangenen Jahre war richtig und bleibt berechtigt!“

Die kontinuierliche Budgeterhöhung resultierte vor allem aus folgenden Fakto-

ren: 2015 benötigte das BfV einhundert neue Planstellen für die Spionage- und Cyberabwehr. 2016 wurde unübersehbar, welche Sicherheitsrisiken mit der Masseneinwanderung von angeblichen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Nordafrika einhergingen. Hieraus resultierte die Einstellung weiterer 470 Verfassungsschützer zum Aufspüren und Überwachen von „Gotteskriegerern“, die nach Deutschland kommen, um im Auftrag diverser islamischer Terrormilizen Anschläge zu begehen.

2012 waren es noch 190 Millionen

Und 2018 schnellten die Ausgaben erneut deutlich nach oben, weil der Verfassungsschutz seine „Internetaufklärung“ auszubauen begann. Seitdem ist es üblich, dass „virtuelle Agenten“ unter Tarnidentitäten im Netz agieren, um dort extremistische

Strukturen zu infiltrieren. Wie man heute weiß, gehört dazu auch die Einrichtung von zahllosen eigenen Fake Accounts, die dem Vorgaukeln von Extremismus aller Art dienen. Außerdem machte das BfV 2018 geltend, es brauche mehr Ressourcen, um Hackerangriffe abzuwehren – auch und gerade seitens ausländischer Geheimdienste. Ebenso verwies die Behörde auf die zunehmenden Versuche der „sicherheitsgefährdenden Einflussnahme“ auf Staat und Gesellschaft in Deutschland durch türkische, russische, chinesische und iranische Geheimdienste.

2019 diente der Fachkräftemangel als Vorwand, um zusätzliches Geld zu verlangen. Wer qualifiziertes Personal gewinnen wolle, dürfe nicht knauserig sein.

Im Folgejahr bot die angebliche Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen den Rechtsextremismus Anlass für weitere Forderungen nach Budgetsteigerungen. Daraufhin wurden auch prompt 350 neue Stellen bewilligt. Und im vergangenen Jahr war es dann nochmals die Spionageabwehr des BfV, die nach mehr Geld und Personal rief. Dabei verortete sie den Hauptgegner weiterhin im Osten und Südosten.

2023 sollen es 470 Millionen sein

Ansonsten benötigt das Bundesamt für Verfassungsschutz aber auch erhebliche finanzielle Mittel, um seine zahlreichen Dienstgebäude in Schuss zu halten oder zu erweitern. So stehen nun unter anderem die Sanierung der BfV-Zentrale in Köln-Chorweiler sowie der Ausbau der Akademie für Verfassungsschutz in Swisttal-Heimerzheim und der Islamismus-beziehungsweise Cyberabwehr-Abteilung in Berlin-Treptow an. Kostenpunkt allein dieser drei Vorhaben: insgesamt mehr als 28 Millionen Euro.

Des Weiteren trachtet das BfV verstärkt danach, ein einheitliches Dokumentenmanagementsystem (DMS) zur gemeinsamen Nutzung durch die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern aufzubauen. Ein solches existiert bislang nicht, was die Zusammenarbeit erheblich erschwert. Darüber hinaus müsste der Inlandsgeheimdienst sein 2021 gegründetes interdisziplinäres Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF) hinreichend ausstatten. Immerhin soll dieses in der Lage sein, jedes Jahr mindestens eine groß angelegte wissenschaftliche Studie an deutschen Hochschulen zu „phänomenologischen Themenbereichen des Verfassungsschutzes“ zu fördern. Und dann steht zu guter Letzt auch noch die Realisierung des Projektes „Phoenix“ an. Das ist der Tarnname für die Anschaffung einer neuen Anlage, mit der das BfV weiterhin Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) betreiben will.

BRANDENBURGISCHE LANDESREGIERUNG

„Handlungskonzept gegen Rassismus“

Neue Aktion des rot-schwarz-grünen Kabinetts in Potsdam im „Kampf gegen Rechts“ – Kritik von der AfD

„Dem Rassismus in Brandenburg keine Chance“ lautet der Titel eines Handlungskonzepts, das die Landesregierung in Potsdam am 22. November vorgelegt hat. In Ergänzung zum bereits bestehenden Konzept „Tolerantes Brandenburg“ will die rot-schwarz-grüne Regierung nach eigenem Bekunden, „mit einem eigenen Handlungskonzept gegen Rassismus jeglichen Formen von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit überall in der Gesellschaft entgegenzutreten“. Wie Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) betonte, sei er „sehr froh, dass wir in der evangelischen Kirche, die seit Juni 2008 auch Kooperationspartner des Toleranten Brandenburgs ist, dabei einen starken und zuverlässigen Partner haben“.

Seit dem Start des Programms „Tolerantes Brandenburg“ im Jahr 1998 ist ein

ganzes Netzwerk entstanden, an dem Vereine, Verbände und Initiativen beteiligt sind, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und der Deutsche Fußballbund (DFB). Teil des Projekts ist auch ein Beratungsnetzwerk mit Partnern wie dem „Aktionsbündnis Brandenburg“ oder der „Fachstelle Islam im Land Brandenburg“.

Insbesondere die Finanzierung dieses Beratungsnetzwerkes ist bei der größten Oppositionskraft im Landtag, der AfD-Fraktion, auf Kritik gestoßen. Ein Vorwurf der Fraktion ist es, dass über die Darstellung der AfD als rechts-extremistisch letztendlich Steuergelder zur Förderung des Netzwerkes „Tolerantes Brandenburg“ für die Arbeit ge-

gen sie als politische Opposition verwendet werden.

Zurückgreifen kann das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ auf erhebliche finanzielle Mittel. Nach Angaben der Staatskanzlei haben sich die Zuwendungen der Landesregierung von 2013 bis 2019 von rund 2,4 Millionen auf fast fünf Millionen Euro mehr als verdoppelt. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wird auch mit sogenannten Lottomitteln ausgestattet, die insbesondere in die Unterstützung lokaler Initiativen fließen.

Zur Begründung für das neue Handlungskonzept verwies die Landesregierung auf die am 9. November publizierte sogenannte Leipziger Autoritarismus-Studie, die belege, „dass die Ressentiments gegen jene, die als ‚anders‘ emp-

funden werden, zugenommen haben“. So diagnostizierten die Studienautoren, dass in den östlichen Bundesländern der Bevölkerungsanteil der „manifest ausländischerfeindlich Eingestellten“ seit 2020 von 27,8 auf 31 Prozent gestiegen sei. Für Westdeutschland geben die Studienautoren ein Absinken von 13,7 auf 12,6 Prozent an. Laut der Studie sollen 40 Prozent der Mitteldeutschen angegeben haben, Deutschland sei aus ihrer Sicht „durch die vielen Ausländer überfremdet“. Unter den Westdeutschen sollen 23 Prozent dieser Aussage zugestimmt haben. Derartige Befunde nutzen Politiker, die bislang für die Einwanderungspolitik verantwortlich waren, um generell jede Kritik an ihrer Politik mit Etiketten wie „rassistisch“ oder „ausländerfeindlich“ zu versehen und zu stigmatisieren. Hermann Müller

BEHÖRDENCHAOS

Verwaltung steht am Rande des Kollaps

In Berliner Amtsstuben fehlt es massiv an Personal und Technik – Politik macht alles nur noch schlimmer

VON HERMANN MÜLLER

Spätestens seit der Pannen-Wahl im Herbst 2021 ist der Zustand der Berliner Verwaltung sogar international ein Thema. Der rot-grün-rote Senat hat nun eine grundlegende Reform der Berliner Verwaltungsstrukturen angekündigt. Ein wichtiger Teil des Plans soll die Einführung eines „politischen“ Bezirksamts sein. Bislang sind in den Bezirksämtern der Hauptstadt alle großen Fraktionen anteilig nach ihrem Wahlergebnis vertreten. Mit der Verwaltungsreform soll stattdessen das Bezirksamt durch die Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung gewählt werden. Mit dieser Änderung sollen die Bezirksbürgermeister zudem auch eine Richtlinienkompetenz erhalten.

In der Berliner Wirtschaft kommen diese Pläne gut an. Sebastian Stietzel, Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, erklärte: „Endlich lässt der Senat Mut zu einer echten Verwaltungsreform erkennen und nimmt die Berliner Landesverfassung mit in den Blick.“

Empfängerkreis verdreifacht

Die Bemühungen des Senats, die Verwaltung der Hauptstadt leistungsfähiger zu machen, kommen aber vermutlich zu spät. Bevor sich die Zustände bessern, droht Berlins Verwaltung zunächst einmal eine Phase der extremen Überbelastung. In den Amtsstuben fehlt Personal, gleichzeitig muss die Verwaltung immer mehr Arbeit bewältigen. Allein durch das neue Wohngeld-Plus-Gesetz, das zum 1. Januar 2023 in Kraft treten soll, wird sich in Berlin der Empfängerkreis von Leistungen von 25.000 auf mindestens 75.000 Haushalte erhöhen.

Schon jetzt aber warten Bürger in einigen Bezirken bis zu vier Monate, bis über ihren Wohngeldantrag entschieden ist. Der Senat hat den Bezirken nun 200 zusätzliche Stellen zur Bearbeitung von Wohngeldanträgen zugesagt. Bis das neue Personal dabei helfen kann, die ab Januar erwartete Antragsflut abzuarbeiten, können jedoch Monate vergehen.

Einige Behörden in den Bezirken sind bereits so stark überlastet, dass sie zeitweise für den regulären Publikumsverkehr schließen müssen. So geschehen in Neukölln (die PAZ berichtete). Dort sah



Überlastet und kaum digitalisiert: Sozialamt Berlin-Neukölln

Foto: Ullstein

sich der Sozialstadtrat Falko Liecke (CDU) gezwungen, das Sozialamt im November für 14 Tage für die Bürger zu schließen. Zur Begründung sagte Liecke: „Es ist der absolute Notfall. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen die Zeit, um die Rückstände abzuarbeiten, weil wir völlig unterausgestattet sind.“

Bei der Überlastung spielen gleich mehrere Faktoren eine Rolle. Nach Angaben des Neuköllner Sozialstadtrats fehlt Personal. „Wir brauchen mindestens 40 Stellen“, so Liecke. In den Bezirken trifft der ohnehin chronisch knappe Personalstand nun auch noch auf einen sprunghaft steigenden Bedarf von Seiten der Bürger. Durch die rasant gestiegene Inflation benötigen mittlerweile Menschen Hilfe, die bislang mit ihrem Einkommen zurechtgekommen sind.

Dabei haben die Versuche der Ampel-Koalition im Bund und auch des Berliner Senats, mit „Entlastungspaketen“ den Bürgern zu helfen, eine Kehrseite: Die Verwaltung muss die schiere Zahl von Empfangsberechtigten bewältigen, zu-

dem sorgt die Politik für komplizierte Regelungen. Im Fall der steuerlichen Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung auf die hohen Energiepreise reagiert hat, schlägt die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG), die das Personal der Finanzverwaltung vertritt, nun Alarm und warnt vor einer Überlastung.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Florian Köbler, warnt, dass in den Finanzbehörden schon jetzt „Land unter“ herrsche. Nach Angaben von Köbler müssen zur Bewältigung der Anforderungen der Politik IT-Systeme komplett neu programmiert werden. Dafür fehle aber das Personal oder es müsse an anderer Stelle abgezogen werden.

Ukrainer wundern sich

Berlins Verwaltung muss derzeit noch weitere Belastungen stemmen. Seit Februar haben sich allein rund 85.000 Menschen aus der Ukraine offiziell in Berlin registrieren lassen. Schätzungen gehen dahin, dass möglicherweise sogar 100.000 ukrainische Bürger mittlerweile in der

deutschen Hauptstadt leben. Mitunter stellen diese Flüchtlinge fest, dass die deutsche Verwaltung gerade im Bereich der Digitalisierung ihrem Heimatland deutlich hinterherhinkt. Egal ob es um den Ausweis, die Studentenkarte, einen Impfnachweis oder Führerschein ging, war für die Ukrainer bis zum Kriegsausbruch der digitale Behördengang eine Selbstverständlichkeit. Das Land gilt als Vorreiter der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen. Berlin liegt bei der Digitalisierung der Verwaltung wiederum extrem zurück.

Mit der vom Landesverfassungsgericht angeordneten Wahlwiederholung haben die Bezirksverwaltungen schließlich noch weitere Aufgaben aufgebürdet bekommen: Laut Recherchen des rbb werden die Berliner die Mehrbelastung für die Bezirksämter im Alltag auch ganz konkret bemerken. Mehrere Bezirksämter werden nämlich einige Bürgerämter zeitweise komplett schließen, um Personal für die Wahlvorbereitung frei zu bekommen.

REFORM

Unmut über Neuschchnitt von Berliner Wahlkreisen

Linkspartei bangt bei den nächsten regulären Bundestagswahlen um eines ihrer letzten Direktmandate

Für die teilweise Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin gilt noch die bisherige Einteilung der Wahlkreise, doch bei den folgenden Bundestagswahlen soll die Zahl der Wahlkreise bundesweit von 299 auf 280 verringert werden. Um das zu erreichen, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Kommission eingesetzt, die unabhängig arbeiten soll.

In fast jedem Bundesland dürfte es bald weniger Wahlkreise geben. Niedersachsen etwa soll in 28 statt bisher 30 und Berlin in elf statt zwölf Kreise aufgeteilt sein, die einen errechneten Durchschnitt von je knapp 260.000 Einwohnern umfassen sollen. In Berlin soll der Wahlkreis Lichtenberg, den bei der jüngsten Bundestagswahl die Linkspartei-Politikerin Gesine Löttsch knapp erobern konnte, aufgelöst werden. Das ist deswegen von Bedeutung, weil die Linkspartei bei der

Bundestagswahl 2021 unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb und nur deswegen in Fraktionsstärke in den Bundestag einzog, weil sie drei Direktmandate errang. Neben einem Wahlkreis in Leipzig und in Berlin-Treptow-Köpenick gelang ihr dies nur noch in Berlin-Lichtenberg.

Die Empfehlung der Wahlkreiskommission für die neuen Bundestagswahlkreise ginge in Berlin nicht nur zu Lasten der Linkspartei, sondern auch der CDU. Profitieren dürfte dagegen die SPD. Der Wahlkreis Reinickendorf ging bei den vergangenen Wahlen knapp an die CDU. Monika Grütters vertritt dort die Interessen der Bürger per Direktmandat. Nach dem neuen Zuschnitt dürfte der Kreis – ähnliche Wahlergebnisse wie zuletzt unterstellt – an die SPD fallen. Grund: Reinickendorf soll von Pankow einige traditionelle SPD-dominierte Stimmbezirke be-

kommen. Mario Czaja dagegen, derzeit Generalsekretär der Bundes-CDU, der zuletzt Marzahn-Hellersdorf gewann, bekäme von Lichtenberg einige CDU-dominierte Stimmbezirke und würde sich seine Basis damit sichern. In den beiden SPD-dominierten Wahlkreisen Wilmersdorf-Charlottenburg und Tempelhof-Schöneberg und dem stark grün geprägten Wahlkreis Mitte sind keine politischen Veränderungen zu erwarten.

Vorwurf: „Gerrymandering“

Alle im Bundestag vertretenen Parteien können ebenso wie die Berliner Landesregierung zu den gemachten Vorschlägen noch ihre Stellungnahmen abgeben. Die Berliner Landeswahlleitung hat bereits einen Alternativvorschlag unterbreitet, der die Auflösung des Wahlkreises Pankow (bislang von den Grünen gehalten)

anstrebt. Der Berliner Linkspartei-Abgeordnete Sebastian Schlüsselburg ist darüber empört: „Beide Varianten sind offensichtliche Fälle von Gerrymandering (parteilich motivierte Wahlkreisgrenzenänderung, d. Red.), es gibt kein sachliches Argument, warum Lichtenberg als dynamischer und wachsender Wahlkreis kein eigener Wahlkreis bleiben sollte.“

Die Linkspartei will die Wahlkreise Lichtenberg und Pankow weitgehend unangetastet lassen. „Die SPD und die Landeswahlleitung müssten nach der von ihr verantworteten Wahlwiederholung eigentlich das Vertrauen in die Wahldemokratie stärken“, schimpft Schlüsselburg. Bis 26. Januar soll die Wahlkreiskommission dem Bundestag ihren endgültigen Vorschlag übermitteln. Der Bundestag entscheidet dann über den Neuzuschnitt der Wahlkreise. Frank Bücker

KOLUMNE

Keine Zurückhaltung

VON VERA LENGSELD

Als das Berliner Verfassungsgericht verfügte, dass die Wahl zum Abgeordnetenhaus wiederholt werden muss, legte es in einem Nebensatz fest, dass Parlament und Senat, die über keinerlei Legitimation verfügen, bis zur Wahl Bestand haben sollen. Die Verfassungsrichter empfahlen bis dahin lediglich „Zurückhaltung“ im politischen Agieren. Einen Eilantrag des ehemaligen Abgeordnetenhaus-Mitglieds Marcel Luthé, dessen unermüdeten Arbeit es verdankt ist, dass die Wahlwiederholung angesetzt wurde, Abgeordnetenhaus und Senat aufzulösen und die Vorgänger von beiden wieder einzusetzen, hat das Gericht dagegen abgelehnt.

Von politischer Zurückhaltung seitens der Regierung kann, besonders bei den Grünen, nicht die Rede sein. Noch-Verkehrssenatorin Bettina Jarasch hat zwar die von ihr für den Autoverkehr blockierte Friedrichstraße wieder öffnen müssen, gleichzeitig aber mit drastischen Beschränkungen auf der nahegelegenen Charlottenstraße für Blockaden gesorgt.

Ihre neueste „Empfehlung“ ist, dass Räder und E-Roller, aber auch Mopeds und Motorräder, kostenlos auf Autoparkplätzen abgestellt werden dürfen. Schon gab es im Internet Suchanzeigen nach alten Fahrrädern, mit denen man dauerhaft Parkplätze blockieren kann. Für die geplagten Autofahrer der Stadt eine neue Erschwernis, vor allem für die Berufspendler.

Wie diese „Empfehlung“, die ab Januar gelten soll, rechtlich einzuordnen ist, weiß auch die Senatorin nicht. Auf der Straße abgestellte Fahrräder müssen nachts beleuchtet sein. Wie soll das gehen? Wenn ein Autofahrer ein Fahrrad auf den Gehsteig räumt, verletzt er (noch) kein Gesetz. Das zweite Fahrrad in einer Parkbucht wäre illegal, weil es als Parken in zweiter Reihe ausgelegt wird, was verboten ist. Jarasch richtet mit ihrer „Empfehlung“ nur noch mehr Chaos an.

MELDUNG

Holzdiebstahl nimmt stark zu

Berlin – Angesichts stark gestiegener Brennholzpreise wird in der deutschen Hauptstadt aus Parks, Wäldern, Baumärkten oder von Baustellen immer öfter Holz gestohlen. Berlins Polizei registrierte in diesem Jahr bis Mitte November bereits 41 Fälle von Holzdiebstahl. Im gesamten vergangenen Jahr lag die Zahl bei 34 Fällen. Ein besonders dreister Diebstahl ereignete sich dieses Jahr in Berlin-Treptow. Über ein Wochenende entwendeten Täter aus dem Lager eines Brennstoffhändlers gleich hundert Paletten mit Brennholz. Als Konsequenz hat das Unternehmen nun sein Lager mit einer Alarmanlage gesichert. Fälle von Holzdiebstahl wurden inzwischen auch aus einer Berliner Kita und von einem Friedhof gemeldet. Nach Schätzungen des Waldeigentümer-Verbandes AGDW geht der Schaden durch Holzdiebstahl mittlerweile in den Millionenbereich. H.M.

MELDUNGEN

Kudrin verlässt Rechnungshof

Moskau – Alexej Kudrin, als liberal geltender Wirtschaftspolitiker und enger Vertrauter Putins seit dessen St. Petersburg-Zeit, hat seinen vorzeitigen Rücktritt vom Posten als Chef des Rechnungshofs bekannt gegeben. Der Föderationsrat habe mit der Annahme des Rücktritts einen Vorschlag des russischen Präsidenten angenommen, heißt es in Pressemeldungen. Kudrin gab als Grund an, dass er sich nach 25 Jahren Tätigkeit für den Rechnungshof einer Aufgabe widmen wolle, die mit der „Entwicklung im weitesten Sinne von Privatinitiativen“ zu tun habe, die „einen bedeutenden Effekt auf die Menschen“ haben würde. Bekannt wurde, dass Kudrin zum IT-Unternehmen Yandex wechselt, das die meistgenutzte Suchmaschine in Konkurrenz zu Google betreibt. Seit 2019 hat die russische Regierung in der Unternehmensstruktur mehr Mitspracherecht. **MRK**

Ärger wegen Russland

Warschau/Budapest – Wegen der prorussischen Politik des wiedergewählten ungarischen Präsidenten Viktor Orbán hat sich die Beziehung zwischen Ungarn und Polen deutlich abgekühlt. Besonders verärgert hat Warschau das ungarische Veto zu einem Hilfspaket der EU für die Ukraine in Höhe von 18 Milliarden Euro wie auch die Kritik Richtung Kiew, Russland die Schuld am Einschlag einer Rakete auf polnischem Territorium gegeben zu haben, obwohl diese von der Ukraine stammte. Budapest ließ durchblicken, dass er weitere EU-Entscheidungen blockieren könnte wie die Einführung einer globalen Mindeststeuer. Polen unterstützt das Einfrieren von Geldern aus EU-Fonds und Hilfen für die Entwicklung für Ungarn, wenn Orbán 27 von der EU geforderte Reformen nicht umsetzt. **MRK**

ARMENIEN

Zweifel an Putins Bündnistreue

Gastgeber ließ Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit in Eriwan platzen

VON BODO BOST

Russlands Präsident Wladimir Putin wurde zum Gipfel der auf seine Initiative hin 2002 gegründeten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in der armenischen Hauptstadt Eriwan nicht mit überschwänglicher Freude, sondern eher zähneknirschend empfangen. In der kleinen Südkaukasusrepublik, die zwischen der Türkei im Westen und Aserbaidschan im Osten eingeklemmt ist, fühlt man sich von Russland betrogen. Russland hat Aserbaidschan einen Teil der Waffen geliefert, mit denen dieses Land 2020 Armenien angegriffen und besiegt hat. Obwohl Russland damals noch nicht den Krieg gegen die Ukraine führte, wartete Putin 44 Tage, bevor er seine Soldaten in den Kaukasus schickte, die er laut dem OVKS-Vertrag bereits am ersten Tag hätte schicken

müssen. Dies war für die anderen Mitglieder dieser Verteidigungsgemeinschaft, Weißrussland, Kasachstan Kirgisistan und Tadschikistan, ein klares Zeichen, dass es Putin mit Vertragstreue nicht so ernst meint. Wie die NATO verfügt die OVKS über Klauseln zum gemeinsamen Beistand. So besagt der Artikel 4, dass jede „Aggression gegen OVKS-Mitgliedstaaten von den anderen Teilnehmern als Aggression gegen alle betrachtet wird“. Aserbaidschan gehört der OVKS nicht an. Dafür verfügt er aber über bedeutende Gas- und Ölvorkommen. Mit ihm will es sich Russland lieber nicht verderben.

Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew verhöhnte Armenien vor dem Treffen und strotzte damit, dass sein Land obwohl kein OVKS-Mitglied, mehr Freunde in dieser Organisation habe als Armenien. Wie es scheint, hatte er Recht. Denn auch das ebenfalls zum christlichen Kulturkreis gehörende Weißrussland ließ den

armenischen Verbündeten im Regen stehen. Das gleiche gilt für Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan.

Aserbaidschan trumpft auf

Auch in seinem eigenen Land steht Putin mit seiner Position nicht allein. Dort gibt es vielmehr immer mehr Politiker, die erklären, der Konflikt Armeniens mit Aserbaidschan falle nicht in die Zuständigkeit der OVKS. Dabei ist Russland per Vertrag militärische Schutzmacht Armeniens und betreibt dort zwei Militärbasen. Armenien weigerte sich deshalb auch, das Abschlussdokument des Gipfels zu unterschreiben und ließ den Gipfel damit platzen. Was nutzt ein Bündnis, auf das man sich nicht verlassen kann?

Der Ukraine krieg lässt Putins Einfluss weiter bröckeln. Vor allem die muslimischen unter den ehemaligen Sowjetrepubliken ließen ihn das spüren, auch in Eriwan. Alijew verweigerte Putin schon

Ende Oktober in Sotschi eine Verlängerung der russischen Truppenpräsenz in Bergkarabach über das Jahr 2025 hinaus. Das hätte Alijew vor dem 24. Februar nicht gewagt. Nach dem Abzug der Russen 2025 kann Alijew das Problem Bergkarabach als innenpolitisches Problem seines Landes alleine mit der Türkei lösen. Das wissen die Armenier, zumal auch Israel mit seinen Waffenlieferungen an Aserbaidschan diesmal auf der Seite der Täter steht. Wie es scheint, wird sich Aserbaidschan längerfristig nicht mit Bergkarabach begnügen, sondern ebenfalls die Provinz Zangezour im Süden erobern wollen.

Russland in der Defensive

Dort hatte Aserbaidschan im September bereits Russland getestet und einige Hundert Quadratkilometer Land erobert, mit mehr als 300 Toten. Alijew stoppte seine Truppen erst als die USA, Frankreich und die EU den diplomatischen Druck deutlich erhöhten. Derzeit patrouilliert eine zivile Beobachtermission der EU an der Grenze beider Staaten, allerdings mit einem Mandat für nur sechs Monate. Russland ist bei all dem außen vor.

Einen gemeinsamen Verbündeten haben Armenien und Russland nur noch im Iran. Armenien hat alte historische Beziehungen zu seinem südlichen Nachbarn. Der kleine gemeinsame Grenzverlauf ist für beide Seiten eine wirtschaftliche und politische Lebensader. Doch das derzeitige Mullah-Regime in Teheran könnte auch bald fallen, das wäre für Armenien das Todesurteil. Alijew spekuliert bereits auf einen Aufstand der Aserbaidschaner im Iran, die dort ein Zehntel der Bevölkerung bilden und eine ganze Region an der Grenze zu Aserbaidschan bevölkern. Er sieht sich bereits neben Erdoğan an der Spitze eines neuen Turkeiches Turan, von Europa bis nach Zentralasien. Das einzige Problem dabei ist, dass die Aserbaidschaner wie die Iraner und die Iraker mehrheitlich Schiiten und die türkischen Brudervölker überwiegend Sunniten sind.



Kein Herz und eine Seele: Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OVKS-Mitglieder vergangenen Monat in Eriwan

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich verschenke für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen. Voraussetzung für den Erhalt der Prämie ist, dass die PAZ in den vergangenen sechs Monaten nicht bezogen wurde.

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Zahlung per: Lastschrift Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____

Der Geschenkgutschein soll geschickt werden an:

den Schenkenden den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro
Prämie
für Sie



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
oder online
www.paz.de/abo
bestellen!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Angesichts der durch hohe Energiekosten und die Inflation rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten ist die Kaufkraft der Deutschen verfallen. Wie sehr sich alles verteuert hat, spürt jeder beim wöchentlichen Einkauf an der Supermarktkasse oder auf dem Wochenmarkt. Obwohl nur der Boden des Einkaufswagens bedeckt ist, zahlt man genauso viel wie für einen vollen vor der Corona- und Energiekrise. Lieferengpässe wirken sich zusätzlich negativ auf die Preise aus. Die Einzelhändler verzeichnen vielerorts einen Umsatzrückgang, auf den sie mit verschiedenen Maßnahmen reagieren. Sie kaufen weniger ein, um die Lagerkosten gering zu halten, und verkürzen die Öffnungszeiten, um Energie zu sparen. In Rheinland-Pfalz gibt es Pläne, einen Tag in der Woche ganz zu schließen, beispielsweise montags.

Aus einer Umfrage des Ifo-Instituts ging laut der „Lebensmittel-Zeitung“ hervor, dass 77,5 Prozent der Teilnehmer Probleme mit Lieferengpässen haben. Jeder wird sich daran erinnern, dass in diesem Jahr monatelang die Regale mit Sonnenblumenöl, Mehl oder Nudeln leer waren. Auch für 2023 rechnen die Händler wieder mit Lieferengpässen. Da Sonnenblumenöl zum Großteil aus der Ukraine und aus Russland importiert wird und es zur Herstellung von Dips und Saucen dient, werden diese knapp. Auch bei Zucker, Fertiggerichten, Honig oder Jod-Salz kann es eng werden. Gründe für die Verknappung sind auch hier gestiegene Produktions- und Personalkosten sowie höhere Energie- und Beschaffungspreise.

Diese negative Entwicklung wirkt sich auch auf die 920 Tafeln in Deutschland aus. In den vergangenen Monaten geraten die Tafeln landesweit unter Druck. Sie beklagen, dass sie immer weniger Lebensmittelspenden von den Supermärkten erhalten, aber zunehmend Menschen auf die Unterstützung der Tafeln angewiesen sind.

Vor diesem Hintergrund wirkt die vor Kurzem mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke verabschiedete Empfehlung an den Petitionsausschuss, eine Eingabe für gesetzliche Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung zu unterstützen, anachronistisch und realitätsfern. So sah es offenbar auch der Petitionsausschuss, indem er zwar für Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung votierte, jedoch für eine gesetzliche Regelung keine Veranlassung sah, da der bewusste Umgang mit Lebensmitteln in Deutschland seit Jahren gefestigte Praxis sei. Gemeint ist damit, dass zahlreiche Supermärkte unverkaufte, aber noch genießbare Lebensmittel freiwillig an die Ta-



Vergeudung von Lebensmitteln: Genießbare Produkte landen in der Mülltonne, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist

LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG

Händler und Tafeln stehen gleichermaßen unter Druck

Nahrungsmittel werden auch in Folge des Ukrainekriegs teuer und teils knapp – Die Zahl der Bedürftigen in Deutschland hat sich aber verdoppelt

felten abgeben oder auch eigene Maßnahmen treffen. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unterhält zudem bereits ein „Dialogforum Handel“ mit Unternehmen des Groß- und Einzelhandels mit dem Ziel, die Weitergabe überschüssiger verzehrfähiger Lebensmittel zu verbessern.

Im Sommer dieses Jahres betreuten die etwa 60.000 Helfer der Tafeln mehr als zwei Millionen Kunden. Inzwischen geraten neben Geringverdienern, Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfängern und Rentnern auch immer mehr Menschen der unteren Mittelschicht in Not. Ihr Verdienst reicht nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs und den damit einhergehenden Preissteigerungen verzeichnen 61 Prozent der Tafeln einen Zuwachs ihrer Kunden

um bis zu 50 Prozent. 99 Prozent der Tafeln versorgen auch Flüchtlinge aus der Ukraine, die an sie verwiesen werden.

Aufnahmestopp bei Tafeln

Da aufgrund der angespannten Situation im Einzelhandel die Spenden knapper werden, müssen auch die Tafeln ihren Dienst reduzieren. 62 Prozent der Tafeln verteilen kleinere Mengen pro Haushalt, 32 Prozent mussten bereits einen Aufnahmestopp verhängen. Deutschlandweit spiegelt sich am Spendenaufkommen für die Tafeln auch die Wirtschaft der jeweiligen Region wider.

Die Tafeln können nicht die ganze Bandbreite von Lebensmitteln anbieten, da Waren wie Obst, Gemüse, Brot, Backwaren und Milchprodukte, die schnell verderben, häufiger gespendet werden als

solche mit langer Haltbarkeit wie Nudeln, Reis, Konserven und Marmelade.

Laut BMEL ist das Statistische Bundesamt gezwungen, regelmäßig Berichte über Lebensmittelabfälle an die EU-Kommission in Brüssel zu übermitteln. 2020 gab es demnach zirka elf Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle in Deutschland. Interessanterweise werden neben Speiseresten und nicht verkauften Lebensmitteln auch nicht essbare Bestandteile wie Nuss- und Obstschalen, Strünke und Blätter, Kaffeesatz oder Knochen mit eingerechnet, sodass die tatsächliche Lebensmittelabfallmenge deutlich geringer sein dürfte.

Laut Statistik entstehen im Handel lediglich sieben Prozent der Lebensmittelabfälle, 59 Prozent sollen in privaten Haushalten anfallen.

AUTOMOBILBRANCHE

Die Bilanz ist durchgewachsen

Hersteller machen insbesondere mit teuren Autos und in China Gewinne – Zulieferer gehen pleite

Es hört sich paradox an: In Deutschlands Automobilindustrie fahren einerseits die großen Autohersteller Gewinne ein, während andererseits viele Zulieferer ums nackte Überleben kämpfen.

Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) profitieren die europäischen Konzerne vorwiegend vom Asien-Geschäft, und dies trotz der restriktiven Corona-Politik der chinesischen Regierung. In China legten die deutschen Hersteller im dritten Quartal um 28 Prozent zu, nachdem die Zahlen im zweiten Quartal auf ein deutlich schwächeres Niveau zurückgegangen waren.

„Unterm Strich war das dritte Quartal trotz der abflauenden Konjunktur und einer sehr schwierigen geopolitischen Lage für die Autoindustrie ein Traumquartal“, sagt der Leiter der Mobilitätssparte

Westeuropa bei EY, Constantin M. Gall, und fügt hinzu, die Versorgung mit Halbleitern verbessere sich langsam und gerade die Nachfrage nach Premiumfahrzeugen sei weiter hoch.

Hauptgrund für das Wachstum ist die verbesserte Logistiklage. Die Lieferketten haben sich nach Beruhigung der Corona-Lage wieder verbessert. Die Versorgung mit Chips und Vorprodukten ist wieder besser.

Die Gewinne fahren die Autobauer fast ausschließlich im höheren Preissegment ein, wie die EY-Forscher betonen: „Die Nachfrage nach Premium-Modellen ist ungebrochen hoch. Und die Preise sind es auch.“ Beim operativen Gewinn der deutschen Hersteller hatte Mercedes-Benz die Nase vorn und landete mit 5,2 Milliarden Euro deutlich vor Volkswa-

gen mit 4,3 Milliarden Euro. BMW kam mit 3,7 Milliarden Euro ebenfalls auf eine überaus positive Bilanz.

Doch auf das Europageschäft blickt die Branche mit Sorgen. Hier schlagen die steigenden Energiepreise und die Inflation massiv zu Buche. „Wir erleben gerade, dass breite Bevölkerungsschichten erhebliche Kaufkraftverluste hinnehmen müssen. Das heißt, dass immer weniger Menschen sich ein neues Auto leisten können oder wollen“, teilt EY mit. „Im internationalen Vergleich verlieren Deutschland und die Europäische Union rasant an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit“, sagt VW-Vorstand Thomas Schäfer und bilanziert: „Wir treten auf der Stelle.“ Wenn es nicht gelinge, die Energiepreise in Deutschland und Europa rasch und verlässlich zu senken, seien Investitionen

in energieintensive Produktion oder in neue Batteriezellfabriken praktisch nicht mehr darstellbar.

Die Auswirkungen sind bereits jetzt bei den Zulieferern zu spüren. Mitte November ging der Hersteller des berühmten Mercedes-Sterns pleite. Zuvor erwischte es das nordrhein-westfälische Traditionsunternehmen Borgers, Spezialist für textile Bauteile in Fahrzeugen, nach 136 Jahren. Als Gründe werden zu hohe Energiekosten und Löhne genannt. Er habe in den vergangenen 25 Jahren noch nie solche massiven Kostensteigerungen erlebt, sagt der Präsident des Gesamtverbands der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie, Stefan Wolf. Er rechnet für das erste Halbjahr 2023 mit vielen Insolvenzen in der Zuliefererindustrie. Peter Entinger

MELDUNGEN

Wirtschaft und Union uneins

Berlin – Auf ein geteiltes Echo stoßen Pläne in der Ampelkoalition, im Zuge der geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts Zuwanderer bereits nach fünf statt bisher acht Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft anzubieten. Während CDU-Generalsekretär Mario Czaja von „einem schweren Fehler“ sprach und monierte, „die Staatsangehörigkeit ist kein Artikel, den es bei ‚Black Friday‘ im Sonderangebot gibt“, kamen aus der Wirtschaft, die an vielen billigen Arbeitskräften interessiert ist, erwartungsgemäß positive Signale. Der Abbau bürokratischer Hürden bei der Einbürgerung von Softwareingenieuren und Pflegekräften könne sich langfristig als wichtiger Standortvorteil für Deutschland erweisen, so der Bundesgeschäftsführer Markus Jerger vom Bundesverband Mittelständische Wirtschaft. Und die Vorsitzende der Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer erklärte: „Angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels ist das unbedingt zu begrüßen.“ P.E.

China tauscht Dollar in Gold

Peking – Die Chinesische Volksbank (ZRY), die Zentralbank der Volksrepublik China (VRC), kauft zunehmend Gold und wirft dafür US-Dollar auf den Markt. Laut dem World Gold Council erwarb die ZRY in den letzten zwölf Monaten um die 300 Tonnen des Edelmetalls. Damit besitzt die VRC nun Goldbestände im Wert von 103 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig treten Geldreserven beispielsweise im südafrikanischen Rand, dem brasilianischen Real oder der indischen Rupie im Portfolio der ZRY immer öfter an die Stelle des Dollar. Nach Ansicht von Finanzexperten könnte dies eine Reaktion auf die Beschlagnahme von russischem Dollar-Auslandsvermögen nach der Invasion in der Ukraine oder gar Teil einer Vorbereitung auf eine Annexion Taiwans sein. Eine andere Erklärung lautet, dass die ZRY angesichts der hohen Schuldenlast der Vereinigten Staaten das Vertrauen in den Dollar verloren habe. W.K.

Engpässe waren teuer

Düsseldorf – Aufgrund der gestörten Lieferketten infolge von Corona und Ukrainekrieg konnte die deutsche Industrie von Anfang des vergangenen bis zur Mitte dieses Jahres Güter im Wert von knapp 64 Milliarden Euro nicht herstellen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Besonders betroffen sei die Automobilindustrie gewesen, deren Wertschöpfung um 31 Milliarden Euro niedriger ausgefallen sei. Das habe vor allem am Fehlen von Halbleitern gelegen. Wenn es den deutschen Unternehmen möglich gewesen wäre, sämtliche Neuaufträge ab Jahresbeginn 2021 abzarbeiten, hätte das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Ende 2021 um 1,2 und Mitte 2022 um 1,5 Prozent höher gelegen. W.K.

ANALYSE

Preußen bleibt – vorerst

RENÉ NEHRING

Die Staatsministerin schien zufrieden. Am Montag verkündete die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth, einen ersten grundlegenden Beschluss des Stiftungsrats der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) zur Reform der Stiftung.

Einstimmig beschloss der Stiftungsrat, den Einrichtungen der SPK (darunter die Staatlichen Museen zu Berlin mit der Museuminsel, die Staatsbibliothek und das Geheime Staatsarchiv) eine größere Autonomie bei der Gestaltung ihres Programms und der Verwendung ihrer finanziellen Mittel zu geben. Dafür soll die Stiftung künftig anstelle des mächtigen Präsidenten von einem Vorstand als Kollegialorgan geleitet werden. Um Synergieeffekte zu ermöglichen, soll eine Zentrale Serviceeinheit (ZSE) geschaffen werden, die Aufgaben wie das Justizariat, das Vergabewesen für Aufträge und Bauprojekte für alle Einrichtungen der Stiftung erledigt.

Roth zeigte sich mit dem Beschluss sehr zufrieden, ermögliche dieser doch – anders als es ein Gutachten des Wissenschaftsrats vor zwei Jahren vorsah – den Erhalt des Gesamtverbands der SPK und damit auch die Bewahrung der Einheit ihres „einzigartigen Sammlungsschatzes“ sowie zugleich auch eine Stärkung ihrer Einrichtungen.

Einheit der SPK gewahrt

Für die Bundesländer, die allesamt Sitz und Stimme in den Gremien der SPK haben, zeigte sich der Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt und Leiter der Magdeburger Staatskanzlei, Rainer Robra, ebenfalls zufrieden. Auch ihm und seinen Länderkollegen sei es wichtig gewesen, die Preußen-Stiftung als Ganzes zu erhalten. Es sei nun an Präsident Hermann Parzinger, auf Basis der Eckpunkte-Beschlüsse des Stiftungsrats weitere konkrete Reformvorschläge auszuarbeiten.

In dessen anschließender Stellungnahme sowie in der folgenden Äußerung der Direktorin des Kupferstichkabinetts, Dagmar Korbacher, zeigten sich freilich interessante Unterschiede zu den Wortmeldungen der Politiker. Beide Vertreter der Leitungsebene der SPK verwiesen darauf, dass die Aufstockung der finanziellen Mittel der Stiftung ungeklärt sei. Dass es hier durchaus noch

zu Diskussionen kommen könnte, zeigt die Erwiderung von Ministerin Roth, dass die Schwäbin in ihr immer zurückhaltend reagiere, wenn die Forderung nach mehr Geld aufkomme. Es sei zunächst an den Einrichtungen, die Potentiale der neuen Autonomie zu prüfen und zu sehen, inwieweit sie mit den vorhandenen Mitteln auskommen.

Zur Zusammenarbeit mit dem Humboldt-Forum fasste der Stiftungsrat der SPK keinen Beschluss. Allerdings soll in einem „eigenen Prozess unter Einbeziehung der Leitung des Humboldt-Forums“ eine „organisatorische Zusammenfassung geprüft werden“.

Zum Schluss äußerte sich Roth noch zur Namensfrage. Sie gab an, dass ihr der derzeitige Name der Stiftung nicht als optimal erscheine, da nicht nur viele Besucher aus dem Ausland, sondern auch aus dem Inland wenig mit Preußen anfangen könnten. Hier hoffe sie auf ein „kreatives Nachdenken, wie man den Namen attraktiver gestalten kann“.

Doch kann es wirklich der entscheidende Maßstab für den Namen einer Einrichtung sein, ob die Besucher aus dem In- und Ausland etwas damit anfangen können? Zumal die (vor Corona) jahrelang steigenden Zahlen belegen, dass es den Gästen der Hauptstadt herzlich egal ist, welchen Namen die Trägerorganisation jener Museen hat, in die sie Tag für Tag hineinströmen. Wer von den Besuchern der Alten Nationalgalerie oder des Bode-Museums weiß denn, dass er in das Haus einer Dachorganisation namens „Staatliche Museen zu Berlin“ eintritt, die wiederum zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehört?

In Washington strömen jeden Tag Zehntausende Besucher aus dem In- und Ausland in die Museen und Galerien der Smithsonian Institution, ohne sich zu fragen, woher der eigenartige Name dieses größten Museumskomplexes der Welt kommt. Sie gehen ganz einfach in das National Museum of American History oder in das National Air and Space Museum und denken nicht im Ansatz darüber nach, welcher Trägerorganisation diese wohl gehören. Schon gar nicht fragt sich jemand, ob der auf einen Wissenschaftler aus dem 19. Jahrhundert zurückgehende Name der Institution noch zeitgemäß ist. An diesem gelassenen Umgang mit der Geschichte des eigenen Hauses könnte sich Berlin ein gutes Beispiel nehmen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Kernauftrag vernachlässigt: Gefeierte Stargast der EKD-Synode in Magdeburg war die „Klimaaktivistin“ Aimee van Baalen (li.). Über die Ursachen des eigenen Bedeutungsverlusts diskutierte das Parlament der Protestanten nicht Foto: imago/epd

LEITARTIKEL

Kirche vor dem Untergang?

GÜNTER SPAHN

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Freuen will man sich als bekennender Christ über den dramatisch zunehmenden Bedeutungsverlust der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) keineswegs. Doch es hilft ja nicht, die traurige Entwicklung auszublenken. Sie muss hinterfragt werden.

1992 hatte die EKD noch 28 Millionen Mitglieder, gegen Ende des Jahres 2021 waren es nur noch 19,7 Millionen, Tendenz weiter fallend. Was sind die Ursachen dieses Niedergangs? Brauchen unser Land und die in ihm lebenden Christen überhaupt noch eine evangelische Kirche? Und ist eine politisierende EKD, die die Botschaften der Heiligen Schrift nur noch am Rande im Blick hat, noch eine glaubwürdige Ansprechpartnerin?

Politik statt Glaubensvermittlung

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die „offizielle“ Evangelische Kirche in Deutschland dem vermeintlich populären Zeitgeist hinterherrennt, so hat ihn die vor wenigen Wochen tagende 13. Synode der EKD (quasi das Kirchenparlament) in Magdeburg deutlich geliefert. Dort wurde über alles Mögliche diskutiert: unter anderem über Fragen deutscher Waffenlieferungen in die Ukraine, über sexualisierte Gewalt, das Klima natürlich sowie die vom Menschen „angezettelte Erderwärmung“ und die Rolle der „Letzten Generation“.

Weitgehend ausgeblendet wurden hingegen die Gründe für den Bedeutungsverlust der Kirche oder auch die Interpretation ihres eigentlichen Auftrags, das Verkünden der biblischen Botschaften. So entwickelt sich die EKD, nicht ihre gläubigen Mitglieder, immer mehr zu einer ideologischen Debattenorganisation, die Christen und vor allem Trost suchende Menschen eigentlich nicht mehr brauchen, wie es ein langjähriges Mitglied der EKD-Synode, der bekannte frühere Fernsehjournalist Peter Hahne, so treffend kommentierte.

Und tatsächlich: Nicht mehr die Kernbotschaften der Bibel stehen im Vordergrund der EKD-Synoden, sondern tagesaktuelle politische und ideologische Phrasen. Die Kernbotschaften der Bibel sind aber die Zehn Gebote als bestes Grundgesetz der Welt, die Bergpredigt von Jesus mit den Seligpreisungen, dann Mut machende Psalmen wie vom guten Hirten (Psalm 23) oder „Der Herr ist mein Licht

und Heil“ (Psalm 27). Schließlich als Leitfaden immer wieder die Aufmunterung „Fürchtet euch nicht“.

Von derlei Aussagen war in Magdeburg wenig zu hören. Im Rechenschaftsbericht der Ratsvorsitzenden Annette Kurschus nicht; erst recht nicht im Rechenschaftsbericht der ebenfalls seit einem Jahr amtierenden Präses Anna-Nicole Heinrich (im Foto rechts). Diese redete zwar etwas von „Kirche der Zukunft gestalten“, doch wie diese aussehen soll, sagte sie nicht. Dafür sprach sie sehr viel von „Kirche auf einer Slack-Line“ und wie sie selbst das „Slacken“ auf einem Seil erlernte.

1992 hatte die EKD noch 28 Millionen Mitglieder, Ende 2021 waren es nur noch 19,7 Millionen

Neu ist das enge Verhältnis zum Zeitgeist in der evangelischen Kirche allerdings nicht. Bereits 1986 hat der Theologe und Prediger Professor Dr. Helmut Thielicke in seinem Buch „Auf der Suche nach dem verlorenen Wort“ die Fehler und Stellungnahmen der EKD zu allen möglichen Ereignissen deutlich kritisiert: „Kirchliche Amtsträger nehmen in Fragen eines ihnen fremden Metiers eine Sachkompetenz in Anspruch, der sie nicht mehr gewachsen sind.“

Groteske Wortwahl

Thielicke kam als Prediger an die Menschen heran. Er füllte locker die gut 2500 Sitzplätze im Hamburger Michel, eine der Hauptkirchen in der Hansestadt. Der Theologe, neben dieser Funktion auch Rektor der Universitäten Tübingen und Hamburg, warnte schon vor über dreißig Jahren vor „bedenklichen Politisierungs- und Ideologisierungsfenomenen lautstarker Minderheiten, die von den Medien gehätschelt und in den Adel öffentlicher Beachtung erhoben werden“. Doch offensichtlich ist es heute noch viel grotesker, auch in der Wortwahl, geworden.

So hat die amtierende Ratsvorsitzende und somit höchste Repräsentantin der EKD, Präses Annette Kurschus, in ihrem Rechenschaftsbericht vor der Synode in Magdeburg zum Thema Ausgrenzungen folgenden skandalösen Satz gesagt: „Wir

leben in keiner gespaltenen Gesellschaft, so gern die Rattenfänger dies auch behaupten.“ Eine Wortwahl, die einer Landesbischofin und obersten Repräsentantin der deutschen Protestanten absolut unwürdig ist.

Wen die Vorsitzende mit dem Wort „Ratten“ wohl gemeint haben wird? Erinnerung sei die Ratsvorsitzende jedenfalls an die Bergpredigt und Jesu dortige Worte: „Ihr habt gehört, dass gesagt ist: Du sollst deinen nächsten lieben und deinen Feind hassen; ich aber sage euch: Liebet eure Feinde, segnet, die euch fluchen ...“ (Matthäus 5, 43 und 44).

Und noch etwas: Wie kommt es, dass die „Freien Kirchen“ beim sonntäglichen Gottesdienst inzwischen einen stärkeren Zuspruch haben als die evangelische Amtskirche? Gut besucht sind Gottesdienste der Letzteren nur noch bei besonderen Anlässen, wie jüngst beim Eröffnungsgottesdienst der Synode in Magdeburger Dom. Da füllten die Synodalen und Amtsträger der EKD, Abordnungen aus den 20 Gliedkirchen und geladene Gäste aus Politik und Gesellschaft die Kirche. Ansonsten ist die evangelische Kirche – Ausnahmen bei einigen Gott sei Dank noch vorhandenen Gemeinden, in denen das Bekenntnis zur Bibel im Vordergrund steht, bestätigen die Regel – für gläubige Christen nicht mehr attraktiv.

Signale der Hoffnung

Der einzige Trost in dieser Lage ist, dass es erfreulicherweise noch immer großartige mutige Pfarrerinnen und Pfarrer gibt, die sich dem Zeitgeist entgegenstellen. Doch diese müssen entsprechend der Tradition des Martin Luther „lauter“ werden! Ein Hoffnungszeichen in dieser Hinsicht war im Eröffnungsgottesdienst der EKD-Synode das Gebet des Magdeburger Dompredigers Jörg Uhle-Wettler: „Herr, Du stellst uns vor Entscheidungen, die eine klare Haltung und Mut erfordern. Lehre uns die Geister zu unterscheiden und nicht jedem Zeitgeist hinterherzulaufen. Lehre uns, in der Spur Jesu zu bleiben.“

Nicht jedem Zeitgeist hinterherzulaufen – wenn dies die Verantwortlichen der Kirche endlich einsähen, wäre schon viel gewonnen. Eine ihren Auftrag erfüllende evangelische Kirche wird nämlich noch immer gebraucht!

● **Günter Spahn** ist Diplom-Volkswirt und Publizist. Er war langjähriger Verleger und Chefredakteur der Zeitung „Der Wirtschaftskurier“ und ist heute Herausgeber des Magazins „Der WirtschaftsReport“.

Abergläubisch und unbezahlbar

Städel-Museum in Frankfurt am Main präsentiert Meisterwerke von Guido Reni – Für seine Zeitgenossen war er „Der Göttliche“

VON VEIT-MARIO THIEDE

Alles Gute kommt von oben – und genau dahin wenden Guido Renis biblische und mythologische Helden ihre Augen. Der Barockmaler ist zwar nicht der Erfinder dieser „himmelnden Blicke“, aber kein anderer hat sie so oft und so ausdrucksvoll eingesetzt.

Seine Zeitgenossen schätzten Renis Bildschöpfungen so sehr, dass sie ihn den „göttlichen Guido“ nannten. Er ist in Frankfurt am Main ein gern gesehener Gast: 1988/89 stellte die Schirn Kunsthalle seine Bilder aus, und nun präsentiert das Städel-Museum 164 internationale Leihgaben sowie Werke aus der eigenen Sammlung. Zu farbenprächtigen Gemälden treten Kompositionszeichnungen für Fresken, eigenhändig ausgeführte Radierungen sowie einige Vergleichsbeispiele anderer Künstler.

Der überwiegend in Bologna und zeitweilig in Rom für Papst und Kardinäle tätige Reni (1575–1642) sah sich selbst als den besten Maler seiner Zeit an. Er handelte ungern Preise aus, da er seine Werke für unbezahlbar hielt. Gleichwohl erwartete er eine fürstliche Entlohnung für seine Bilder. Papst Urban VIII. meinte, man müsse das eigenwillige Verhalten des Malers in Kauf nehmen, denn „es gibt nur einen Guido auf Erden“. Die maßgebliche Lebensbeschreibung des „göttlichen Guido“ verfasste der Jurist Carlo Cesare Malavasia, der Reni oft in seinem Atelier besuchte. Malavasia berichtet, dass Reni zutiefst religiös und zugleich abergläubisch war. Zwar strich er für seine Werke große Summen ein, verspielte die aber wieder, sodass er mit seinen zahlreichen Werkstattmitarbeitern zu eifriger Bilderproduktion gezwungen war.

Ausstellungskurator Bastian Eclercy erklärt: „Mit seiner Kunst hat Reni die religiöse Bildwelt der europäischen Malerei tiefgreifend geprägt.“ Im ersten Ausstel-



Innige Beziehung: Guido Renis „Allegorie der Eintracht von Zeichnung und Malerei“ in der Frankfurter Ausstellung

lungskabinett wird er uns anhand von Bildern aus allen Schaffensphasen als glühender Marienverehrer vorgestellt. Sie feiern die von Engeln begleitete Himmelfahrt und von Engeln vollzogene Krönung Mariens. Stets dreht sie ihre Augen andächtig nach oben. Das 2,60 Meter hohe Gemälde „Unbefleckte Empfängnis Mariens“ (1627) stellt sie lebensgroß dar. Sie steht auf einer Mondsichel. Goldgelbes göttliches Licht fällt auf sie hinab.

Aber auch der sich im reifen Schaffen auf die Darstellung des Wesentlichen beschränkende göttliche Guido hat mal kleinformatig und vielfigurig angefangen. Das veranschaulicht die 60 Zentimeter hohe „Himmelfahrt Mariens“ (um 1598).

Die auf einem Wolken thron emporschwebende Maria umschwärmen zahlreiche Engel. Sie musizieren und singen. Bereits auf diesem frühen Meisterwerk sorgt das auf Maria goldgelb hinabstrahlende göttliche Licht für feierliche Stimmung.

Ikonen der Devotionalienkunst

Starker Nachfrage erfreuten sich Renis halbfigurige Darstellungen von Märtyrerinnen. Der himmelnde Blick der in kostbare Gewänder gehüllten „Heiligen Katharina“ (um 1606) ist tränenumflort. Auch die römische Geschichte und die antike Mythologie boten Guido Gelegenheit, Heroinnen mit nach oben gedrehten Augen zu präsentieren. Die als römische

Tugendheldin verehrte „Lucretia“ stellte ihre verletzte Ehre durch Selbstmord wieder her. Renis Gemälde (1625) zeigt sie mit über der entblößten Brust angesetztem Dolch. Als wolle sie die Götter fragen, ob Selbstmord die richtige Lösung sei, richtet sie den Blick in die Höhe.

Einen wiederum anderen Ausdruck nimmt der himmelnde Blick auf dem Gemälde „Bacchus und Ariadne“ (um 1611/14) an. Die von ihrem Geliebten Theseus sitzengelassene Ariadne blickt todunglücklich gen Himmel, sodass sie den neben ihr stehenden Bacchus noch nicht bemerkt hat. Er hat ein Auge auf sie geworfen und deutet zum Zeichen der Verliebtheit auf sein Herz.

Mit Gipsabgüssen der Köpfe antiker Skulpturen, die den sterbenden Laokoon und weitere dem Tode naher Gestalten zeigen, führt die Ausstellung den himmelnden Blick auf heidnische Vorbilder zurück. Gegenübergestellt ist ihnen Renis um 1636 gemaltes „Haupt Christi“. Der geschundene Christus hat den Blick fragend himmelwärts gerichtet. Aus dieser Zeit stammt auch das eindrucksvolle Gemälde, das in felsengrauer menschenleerer Einöde den lebensgroß wiedergegebenen Christus am Kreuz darstellt. Er blickt nach oben und hat den Mund geöffnet.

In seiner Nachbarschaft sind zwei 1636 oder später geschaffene Variationen des stark nachgefragten Motivs zu sehen, die sich auf die Schilderung des dornenkrönten Hauptes beschränken. Eine weitere Darstellung des Ecce-Homo-Motivs verblüfft. Denn der nun in Dreiviertelgröße abgebildete Geschundene hat die Augen nicht wie sonst verklärt zum Himmel erhoben, sondern den Blick melancholisch kraftlos gesenkt.

Renis Darstellungen des Christus mit Dornenkrone zählen in Form gedruckter Andachtsbilder „bis heute zu den am weitesten verbreiteten Ikonen der neuzeitlichen Devotionalienkunst“, wie Kurator Eclercy erklärt.

Die „Madonna mit dem Kind und Johannesknaben“ in zwei Varianten, eine „Kleopatra“, die sich die Giftschlange an die Brust setzt, und weitere unvollendete Gemälde aus dem Spätwerk bilden den Abschluss der Schau. Nach Renis Tod registrierten die Nachlassverwalter an die 100 Ölbilder in seinem Atelier, die ihrer Vollendung harrten. Offenbar hatte der göttliche Guido trotz seines hohen Alters noch viel vor.

● Bis 5. März im Städel-Museum, Schau-mainkai 23, Frankfurt am Main, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt 16 Euro www.staedelmuseum.de

AUSSTELLUNG

Zu Hacksilber verarbeitet

Als die Slawen zu Sklaven wurden – Görlitzer Museum Kaisertrutz schaut lehrreich ins frühe Mittelalter

Im Museum Kaisertrutz der Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur widmet sich noch bis 8. Januar eine Sonderausstellung dem Thema „Silber für Sklaven – Schätze des Mittelalters“. Die in Zusammenarbeit mit dem Archäologischen Museum in Warschau konzipierte Schau vereint sogenannte Hacksilberfunde des 10. Jahrhunderts aus der Oberlausitz mit eindrucksvoll in Szene gesetzten Schmuckstücken des 10. bis 13. Jahrhunderts aus Gräbern von der Prager Burg und aus Brünn sowie dem heutigen Weißrussland und der Ukraine.

Hacksilber in Form von zerkleinerten Münzen, Schmuck und Barren diente im frühen Mittelalter in Nord- und Osteuropa wie auch auf den britischen Inseln als Zahlungsmittel. Auch die in der Oberlausitzer Region gefundenen Edelmetalldepots stehen mit dem Handel in Verbindung. Ausgestellt sind unter anderem die Hacksilberschätze von Meschwitz im Landkreis Bautzen und dem schlesischen Mahnau bei Glogau.

Neben dem Fernhandel mit Pelzen, Wachs und Honig war im 10. Jahrhundert

im slawischen Siedlungsgebiet auch der in frühmittelalterlichen Quellen erwähnte Handel mit Sklaven weit verbreitet. So erklärt sich auch der gleiche Wortstamm der Begriffe „Slawe“ und „Sklave“.

Das 9. und 10. Jahrhundert war eine unruhige Zeit, in der sich verschiedene

slawische Stämme mit Franken und Ungarn bekämpften. In den herrschaftsfernen Räumen waren Menschen besonders während kriegerischer Auseinandersetzungen eine leichte Beute von Räubern, Händlern und Kriegern ebenfalls slawischer Herkunft. Auf den Märkten in den

Grenzgebieten zwischen der christlich und der islamisch regierten Welt wurden sie als „Ware“ angeboten.

Der Ursprung der Silbermünzen aus den Oberlausitzer Hacksilberfunden weist nach Usbekistan und Afghanistan und damit in das muslimische Emirat der Samaniden, das sich von Persien über Afghanistan und Teile Pakistans bis nach Mittelasien erstreckte. Dorthin vor allem wurden vermutlich zahllose Männer, Frauen und Kinder aus den slawischen Gebieten verschleppt. Der Preis für versklavte Männer soll 300 Gramm Hacksilber, derjenige für Frauen 200 Gramm betragen haben.

Ein außergewöhnliches Exponat aus einem Museum im dänischen Aarhus bereichert inzwischen die Schau: Ein kleiner silberner Panzerreiter in Anhängerform, der die Bewaffnung der slawischen Krieger um 1000 aufweist. Dagmar Jestrzemska

● Kaisertrutz, Platz des 17. Juni in Görlitz, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 16 Uhr, Eintritt 6 Euro www.goerlitzer-sammlungen.de



Filigranes Geschmeide auch aus Hacksilber: Preziosen in der Görlitzer Ausstellung

● MELDUNG

Umzugskunst für das Schloss

Schwerin – Mit dem Schweriner Schloss hat das Staatliche Museum Schwerin während seiner Umbaumaßnahmen eine würdige Dependence gefunden. Noch bis zum 7. Januar soll die Ausstellung „Glanzstücke im Dialog“ dort Kunstfreunden auch während der Schließung des Museums Kunstgenuss auf höchstem Niveau bieten. Mit über 50.000 Besuchern allein in den ersten vier Monaten zählt die Schau schon jetzt zu den besucherstärksten Ausstellungen des Staatlichen Museums Schwerin der vergangenen zehn Jahre. Mit 70 Werken seines Bestandes im Zusammenspiel von Malerei, Kunsthandwerk und Münzen wird eine feine Auswahl von Arbeiten aus den verschiedensten Materialien wie Porzellan, Elfenbein, Glas, Perlmutt, Gold oder Silber präsentiert, die in den „Dialog“ mit Gemälden der weltweit renommierten Schweriner Sammlung niederländischer und flämischer Malerei des 16. bis 18. Jahrhunderts tritt. Im Winter geöffnet von 10 bis 17 Uhr. www.museum-schwerin.de H. Sch.

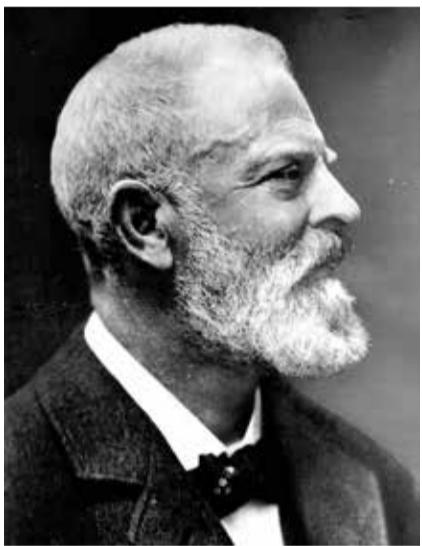
ADOLPH WOERMANN

Der größte Privatreefer seiner Zeit

Der zu seiner Zeit größte Privatreefer der Welt und Westafrikakaufmann Deutschlands musste nicht bei null anfangen. Sein Vater, Carl Woermann, hatte bereits ein Jahrzehnt vor seiner Geburt am 10. Dezember 1847 in Hamburg die C. Woermann GmbH & Co. KG gegründet. Das Hamburger Unternehmen begann mit dem Export von Leinen und Töpferwaren zu den Westindischen Inseln. Später kamen andere Weltteile, nicht zuletzt Westafrika, hinzu. Der Transport begann mit gecharterten Schiffen. Später kamen eigene hinzu. 1849 wurde das erste Segelschiff nach Westafrika gesandt.

Adolph Woermann hatte zwar einen älteren Bruder namens Carl, doch der beschäftigte sich lieber mit Kunstgeschichte als mit dem Geschäft und fiel deshalb beim Vater in Ungnade. So lief nun alles auf ihn zu. Nach einer sehr fundierten kaufmännischen Ausbildung wurde Adolph Woermann 1874 Teilhaber des väterlichen Unternehmens. Nach dem Tod des Vaters übernahm er dann das Unternehmen.

In den folgenden Jahren ersetzte Woermann die Segel- durch Dampfschiffe. Hatten die Schiffe zu Zeiten des Vaters nur dem Transport eigener Handelswaren gedient, gliederte er sie 1885 aus in eine hierfür neu geschaffene Reederei, die Afrikanische Dampfschiffs-Aktiengesellschaft, besser bekannt als „Woermann-Linie“. Die befahrenen Routen zwischen Deutschland und Westafrika gewannen an Bedeutung, nachdem 1884 Deutsch-Südwestafrika, Kamerun und Togo entsprechend einer Denkschrift Woermanns des Vorjahres unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden waren. Woermann gehörte 1880 bis 1904 der Hamburgischen Bürgerschaft und 1884 bis 1890 für die Nationalliberalen dem Deutschen Reichstag an sowie von 1879 bis 1908 der Handelskammer



Vor 175 Jahren geboren: Woermann

Hamburg, an deren Spitze er 1883/84 sowie 1899 bis 1902 stand, und konnte somit sehr gut Lobbying in eigener Sache betreiben.

1890 kam als Ergänzung für Ostafrika die Deutsche Ost-Afrika-Linie (DOAL) hinzu. Sie ist heute als Deutsche Afrika-Linien Teil der Unternehmensgruppe Deutsche Afrika-Linien/John T. Essberger Group of Companies.

Den Verlust von Handelsflotte und Überseebesitzungen durch den Ersten Weltkrieg brauchte Woermann nicht mehr miterleben. Drei Jahre vor Kriegsbeginn, am 4. Mai 1911, starb der Hamburger unweit seiner Heimatstadt auf seinem Grönwohldhof.

Manuel Ruoff



Anlässlich ihrer Unterzeichnung des Grundlagenvertrags: Egon Bahr (l.) und Michael Kohl am 21. Dezember 1972 im Dienstgebäude des Ministerrats der DDR Foto: imago/Stana

NEUE OSTPOLITIK

Versuch einer Normalisierung des Unnormalen

Vor einem halben Jahrhundert unterzeichneten Egon Bahr und Michael Kohl den Grundlagenvertrag

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag vom 28. September 1969 begann der neue Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) eine „Neue Ostpolitik“ gegenüber der DDR und den übrigen Staaten des Sozialistischen Lagers. Sie setzte auf „Wandel durch Annäherung“, ein Prinzip, das der sogenannte Architekt der Ostverträge Egon Bahr bereits im Juli 1963 formuliert hatte. Den ersten Meilenstein auf diesem Wege bildete der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, in dem letztere den Status quo in Europa und damit auch die territoriale Integrität der DDR anerkannte. Dadurch wurden nun direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin zur Vorbereitung eines Übereinkommens über die zukünftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen möglich.

Die Gespräche begannen schon vor der Ratifizierung des Moskauer Vertrages im Frühsommer 1972 und verliefen ausnehmend zäh. Dies lag daran, dass beide Seiten schwer zu vereinende Positionen vertraten. Die DDR verlangte eine völkerrechtliche Anerkennung ohne Wenn und Aber, und die Bundesrepublik hielt am grundgesetzlich verankerten Gebot der Wiedervereinigung fest.

„Wandel durch Annäherung“

Schließlich einigten sich die Verhandlungsführer, der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Bahr und der Staatssekre-

„Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt“

Egon Bahr
Verhandlungsführer der
Bundesregierung

tär im DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Michael Kohl, auf folgende Formeln, die in insgesamt zehn Artikel gegossen wurden: Man wolle „normale gutnachbarliche Beziehungen“ auf gleichberechtigter Basis. Dazu gehöre auch der Austausch Ständiger Vertreter. Die Hoheitsgewalt beider Staaten beschränke sich jeweils auf ihr Territorium. Die „Unabhängigkeit und Selbständigkeit“ von DDR und Bundesrepublik in ihren „inneren und äußeren Angelegenheiten“ sei gegenseitig zu respektieren. Keiner der beiden Staaten dürfe „den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln“. Im Zuge der Normalisierung der bilateralen Beziehungen gelte es nun, diverse „praktische und humanitäre Fragen“ zu regeln und Abkommen „auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsver-

kehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten“ zu schließen. Außerdem werde man sich „von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind“, „Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen“ und „zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen“ sowie auch die gemeinsame Grenze „jetzt und in der Zukunft“ als unverletzlich anerkennen.

Der dergestalt lautende Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wurde am 21. Dezember 1972 von Bahr und Kohl in Ost-Berlin unterzeichnet. Nach der Ratifizierung durch Bundestag und Volkskammer trat er am 21. Juni 1973 in Kraft.

Auf beiden Seiten herrschte keineswegs nur Euphorie. Während sich Staats- und Parteichef Erich Honecker zufrieden zeigte, dass der westliche Nachbar bereit gewesen war, seinen Alleinvertretungsanspruch aufzugeben, befürchtete Stasi-Chef Erich Mielke neue Arbeit für seine Untergebenen. Und Egon Bahr gab sich bescheiden: „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt.“

Letzteres sah die oppositionelle CDU/CSU anders. So meinte deren Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel: „Dieser Vertrag legitimiert ein Unrechtssystem und eine unmenschliche Grenze mit Tötungsanlagen. Wir können dies nicht mitma-

chen, denn das erschwert den Kampf der Demokraten für die Sache der Freiheit in Deutschland und in Europa. Wir lehnen diesen Vertrag ab.“ Außerdem verwiesen die Kritiker darauf, dass der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag keine Regelungen zu offenen Vermögensfragen enthalte und wie auch schon zuvor der Moskauer Vertrag mit seiner Anerkennung der europäischen Grenzen auf eine endgültige Aufgabe der Oder-Neiße-Gebiete hinauslaufe. Deshalb hatten die 217 christdemokratischen und christsozialen der insgesamt 518 Bundestagsabgeordneten sowie sämtliche Bundesländer mit von der Union geführten Regierungen gegen die Ratifizierung gestimmt.

„Gutnachbarliche Beziehungen“

Das von der bayerischen Landesregierung angestrebte Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht blieb erfolglos. Karlsruhe wies die Klage am 31. Juli 1973 ab. Die Richter urteilten, dass der Vertrag nicht als Zustimmung zur Teilung Deutschlands zu werten sei, sondern nur eine „faktische Anerkennung besonderer Art“ der DDR darstelle. Insofern stehe der Weg zu der vom Grundgesetz geforderten deutschen Wiedervereinigung weiter offen.

Im Geiste des Grundlagenvertrages bewarben sich die Bundesrepublik und die DDR um eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Am 18. September 1973 wurden beide deutschen Staaten aufgenommen. Zum 2. Mai des Folgejahres öffneten die vereinbarten Ständigen Vertretungen. Erster Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR wurde der bisherige Staatssekretär im Bundeskanzleramt Günter Gaus (SPD). Umgekehrt entsandte die Ost-Berliner Führung ihren vormaligen Verhandlungsführer Kohl nach Bonn. Gaus folgten 1981 sein Parteifreund Klaus Bölling, 1982 der parteilose Hans-Otto Bräutigam und 1989 der Christdemokrat Franz Bertele. Kohl folgten 1978 Ewald Moldt und 1988 Horst Neubauer. 1990 kam dann das Ende eines der beiden Vertragspartner und damit auch der Ständigen Vertretungen.

VON HEIDRUN BUDDE

Westgeld war in der DDR die beliebteste Währung, aber auch der Inhalt von Westpaketen wanderte oft von Hand zu Hand, um an begehrte Raritäten zu kommen. Der „Tauschhandel unter dem Ladentisch“ funktionierte mit der D-Mark bestens und führte bei denjenigen, die nicht über eine solche Währung verfügten, zu großem Frust.

Die Einnahme von Devisen war für die SED-Funktionäre existentiell wichtig. Schon im Jahr nach dem Mauerbau, am 14. Dezember 1962, wurde die staatliche Handelsorganisation „Intershop GmbH“ gegründet. Das Anliegen war, so viele Valutamittel wie möglich einzunehmen. Unter Funktionären kursierte das Sprichwort: „Devisennot kennt kein Gebot“ und die Intershop-Läden hatten einen beachtlichen Umsatz, ab 1985 jährlich mehr als eine Milliarde D-Mark.

Zunächst waren diese Läden nur für Besucher aus dem Ausland vorgesehen. Ab 1974 durften auch Westgeldbesitzer aus der DDR dort einkaufen und damit in eine völlig andere Welt eintauchen. Begehrte Jeans der Marke Levis, Schmuck, Kaffee, Schokolade, bunt bedruckte Süßigkeiten, das alles überflutete die Kunden, die aus dem grauen Einerlei der Kaufhallen kamen.

Wer in diesen Läden verkaufen durfte, hatte einen Blick für die Kundschaft. Westbesucher mit der entsprechenden Geldbörse waren am willkommensten. Die Verlockung, sich aus dem Sortiment unbemerkt selbst zu bedienen, war natürlich beim handverlesenen Personal da. Die Überwachung der Intershops war groß, aber ein archivierter Aktenvorgang der Staatssicherheit zeigt auf, dass auch ganz freiwillig mitgeholfen wurde.

Zu den auserwählten Verkäuferinnen in einem Intershop gehörte auch eine geschiedene Liebhaberin eines West-Berliners, welche die Stasi unter den Decknamen „Biene“ und „Mira“ führte. Ihren Klarnamen kennen wir nicht, denn er ist in den für diesen Beitrag ausgewerteten Stasiunterlagen vollkommen geschwärzt. Nennen wir sie Beate. Auch den Namen ihres West-Berliner Liebhabers kennen wir aus genanntem Grunde nicht. Nennen wir ihn Jochen.

Am 14. Juni 1988 kam nun also diese damals 37 Jahre alte Beate in Begleitung ihrer Stiefmutter zur „Besucherabteilung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit“, um „Angaben zu einer durch sie vermuteten Straftat eines DDR-Bürgers zu machen“. Was das für eine Straftat war, geht aus der Akte nicht hervor, und eigentlich war die Polizei für derartige Anzeigen zuständig.

Partnerschaftsberatung der Stasi

Die Mitarbeiter der Staatssicherheit waren aber geduldige und interessierte Zuhörer, denn sie erkannten, dass sich diese Intershop-Verkäuferin ganz freiwillig anordnete. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überwachte die Intershops sehr stark. Oft arbeiteten Angehörige von MfS-Mitarbeitern oder -Funktionären im Verkauf. Teilweise wurden auch Überwachungskameras eingesetzt. Anfangs wurden sogar die Pässe kontrolliert. Von daher war die Stasi daran interessiert, die auskunftsfreudige und kooperationswillige Intershop-Mitarbeiterin als inoffizielle Informantin, als sogenannten Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), zu gewinnen. In Beates Stasiakte heißt es hierzu unter der Überschrift „Begründung der politisch-operativen Notwendigkeit der Gewinnung als GMS“: „Die Notwendigkeit der Schaffung eines GMS ergibt sich aus der Aufgabenstellung zur ständigen Erhöhung der Sicherheit und Ordnung im Bereich Intershop sowie der Kontrolle und Überwachung im Umgang mit Valutamitteln und wertintensiven Materialien. Neben offiziellen Abstimmungen machen sich zielgerichtete

DDR

„Devisennot kennt kein Gebot“

Vor 60 Jahren wurde die staatliche Handelsorganisation „Intershop GmbH“ gegründet. Das Anliegen war, so viele Valutamittel wie möglich einzunehmen

„Die Notwendigkeit der Schaffung eines G[esellschaftlichen] M[itarbeiters] für S[icherheit] ergibt sich aus der Aufgabenstellung zur ständigen Erhöhung der Sicherheit und Ordnung im Bereich Intershop sowie der Kontrolle und Überwachung im Umgang mit Valutamitteln und wertintensiven Materialien. Neben offiziellen Abstimmungen machen sich zielgerichtete inoffizielle Kontrollmaßnahmen im Rahmen der Klärung ‚Wer ist wer?‘ im Personalbestand, als auch im Gästekreis erforderlich“

Ministerium für Staatssicherheit

Nach der freiwilligen Anwerbung entwickelte sich eine kontinuierliche Zusammenarbeit. „Biene“ bestand ihre Kandidatenzeit und wurde zum GMS „Mira“ befördert. Ihre Akte bekam den Vermerk: „Streng geheim!“ Am 16. Februar 1989 bescheinigte ihr die Staatssicherheit eine „objektive Berichterstattung“ bei „striker Wahrung der Konspiration“. In acht Treffen hatte sie 25 Informationen mit Folgen für die denunzierten Personen geliefert.

Aus „Biene“ wurde „Mira“

Daneben gab sie ganz freiwillig sehr detaillierte Angaben zu ihrem Partner. So wusste die Staatssicherheit, dass dieser etwa 3500 D-Mark im Monat verdiente, eine Erbschaft gemacht hatte, dass er für seine Einraumwohnung/Einzimmerwohnung 700 D-Mark Miete bezahlte und einen Mercedes fuhr, der „eigentlich für ihn zu teuer war“. Zu seinen „Persönlichkeitsmerkmalen“ hielt die Staatssicherheit fest, dass er „zurückhaltend und schüchtern“ sei, und weiter: „Er kommt nicht so richtig aus sich heraus bzw. braucht lange, um aufzutauen. Hat er einmal Fuß gefasst, dann ist er sehr unternehmungslustig (geht mit mir aus, auch zu später Stunde). ... Weitere Verwandtschaft soll in Florida/USA existieren. Die dort lebende Cousine soll Hausfrau sein, der Mann ist Kleinunternehmer.“ Der Mann reise „in seiner Freizeit sehr viel (Malta, Asien, die Hochzeitsreise soll nach Florida gehen)“. In West-Berlin habe er „keinen allzu großen Bekanntenkreis, verkehrt mit einem Gaststättenehepaar und mit Arbeitskollegen“.

Am 1. November 1989 wurde die Akte von GMS „Mira“ geschlossen. Das verlogene System der Spitzeldienste brach zusammen, und mit der Einführung der D-Mark für alle verlor auch „Mira“ ihre privilegierte Stellung im Intershop. Ob sie sich jemals für ihr geltungssüchtiges und skrupelloses Doppelgesicht verantworten musste, ist nicht bekannt.

● **Dr. Heidrun Budde** (geboren 1954 in der DDR) war von 1992 bis März 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock.

inoffizielle Kontrollmaßnahmen im Rahmen der Klärung ‚Wer ist wer?‘ im Personalbestand, als auch im Gästekreis erforderlich.“ Bereits einen Tag nach dem lockeren Gespräch wurde aus der Intershop-Mitarbeiterin der GMS-Kandidat „Biene“.

Die anvisierte Spitzeltätigkeit ging in zwei Richtungen: Kontrolle des Verkaufspersonals und Informationen zu den Kunden. Wenn unter denen auch DDR-Bürger waren, denen Westkontakte verboten waren, war das für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ein wichtiger Hinweis auf „Verletzung der Konspiration“.

Am 15. Juni 1988 fand ein erneutes Gespräch mit GMS-Kandidat „Biene“ statt, und die Frau lenkte die Zuhörer nun selbst auf ihren Partner aus West-Berlin, was sich aus einem handschriftlichen Vermerk ergibt: „Biene“ legte freimütig dar, daß sie letztlich den Kontakt zum MfS suchte, um ihrerseits die dargelegten Sachverhalte mitzuteilen, andererseits jedoch, und das steht für sie im Mittelpunkt – sich an kompetente Stelle zu wenden bezüglich ihres Kontaktes zum Westberliner Bürger“, den wir hier Jochen nennen. „In dem Gespräch teilte die ‚Biene‘ weiterhin mit, daß sie sich ernsthaft mit der festen Bindung an“ diesen Jochen „beschäftigt ... Sie führte weiter an, daß“ der besagte West-Berliner „nicht gerade der Mann ist, den sie sich vom Äußeren her vorstelle, daß er auch nicht die große Liebe sei. Von ihm gehe so viel Wärme aus, daß sie sich zu ihm hingezogen fühle.“

Das war grotesk. Die Frau wollte eine Partnerschaftsberatung durch die „kompetente Stelle“ Staatssicherheit, und die nahm das Angebot gerne an, denn sie interessierte sich sehr für den West-Berliner. GMS-Kandidat „Biene“ wurde nahegelegt, „keine voreiligen Entschlüsse zu ziehen“ und zu ihrem Partner noch weitere Informationen zu einigen Punkten einzuholen, als da wären „Arbeit, Wohnung, Besitz, Gründe der Einreise, Persönlichkeitsbild, bisheriger Entwicklungsweg ..., soziale Sicherheiten“. Das sei „für den Bestand einer Ehe wichtig“, und „Biene“ stimmte dem „vorbehaltlos zu“.



Mitarbeiter wie Kunden waren für die Stasi interessant: Ein Intershop

Foto: imago/Christian Thiel

WELTHUNGERHILFE

Ein Erbe Präsident Lübkes

In der Amtszeit des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss waren die Deutschen froh, wenn sie selbst etwas zu essen hatten. 1959 folgte dann der Wechsel an der Staatsspitze von Heuss zu Heinrich Lübke. Es folgten zehn wirtschaftlich sehr gute Jahre für Westdeutschland einschließlich Vollbeschäftigung und Handelsüberschüssen. „Wohlstand für alle“ wurde ein Stück weit Realität. Der Wirtschaftsminister, der dieses Ziel ausgegeben hatte, Ludwig Erhard, wurde Bundeskanzler. Die Spuren sehen wir noch heute. Nicht von ungefähr fällt in diese Zeit der Babyboom. In der Mitte von Lübkes Amtszeit, 1964, erreichte er mit 1.357.304 Lebendgeborenen seinen Höhepunkt.

Hätte Bundespräsident Heuss es zum erklärten Schwerpunkt seiner Präsidentschaft gemacht, deutsches Steuergeld in der Welt zu verteilen, wäre er wohl nicht lange Präsident geblieben. Aber bei Bundespräsident Lübke war das inzwischen anders. Bereits in seiner Antrittsrede betonte er die Notwendigkeit internationaler Hilfe und Verantwortlichkeit in Anbetracht weltweiten Hungers. Das katholische Bischöfliche Hilfswerk Misereor und das Hilfswerk der evangelischen Landeskirchen und Freikirchen „Brot für die Welt“ waren bereits 1958 beziehungsweise 1959 gegründet worden, als Lübke im Herbst 1962 die Gründung der ersten weltlichen Entwicklungshilfeorganisation in Deutschland initiierte.

Diese Gründung erfolgte vor dem internationalen Hintergrund, dass anlässlich einer großen Hungersnot in Indien Anfang der 60er Jahre der damalige Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Binay Ranjan Sen, zu einer „Freedom From Hunger Campaign“ aufgerufen hatte. Dessen Ziel war es, durch die Gründung von Komitees in Ländern des Globalen Nordens Projekte in Ländern des Globalen Südens zu unterstützen. Auf Lübkes Betreiben wurde am 14. Dezember 1962 als deutsche Sektion der „Freedom From Hunger Campaign“ der Deutsche Ausschuss für den Kampf gegen Hunger gegründet.

Auf Initiative des ersten und langjährigen Generalsekretärs Bernd Dreesmann wurde der ihm zu militaristisch klingende Name „Deutscher Ausschuss für den Kampf gegen den Hunger“ 1967 in „Deutsche Welthungerhilfe“ geändert. 1968 wurde das Komitee als gemeinnütziger, politisch und konfessionell unabhängiger Verein in das Vereinsregister eingetragen.

1967 wurde die erste „Woche der Welthungerhilfe“ ausgerufen. Zum Aufhänger wurde das Entedankfest gewählt. Seitdem hat es Tradition, dass der Bundespräsident nicht nur die Schirmherrschaft über die Welthungerhilfe übernimmt, sondern diese auch zu dieser Zeit mit einem Spendenaufruf unterstützt.

Bereits der erste Spendenaufruf von 1967 brachte 300.000 D-Mark ein. Trotz eines schnell anwachsenden Aufkommens an privaten Spenden der Bevölkerung betragen die öffentlichen Zuwendungen mehr als das Dreifache. 2019 beispielsweise standen 56,6 Millionen Euro an privaten Zuwendungen 189,5 Millionen Euro des Steuerzahlers gegenüber.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

In vielen deutschen Kinderkliniken herrschen derzeit Zustände, welche an die Dritte Welt erinnern: Die Stationen sind brechend voll, und Eltern mit schwerkranken Kindern müssen teilweise auf Pritschen in der Notaufnahme nächtigen. Florian Hoffmann, Oberarzt auf der Kinderintensivstation am Haunerschen Kinderspital der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Generalsekretär der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), bezeichnet die Lage als „Katastrophe“ und „Armutszugnis“ für Deutschland, denn viele der kleinen Patienten im Alter von meist nur ein bis zwei Jahren leiden sehr und müssen teilweise sogar beatmet werden.

Auslöser der Misere ist eine Infektion mit dem Respiratorischen Synzytial-Virus (RSV), welche in 0,2 Prozent aller Fälle tödlich verläuft – wenn es sich um ansonsten gesunde Kinder handelt. Dagegen sterben infolge des Befalls mit dem Atemwegsvirus 1,2 Prozent der Frühgeborenen und 5,2 Prozent der Kinder mit einem Herzfehler. Laut Hoffmann gehen die Zahlen der Erkrankten und Klinikeinweisungen jetzt statt in Form einer Kurve nahezu senkrecht nach oben. Deshalb lautet seine ebenso bedrückende wie hilflose Prognose: „Wir werden diesen Winter nicht mehr alle versorgen können.“ Daher müsste man „nun eigentlich Notfall-Mechanismen aktivieren, zum Beispiel Pflegepersonal aus der Erwachsenenmedizin hinzuziehen“.

„Politik hat sich blöd beraten lassen“

Verantwortlich für das gehäufte Auftreten von schweren RSV-Fällen sind laut Hoffmann und anderen Medizinerinnen wie dem Münchener Immunologen Peter Schleicher die Corona-Maßnahmen wie Maskenzwang, Kita-Schließungen und Kontaktverbote. „Kinder brauchen bis zu 16 Infekte im Jahr, damit sie überhaupt erst ein intaktes Immunsystem aufbauen können“ – doch das sei in den vergangenen Jahren konsequent verhindert worden, um die Kleinen vor SARS-CoV-2 zu „schützen“, kritisiert Schleicher. „Deshalb werden heute so viele Kinder schwer krank.“ Wonach der Arzt anfügte: „Die Politik hat sich blöd beraten lassen.“

Noch sehr viel gefährlicher als RSV-Infektionen sind die seit Jahresanfang gehäuft auftretenden schweren Fälle von Hepatitis bei Kindern im Alter zwischen zwei und fünf Jahren, welche keinerlei Vorerkrankungen aufweisen. Diese Leberentzündungen bewirken bei jedem zehnten betroffenen Kind ein Leberversagen, das zum Tode führt, wenn keine Organtransplantation erfolgt. Wie Medizinerin um Adriana Romani Vidal von der europäischen Gesundheitsbehörde ECDC (European Centre for Disease Prevention and Control) inzwischen he-



Unterentwickelte Immunabwehr wegen „Schutzmaßnahmen“: RSV-infiziertes Kleinkind auf der Intensivstation

Foto: pa

MASSNAHMENFOLGEN I

Dramatische Krankheitswelle erfasst deutsche Kleinkinder

„Werden nicht mehr alle versorgen können“: Als Folge der Corona-Beschränkungen haben die Jüngsten oft kein normales Immunsystem entwickeln können – Nun eskaliert die Lage auf den Kinderstationen

rausgefunden haben, lösen die Infektionen zwei Erreger aus, die normalerweise nur leichte Durchfallerkrankungen verursachen. Aber offenbar haben die rigiden und selten hinterfragten Corona-Maßnahmen auch hier dazu geführt, dass die Kinder zu wenig Bekanntschaft mit banalen „Alltags-Viren“ machten und daher keine normale Immunität entwickeln konnten. Und das alles wegen einer Corona-Sterblichkeitsrate unter den Null- bis 19-Jährigen von 0,003 Promille.

Damit nicht genug. Am 15. November veröffentlichte die onkologische Kommission der Zeitschrift „The Lancet“, welche zu den ältesten und renommiertesten medizinischen Fachblättern der Welt gehört, einen Artikel mit dem Titel „Europäischer Flachsenschuss – Europas Herausforderungen in der Krebsforschung angehen“ (European Groundshot – addressing Europe’s cancer research challenges). Darin heißt es: „Die

COVID-19-Pandemie hat Schwachstellen in den Gesundheitssystemen offengelegt und viele laufende klinische Studien zu anderen Krankheiten als COVID-19, einschließlich Krebs, gestoppt ... Krebs war bereits vor der COVID-19-Pandemie eine der Hauptursachen für vorzeitigen Tod, und die katastrophalen Auswirkungen der Pandemie auf die Früherkennung und Behandlung werden Europa im Kampf gegen den Krebs wahrscheinlich um fast zehn Jahre zurückwerfen.“

Auch mehr Krebstote erwartet

Zum Beweis dieser alarmierenden These präsentiert das 47-köpfige Expertenteam um den Belfaster Krebsexperten Mark Lawler schockierende Zahlen: Allein im ersten Jahr der Corona-Pandemie fielen in Europa 100 Millionen Vorsorgeuntersuchungen aus, weswegen jetzt vermutlich eine Million Bewohner unseres Kontinents unter einer bislang nicht diagnos-

tizierten Krebserkrankung leiden. Darüber hinaus wurden 2020 1,5 Millionen Krebspatienten weniger als sonst medizinisch behandelt. Das heißt im Klartext: Einer von zwei Krebskranken in Europa erhielt damals keine Operation oder Chemotherapie, obwohl er sie dringend benötigt hätte.

Dazu, zu wie vielen zusätzlichen Krebstoten das führte beziehungsweise noch führen wird, macht die „Lancet“-Kommission keine Angaben. Angesichts dessen, dass es derzeit insgesamt 20 Millionen Europäer mit einer Krebsdiagnose gibt, könnte die Zahl solcher „Corona-Opfer“ ebenfalls in die Millionen gehen. Nur, dass diese Menschen – genau wie manche der eingangs erwähnten Kinder mit einer RSV-Infektion oder Hepatitis – sterben mussten oder noch müssen, weil kaum jemand bereit war, die These vom „Killervirus“ SARS-CoV-2 zu hinterfragen.

Dabei hatten Experten wie der renommierte griechisch-US-amerikanische Statistiker und Epidemiologe John Ioannidis bereits im März 2020 auf den gravierenden Mangel an empirischen Belegen für die Richtigkeit der politischen und medizinischen Entscheidungsfindung während der COVID-19-Pandemie hingewiesen und diesen als sein „Evidenz-Fiasko, wie es in einem Jahrhundert nur einmal vorkommt“, bezeichnet.

Andererseits winken den Pharmakonzernen aufgrund des volksgesundheitlichen GAU nun erhebliche zusätzliche Gewinne. Übereinstimmenden Prognosen zufolge wird der globale Markt für Krebsmedikamente bis 2031 um rund acht Prozent pro Jahr wachsen und so letztlich ein Volumen von mehr als 135 Milliarden US-Dollar erreichen. Davon dürften unter anderem Unternehmen wie Pfizer und Johnson & Johnson profitieren.

MASSNAHMENFOLGEN II

Auch Enttäuschung kann Menschen krank machen

„Posttraumatische Verbitterungsstörung“: Ein bislang kaum beachteter Befund rückt nach der Corona-Krise ins Blickfeld

Wenn Menschen sich belogen, betrogen, gekränkt oder ungerecht behandelt fühlen, entsteht Verbitterung. Das ist eine normale psychische Reaktion, die mit der Zeit nachlässt. Sollte das Ganze jedoch besonders dramatisch ablaufen und starke Gefühle der Hoffnungslosigkeit oder Hilflosigkeit auslösen, dann kann daraus eine möglicherweise lebenslang anhaltende Posttraumatische Verbitterungsstörung oder PTED (von englisch Posttraumatic Embitterment Disorder) entstehen.

Diese unterscheidet sich von der sehr viel bekannteren Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) dadurch, dass sie nicht aus Gewalttaten, Katastrophen oder

ähnlichem resultiert, sondern aus eher weniger spektakulären Vorkommnissen, die aber dennoch tiefe seelische Wunden schlagen.

Wie beispielsweise das mit dem „Infektionsschutz“ begründete Verbot, einem sterbenden Angehörigen im Heim in seinen letzten Stunden Beistand zu leisten, oder der Verlust der wirtschaftlichen Existenz aufgrund unsinniger oder maßlos übertriebener Maßnahmen nach dem Vorbild des totalitären chinesischen Hygienestaates. Ganz zu schweigen von dem Psychoterror gegen all jene, welche nicht an die schützende Wirkung der Corona-Impfungen glauben wollen.

Um die mögliche Zunahme von PTED-Fällen innerhalb der deutschen Bevölkerung während der Corona-Pandemie zu ermitteln, hat die Psychologische Psychotherapeutin Beate Muschalla von der Technischen Universität Braunschweig eine Umfrage unter 3200 Teilnehmern durchgeführt und die Ergebnisse anschließend mit den Werten von 2019 verglichen.

Quote deutlich gestiegen

Zum Zeitpunkt des zweiten Lockdowns im Winter 2020/21 wiesen insgesamt 16 Prozent der Probanden derart hohe Verbitterungswerte auf, dass der Verdacht auf eine PTED bestand. Dahingegen lag die

Rate der entsprechend Verbitterten vor der Corona-Pandemie nur bei rund drei Prozent.

Die Studie der Psychologin Cornelia Betsch von der Universität Erfurt erbrachte ebenfalls Alarmierendes: Während der Anteil der Untersuchungsteilnehmer mit einer „klinisch relevanten Verbitterung“ hier nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 5,3 Prozent betrug, kletterte die Quote der PTED-Kandidaten nach dem Winter-Lockdown 2020/21 auf 8,8 Prozent.

Diese offensichtliche Zunahme von Verbitterungsstörungen unter der bundesdeutschen Bevölkerung ist ein weite-

rer Kollateralschaden der Corona-Maßnahmen beziehungsweise der Corona-Politik insgesamt. Und die von Fachleuten vorgeschlagene „Weisheitstherapie“ wird hier wohl auch nur wenig Abhilfe schaffen können. Zum einen reichen die vorhandenen Ressourcen des kaputtgesparten Gesundheitswesens in keiner Weise aus, um den zahllosen Betroffenen Hilfe zu bieten. Zum anderem erfordert der Perspektivenwechsel, der im Rahmen der Therapie erfolgen soll, ein Mindestmaß an Empathie. Diese wurde Kritikern der Corona-Politik insbesondere vonseiten politisch Verantwortlicher in geradezu aggressiver Weise verweigert.

W.K.

NORDOSTPREUSSEN

Wie Litauen seine Grenzen sichert

Drohender Migrantenzustrom aus dem Königsberger Gebiet: Verantwortliche reagieren unterschiedlich

VON BODO BOST

Anders als 2015/16 in Deutschland sind in Litauen Politiker und die Bevölkerung überzeugt, dass sie für den großen Ansturm von Flüchtlingen aus dem Königsberger Gebiet gut gewappnet sind. Das zeigte sich bei einem Besuch von litauischen Politikern in Pogeegen im Memelland, in der Nähe der innerostpreußischen Grenze.

Im Gegensatz zu polnischen reagierten die litauischen Behörden auf die Ankündigung des „offenen Himmels“ im Königsberger Gebiet nicht mit konkreten Sofortmaßnahmen zur Verstärkung der Staatsgrenze zu Russland, sondern mit einer Beschwichtigungskampagne. Die Republik Litauen hat es ja als einziges Land der NATO mit gleich zwei Staatsgrenzen mit befeindeten Staaten zu tun, mit der weißrussischen im Südosten und mit der russischen im Südwesten. An der Grenze zu Weißrussland hatte Litauen im vergangenen Jahr nach den von den weißrussischen Behörden gesteuerten Grenzdurchbrüchen angeblicher Flüchtlinge meterhohe Sicherheitsanlagen entlang der Grenze gebaut.

Innenministerin Agnė Bilotaitė besuchte kürzlich den Grenzkontrollpunkt Wytis [Vyštytis]. Dort erklärte sie gegenüber litauischen Journalisten, dass ein möglicher Zustrom von Migranten aus dem Königsberger Gebiet nach Litauen derzeit nicht drohe, dass aber Vorbereitungen für verschiedene Szenarien getroffen würden. Laut Bilotaitė ist die Grenze zwischen der Republik Litauen und der Russischen Föderation sowohl durch eine physische Barriere als auch durch Grenzüberwachungssysteme ausreichend gesichert. „Wenn wir über die Seegrenze sprechen, so ist diese gut geschützt. Wir haben Radarsysteme, die in das militärische System integriert sind. Wir haben wirklich alles, was wir an technischen Maßnahmen brauchen“, sagte die Innenministerin.

Vaidas Bendaravičius, der Bürgermeister der Gemeinde Pogeegen, die an das russische Grenzgebiet Tilsit grenzt,



Will vorerst auf einen Zaun an der innerostpreußischen Grenze verzichten: Litauens Innenministerin Agnė Bilotaitė am Stacheldrahtzaun an der Grenze zu Weißrussland

Foto: pa

sagte, er habe Gerüchte über die Gefahr illegaler Migranten von der anderen Seite der Memel gehört, glaube aber nicht, dass diese ernst gemeint seien. Der Fluss Memel biete einen gewissen Schutz.

Die Zeit wird zeigen, welche Taktik die richtige ist: einer potentiellen Bedrohung vorzubeugen, indem man sofort mit dem Bau einer Sperre an der Grenze zum Königsberger Gebiet beginnt, oder abzuwarten und erst zu handeln, wenn die Situation es erfordert.

Grenzschützer fordern Schutzgrenze

Rustam Liubajewas, Kommandeur des staatlichen Grenzschutzdienstes (SBGS), der Ministerin Bilotaitė zum Grenzübergang begleitete, sagte, dass das Szenario des Zustroms illegaler Migranten aus dem Königsberger Gebiet nach Litauen ein langfristiges Problem sei. „Deshalb müssen wir jetzt mit den Vorbereitungen beginnen.“ Liubajewas sieht noch die Chance,

die Schattensyndikate, welche die illegale Migration nach Europa organisieren, auszuschalten.

Rimantas Liepa, Vorsitzender der Nationalen Gewerkschaft der Grenzbeamten, erklärte, er unterstütze den Vorschlag, wie in Polen eine Schutzgrenze zum Königsberger Gebiet zu errichten. Ein Teil der Grenze zum Königsberger Gebiet verläuft entlang der Flüsse Scheschuppe und Memel.

„Es ist klar, dass Russland die hybride Kriegsführung nicht aufgegeben hat, und wir sollten nicht davon ausgehen, dass wir davor gefeit sind. Wir müssen die Flüchtlinge aufhalten, wir müssen sie kontrollieren, wir müssen erkennen, dass die heutigen Linken in Europa denken, dass die Grenzen offen sind“, kommentierte Audrius Butkevičius, ein Unterzeichner der Unabhängigkeitsakte Litauens und Experte für Sicherheitspolitik die Lage. Er glaubt nicht, dass die Einführung eines „offenen

Himmels“ in Königsberg im Oktober nur eine wirtschaftliche Initiative der russischen Regierung sei. Was weißrussische Grenzschutzbeamte taten, nämlich Zäune auf litauischer Seite abzubauen, um Öffnungen für Migranten zu schaffen, das könnten russische Grenzschützer auch tun, um Migranten bei der Überquerung der Memel oder auf dem Landweg nach Litauen zu helfen.

„Alles ist zu erwarten“, meinte auch Audronius Azubalis, stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses des litauischen Parlaments und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, auf die Frage, ob Litauen eine zweite Front im Flüchtlingskrieg bevorstehe. „Unser Grenzschutz und unser Staat sind in einem hybriden Krieg mit illegalen Migranten getestet worden. Bei einem erneuten Fall sind wir nicht unvorbereitet. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass wir das schaffen können“, sagte der Politiker.

KÖNIGSBERG

Brachert-Relief am Postgebäude freigelegt

Der Hobby-Historiker Nikolaj Tscheburkin machte die Behörden auf das Kunstwerk aufmerksam

In der Pregelmetropole wurde vor Kurzem ein Kunstwerk des bekannten Königsberger Bildhauers Hermann Brachert wiederentdeckt. Es handelt sich um ein Flachrelief am Postgebäude in der Thorner Straße [Schelesnodoroschnaja ul. 25-31].

Jahrzehntelang war das einmalige Kunstwerk durch ein Postschild verdeckt gewesen. Als das Schild zusammen mit der Werbung, die dort angebracht war, entfernt wurde, kamen kunstvoll in den Stein gearbeitete Figuren zum Thema Post zum Vorschein. Allerdings waren sie mit Zementmörtel laienhaft überputzt worden, sodass die Figuren kaum noch zu erkennen waren.

Der Hobby-Historiker und PAZ-Autor Nikolaj Tscheburkin hatte die regionale Denkmalschutzbehörde auf die Existenz des Reliefs hingewiesen, von der er zuvor aus einem von Brachert selbst verfassten Buch erfahren hatte.

Das Flachrelief wurde aus Travertin, einem porösen Kalkstein, gefertigt und zwischen 1939 und 1940 an der Ecke des Gebäudes angebracht. Das dreistöckige Postgebäude selbst war 1930 errichtet worden. Von der Sowjetzeit bis heute befindet sich hier auch das Postamt. Der Bau bildet einen architektonischen Komplex mit dem Südbahn-



Brachert-Relief: Sechs Szenen aus dem Postalltag

Foto: J.T.

hof. Die Fassade besteht aus Klinkern und ist mit rautenförmigen Ornamenten

verzert. Durch einen Erlass Nr. 132 der Regierung des Königsberger Gebiets vom 23. März 2007 erhielt das Gebäude den Status eines Kulturguts von regionaler Bedeutung.

Aufnahme in die Denkmalliste

Mit einem Spezialmörtel haben die Spezialisten die Zementschicht auf dem Relief aufgeweicht, und so konnten sie diese vorsichtig entfernen. Darunter stand das Wort „Telegramm“, als käme es aus dem Mund eines Mannes in Uniform mit Mütze, der auf einem Fahrrad fährt. Insgesamt sind sechs Szenen aus dem Leben der Postbeamten dargestellt. Das Werk des Bildhauers soll nach einer Begutachtung in die Denkmalliste aufgenommen werden. Das Wichtigste ist jedoch, dass es bereits jetzt für die Öffentlichkeit wieder sichtbar ist.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Gemeinsam gegen Plastik

Allenstein/Wien – Bei Mikroplastik handelt es sich um Teilchen künstlichen Materials mit einem Durchmesser von weniger als fünf Millimetern. Es kommt im Trinkwasser und in menschlichem Blut vor. Da es schädlich für den Organismus ist, sollte so wenig wie möglich davon in die Umwelt gelangen. Damit befasst sich eine Gruppe von Wissenschaftlern des Lehrstuhls für Biotechnologie im Umweltschutz der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein in Kooperation mit einer Gruppe der Universität Wien. Es geht darum, diese Teilchen in Kläranlagen zurückzuhalten, was bisher nicht geschieht. Ziel sind das Heranzüchten von Mikroorganismen, die sie herausfiltern und abbauen, und neue Technologien, die ihre Menge deutlich reduzieren oder ganz verhindern, dass Mikroplastik in die Umwelt gelangt. Für ihre Forschungen haben die Wissenschaftler einen Zuschuss von umgerechnet 255.000 Euro erhalten. U.H.

Krematorium geplant

Allenstein – Wie der Kommunale Friedhofsbetrieb mitteilte, hat der Anteil der Urnenbestattungen in Allenstein auf fast die Hälfte der Beisetzungen zugenommen. Bis Ende 2023 entsteht auf dem Friedhof in Diwitten ein Krematorium. Geplant ist es im östlichen Teil nahe dem dortigen Tor. Neben dem Krematorium sollen ein oder zwei Kapellen für Zeremonien und ein Sektionssaal entstehen. Bestattungen werden dadurch wesentlich vereinfacht. Leichter ist jetzt auch das Finden von Gräbern auf den Allensteiner Friedhöfen per App. „Olsztyńskie Cmentarze“ (Allensteiner Friedhöfe) ist über Computer und Handy verfügbar und unterstützt bei der Suche bestimmter Grabstellen unter den über 68.500 Personen, die dort begraben liegen. Nach Eingabe des Namens gibt sie den genauen Ort an, Geburts- und Sterbedaten sowie auch Bilder des Grabsteins. Abgerundet wird der Service durch eine Leitfunktion vom aktuellen Standort zum Grab. U.H.

Neue Umgehungen

Lötzen/Gonsken – Die Allensteiner Abteilung der Generaldirektion für Landstraßen und Autobahnen hat den Bau zweier Umgehungsstraßen bei Lötzen und Gonsken ausgeschrieben. Im Fall von Lötzen geht es um die Erweiterung eines Abschnitts der Umgehungsstraße (Landstraße 59) auf Höhe des Lötzener Kanals auf je zwei Fahrspuren pro Richtung für Autos sowie Geh- und Radwege. Bei Gonsken, auf halber Strecke zwischen Lyck und Treuburg an der Landstraße 65, soll eine in beide Richtungen einspurige Umgehungsstraße den Durchgangsverkehr aus dem Ort auslagern. Die vorgesehene Länge ist drei Kilometer, auch hier mit Geh- und Radwegen. Im August fertiggestellt wurde die Umgehung in Schmolaien, bis 2030 sollen die in Allenstein und Diwitten sowie Johannsburg und Ortelsburg entstehen. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Loetz, Heinz, aus Mortung, Kreis Mohrungen, am 6. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Pierrass, Frieda, aus Groß Kösten, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Nagat, Frieda, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember
Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Spangehl, Erhardt, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baumgardt, Resi, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember

Brakensiek, Waltraut, geb. **Prietur**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Dogge, Kurt, aus Mohrungen, am 13. Dezember
Fricke, Christel, aus Lyck, am 10. Dezember
Kern, Hiltraut, geb. **Küchen**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Preussner, Dr. Kurt, aus Mohrungen, am 7. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhme, Christel, geb. **Dous**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember
Mitschke, Brigitte, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Rang, Christine, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, am 15. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fabian, Helmut, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Kießling, Irmgard, geb. **Borawski**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Sakrzewski, Erwin, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Schwill, Harry, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Wohlgemuth, Margarete, geb. **Herrnfeld**, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 16. Dezember
Zehdow, Christel, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Eisner, Karl-Heinz, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Großmann, Hans-Joachim, aus Lötzen, am 16. Dezember
Krupinski, Hildegard, geb. **Sambill**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Kudling, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember
Kudling, Werner, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember
Leibiger, Marga, geb. **Feuersänger**, aus Steinberg, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Schülke, Renate, geb. **Odenbach**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember
Seeger, Heinz, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Ulrich, Luise, geb. **Poewe**, aus Weissensee, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Weber, Alfred, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dyck, Albrecht, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Dezember
Lojewski, Rosemarie, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Przykopp, Edith, geb. **Marchut**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Dezember
Schröder, Hildegard, geb. **Herling**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Späth, Margarete, geb. **Wawrzyn**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dietz, Helga, geb. **Tolksdorf**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Gottowski, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Herrmann, Helmut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 15. Dezember
Kruska, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Mitzkatis, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Möbius, Christel, geb. **Hufenbach**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Mrotzek, Horst, aus Altenkirchen, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Pallasch, Willi, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Supplie, Charlotte, geb. **Buschkowski**, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Volkmer, Irma, geb. **Foerster**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember
Ziegner, Elfriede, geb. **Dwojakowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Breiksch, Horst, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. Dezember

David, Johann, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Grunau, Paul, aus Mohrungen, am 10. Dezember
Jonashoff, Inge, geb. **Penellies**, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Kaulbach, Dora, geb. **Bartel**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Linnemann, Ruth Elisabeth, geb. **Wengelink**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember
Reiß, Willi, aus Ebenrode, am 10. Dezember
Samsel, Christel, geb. **Stobbe**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Schmidt, Ursula, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bagan, Richard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Bartholmei, Erhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Bornemann, Walter, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Engelbrecht, Gitta, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Fiebich, Reinholt, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Hoffmann, Johanna, geb. **Hecker**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 13. Dezember
Korff, Vera, geb. **Jurschat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember
Kowalzik, Helmut, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Kullik, Traute, geb. **Mondry**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Lückert, Elli, geb. **Laugalis**, aus Wehlau, am 14. Dezember
Märting, Lieselotte, geb. **Westphal**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 12. Dezember
Müller, Elly, geb. **Sonka**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember
Naß, Harri, aus Lyck, am 13. Dezember
Pradelt, Ursula, geb. **Baltrusch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Rosenlöcher, Gisela, geb. **Siebelist**, aus Königsberg, am 14. Dezember
Rothbauer, Christel, geb. **Mill**, aus Grünhoff, Kreis Fischhausen, am 14. Dezember
Ruchatz, Dieter, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 15. Dezember

Kulturzentrum Ostpreußen

„Kultur verbindet“ Vielfalt ukrainischer Kunst vom Sozialismus bis zur Gegenwart, 10. Dezember bis 26. Februar.

In politisch und gesellschaftlich bedrückenden Zeiten bekommt die Kultur eine besondere, völkerverbindende Bedeutung. In einer Sonderausstellung zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen daher moderne und zeitgenössische Kunst aus der Ukraine. Präsentiert werden – aus einer Privatsammlung erstmalig in Deutschland – Ölgemälde, Aquarelle, Gouachen und Pastelle der 1970er bis 90er Jahre.

Präsentiert wird auch der Sozialrealismus, also die Kunst der sowjetischen Zeit, außerdem

Kunst der 1980er und 1990er Jahre, sie spiegelt die Umbrüche von der späten UdSSR zur postsowjetischen Ära wieder.

Ukrainische Künstler, die generell die alten Traditionen ihres Landes schätzen, waren bis jetzt in Westeuropa kaum bekannt, obwohl einige an internationalen Ausstellungen und Messen teilgenommen haben, auch an der Biennale in Venedig. Diese Präsentation gibt eine gute Gelegenheit, sehr interessante Beispiele aus diesem Land kennenzulernen.

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen
www.kulturzentrum-ostpreussen.de, geschlossen am 24., 25., 31. Dezember und Neujahr



Auszug aus Heiden, Andrij Gajdar, 1997, Öl auf Leinwand

Wenzlawski, Horst, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Althoff, Peter, aus Lyck, am 9. Dezember
Bednarz, Hildegard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Falk, Hannelore, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 11. Dezember
Gaedtke, Werner, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Gand, Werner, aus Neu Menzels, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember
Heindke, Waltraud, geb. **Kelm**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Jelonnek, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Kantner, Gertrud, geb. **Siemen**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Koenig, Gerda, geb. **Wille**, Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, am 10. Dezember

Neumann, Hans, aus Warnicken, Kreis Fischhausen, am 10. Dezember

Pieperit, Volkmar, aus Lyck, am 15. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Habacker, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Hoppe, Peter, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Jeltsch, Christel, geb. **Czackowski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember
Peper, Hans, aus Cranzbeek, Kreis Fischhausen, am 10. Dezember
Staffeld, Ilse, geb. **Fischer**, aus Wittenberg, Kreis Wehlau, am 12. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kniza, Ingrid, geb. **Kaiser**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Kolkhorst, Gisela, geb. **Seewald**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 10. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 51/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 51/2022 (Erstverkaufstag 23. Dezember) bis spätestens **Dienstag, den 13. Dezember**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, Telefon (0421)
3469718

Unser Marktstand

Bremen – Der zweitägige Marktstand im Einkaufszentrum Berliner Freiheit wurde vom eingespielten Betreuersteam im November wieder mit viel Enthusiasmus aufgebaut. Wie in den Vorjahren gab es in unserem Angebot wieder etliche Neuerscheinungen an Büchern, Landkarten, Marzipan, vor allem aber auch das beliebte Antiquariat.

Die Frage, ob es nach der Coronapause eine Veränderung im Interesse der Besucher geben würde, konnte nicht eindeutig beantwortet werden. Ganz allgemein schien es im Haus ruhiger zuzugehen als im Vorjahr. Wegen der Folgen des Ukrainekrieges sind die Menschen offenbar allgemein zurückhaltender beim Geldausgeben.

An unserem Stand waren Marzipan und Landkarten die gefragtesten Artikel, daneben landeskundliche Sachbücher. Doch die häufig gestellte Frage nach speziellen Orten und Landkreisen: „Haben Sie etwas über -xyz-“, war leider in vielen Fällen zu spezifisch,



Ostpreußen, was ist das? Au-pair entdeckt deutsche Geschichte

sodass wir das Interesse leider oft nicht bedienen konnten und die Fragesteller an die jeweiligen Kreisgemeinschaften verweisen mussten. Bildbände und volkscundliche Literatur über die Lebensverhältnisse in Ost- und Westpreußen ließen sich ebenfalls in zufriedenstellender Weise verkaufen. Leider lässt sich dieses für unseren großen Bestand an Belletristik nicht sagen. Bücher wie von Agnes Miegel, Ernst Wiechert, Arno Surminski wurden vom Bremer Publikum so gut wie gar nicht nachgefragt. Dies haben wir zur Kenntnis zu nehmen und uns darauf einzurichten.

Das „Salz in der Suppe“ unserer Präsenz waren wieder einmal die Gespräche mit Besuchern, vor allem, wenn sie noch nichts darüber wussten, von den historischen Ostgebieten „jenseits von Oder

und Neißer“ als Teil Deutschlands. Dies traf beispielsweise für Agatha Silva zu, eine junge Au-pair aus Brasilien. Längere Zeit war sie an unserem Stand mit einem gewissen Abstand stehengeblieben und betrachtete unsere Ostpreußenkarte. Es war ihr anzumerken, dass ihr geografisches Schulwissen, es nicht zuließ, sich in unser Anliegen hineinzudenken. Bei solchen Besuchern bedarf es der Ansprache und groß war das Erstaunen unserer Besucherin, als sie vom Gebietsverlust Deutschlands nach 1945 erfuhr. Noch größer war dann ihr Entsetzen als sie von den Millionen Vertriebenen und den Todesopfern erfuhr. Darüber wollte sie mehr erfahren. Sie kaufte daher eine historische Beschreibung aus unserem Bestand und gab ihr Einverständnis, ein Foto veröffentlichen zu dürfen.

Wir hätten gerne noch mehr solcher Besucher gehabt, dafür lohnt jeder Einsatz. *H. Lohmann*



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Treffen immer schwieriger

Osnabrück – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus Görtemöller, Dammer Hof 22, OT Dodesheide: Weihnachtsfeier. Leider mussten wir unsere letzte Veranstaltung, das Erntedankfest, absagen, da

Besuch bei der Deutschen Minderheit in Lyck

Vom Oberländer Kanal aus ging unsere Fahrt weiter durch eine von der Landwirtschaft sowie Wald und Seen geprägte Landschaft bis nach Lyck, wo wir beim Verein der Deutschen Minderheit von vier Frauen mit dem Ostpreußenlied empfangen wur-

den. Der Verein hat den Wasserturm der Kommune erworben und uns zu Königsberger Klops, Kaffee und Kuchen sowie selbst hergestellten Bärenfang eingeladen. Nachdem wir gut gegessen, gut getrunken, viel plachandert sowie reichlich gespendet hat-

ten, besichtigten wir noch das kleine, aber feine Heimatmuseum im Wasserturm.

Zum Abschied sangen wir das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ – aber dieses Mal gemeinsam. *Hans-A. Eckloff*



Zufriedene Runde: Besuch bei der Deutschen Minderheit in Lyck im Sommer 2022 Foto: H.-A. Eckloff

Land der dunklen Wälder

Damit nun alle den richtigen Text – auch der vierten Strophe – mitsingen können, und **das Ostpreußenlied** alle Leser den Tag über als angenehmer Ohrwurm begleitet, hier die Textfassung von Erich Hannighofer, wie sie im Heimatbuch „Land der dunklen Wälder“ festgehalten ist:

1. Land der dunklen Wälder
Und kristall'nen Seen,
Über weite Felder
Lichte Wunder geh'n.

2. Starke Bauern schreiten
Hinter Pferd und Pflug,
Über Ackerbreiten
Streichet der Vogelzug.

3. Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
In die Ewigkeit.

4. Tag ist aufgegangen,
Über Haff und Moor,
Licht hat angefangen,
Steigt im Ost empor.



Eingespieltes Team am Marktstand: (v. l.) Hartmut Rogall, Gisela Borchers, Peter Schlieper und Ulrich Krause Foto: Heinrich Lohmann



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **E-Mail:** Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Advent-Nachmittag

Bielefeld – Montag, 12. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“

Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Advent-Nachmittag der Ost-, und Westpreußen bei Kaffee und Kuchen mit heimatlichen Gedichten und sonstigen Überraschungen. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Bitte Voranmeldung bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026, und Gertrud Riede unter Telefon (05202) 5584. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Weihnachtsfeier

Viersen-Dülken – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Café Robin Hood, Alter Markt 3: Weihnachtsfeier. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbiten wir einen Unkostenbeitrag von 7,- Euro pro Gedeck.

Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen. Wie immer sind Gäste bei uns gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen. Ihr Kommen nach langer Pandemiepause stärkt die heimatliche Erinnerung und hilft unserer landmannschaftlichen Ortsgruppe in Dülken. Bitte melden Sie sich telefonisch unter (02162) 58217 an.

Jürgen Zauner



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Entenessen

Bad Schwartau – Mittwoch, 14. Dezember, 10 Uhr, ZOB: Ab-

fahrt nach Lüneburg. Die LO Ortsgruppe Bad Schwartau gemeinsam mit der Gruppe der Reisefreunde lädt zu einem weihnachtlichen Entenessen und Adventszauber ein. Es geht zunächst in direkter Fahrt in die Elbtalau in die Nähe von Bleckede, wo wir zu einem Entenessen in einem Landgasthof angemeldet sind. Danach fahren wir nach Lüneburg, wo wir Zeit für einen entspannten Bummel über den festlich geschmückten Weihnachtsmarkt haben. Um 16.30 Uhr ist die Rückfahrt geplant.

Die Fahrt in einem Luxus-Reisebus sowie das Essen kosten 58,- Euro. Anmeldungen nimmt entgegen Claus Seifert unter Telefon (0451) 26315.

Adventsnachmittag

Bad Schwartau – Donnerstag, 15. Dezember, Begegnungsstätte der AWO, Auguststraße 34A: Adventsnachmittag der LO Ortgruppe. Heimat, vorgetragen von unseren Mitgliedern, und Weihnachtsliedern begleitet von Georg, mit einer Ansprache von Pastorin Adela Jartimova und weihnachtlichen Geschichten aus der Jordan auf dem Akkordeon, wollen wir uns auf die Festtage bei Kaffee und Kuchen einstimmen. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung.

Königsberger Klops-Essen

Burg – Das traditionelle Königsberger Klops-Essen bei der Landmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ im Hotel Wisser in Burg war wieder ein voller Erfolg. Zahlreiche Mitglieder und Gäste waren erschienen, um ein paar

schöne Stunden mit der Gruppe zu verbringen.

Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Jochen Gawehns den 1. Stadtrat und Stellvertretenden Bürgermeister von Fehmarn Heinz Jürgen Fendt, den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten der LO-SH Edmund Ferner, den Kreisvertreter von Rastenburg in Ostpreußen Hubertus Hilgendorff aus Flehm, den Vorsitzenden der LO aus Schönwalde a. B. H.A. Plötner, den Vorsitzenden der LO aus Lensahn G. Salzmann. Zum Gelingen des Nachmittages trug ein abwechslungsreiches Programm bei, wie kleine Anekdoten sowie Kurzgeschichten. Für die musikalische Unterhaltung sorgte Burkhardt Donath auf dem Keyboard.

Wie sagte ein ehemaliger geladener Bürgermeister der Insel: „Das Königsberger Klopss-Essen ist eine gute Tradition mit gutem Essen, Klönschnack und etwas Kultur geworden und dieses schon über etliche Jahre.“

Vereinigte Landmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg – 70 Jahre, kaum zu glauben, sind schon seit dem 16. November 1952 vergangen.

Damals, am Totensonntag, wurde nach einem beispiellos kurzen Entscheidungsgang von elf Monaten (vom Antrag der Vereinigten Landmannschaften für den Stadt- und Landkreis Flensburg e.V. an den Magistrat der Stadt über die Entscheidung des Rates und die Zusage des Oberbürgermeisters, die Beschaffung eines entsprechenden Findlings bis hin zur Gestaltung durch einen örtlichen Stein-



Denen, die im Osten ruhen: Gedenkstein in Flensburg

metzbetrieb) die Gedenkstätte Stein des Ostens „Unseren Toten, die im Osten ruhn“ eingeweiht. Tausende Menschen aus Flensburg und dem Umland, Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten wie ortsansässige Bürger, strömten zum Friedenshügel, um an der Feier- und Gedenkstunde teilzunehmen. So war es nach 70 Jahren den Vereinigten Landmannschaften ein besonderes Anliegen, der Stadt in einem stillen Gedenken zu danken.

Dann wurden die Kränze, einer der Stadt, einer der Vereinigten Landmannschaften, aufgenommen und es folgte die kurze Prozession zum Ehrenhain, um die Kränze niederzulegen.

An der Gedenkstätte sprach Stadtpräsident Hannes Fuhr, der seine Ansprache in zwei Teile gliederte. Einmal die Historie der Gedenkstätte mit Flensburg als ein Zentrum der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein, deren Anteil an der Stadtbevölkerung Ende der 1940er Jahre über 40 Prozent betrug.

Dann gab er einen Ausblick mit der Frage „Wie wird es weitergehen?“, wer wird der Toten in ein paar Jahren gedenken, wenn es keine lebendige Erinnerung an das Leid der Flucht und ihrer Verluste mehr gibt? Seitens der Stadt und der Vereinigten Landmannschaften ist Pflege und Erhaltung wenigstens bis zum Jahr 2043 geregelt und finanziert, dann wird man die Lage

neu bewerten müssen. Er schloss mit einem Appell, gerade in heutiger Zeit, in der es erneut zu Krieg in Europa mit Flucht und Vertreibung gekommen ist, sich die unsäglichen Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft vor Augen zu halten. Unsere stille Gedenkfeier schloss mit dem Segen der Präpstin und dem Dank des Vorsitzenden.

Michael Weber

Weihnachtsbogen

Wer hat einen und kann helfen?

Ein weißes Doppelblatt, dessen „Vorderseite einen Goldrand hatte und mit einem bunten Glanzbild geschmückt war. ‚Stammbild‘ sagten wir damals. Es zeigte zumeist eine tiefverschneite Winterlandschaft mit einem einsamen Häuschen, das sehr armselig war, denn es besaß nur ein einziges kleines Fenster. Aber aus diesem hell erleuchteten Viereck ergoss sich eine goldene Lichtbahn in den Schnee. Und irgendwo stand zwischen den Tannen, die sich dunkel gegen den rötlichen Himmel abhoben, ein Reh.“ So beschreibt Ruth Geede ihren Weihnachtsbo-

gen, den sie alljährlich für ein Dittchen bei Oma Kahnert kaufte, mit einem hübschen Gedicht beschrieb, um ihn ihren Eltern zu Weihnachten zu schenken; abgedruckt in „Der redliche Ostpreuße, 71./184. Jahrgang. Ein Kalendербuch für 2020“.

Wer hat solch ein Exemplar noch? Giesela Harder ist es ein großes Anliegen, einen solchen Bogen zu sehen. Bitte melden Sie sich bei Christiane Rinser-Schrut, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: rinser@paz.de.

Ihnen eine gesegnete Adventszeit! Christiane Rinser-Schrut



Wintersonne: Das Königsberger Schloss im Winter von Hans Simoleit

Rätsel

ver-stohlen lächeln	fruchtiges Erfrischungsgetränk	Meinung, Vermutung	außerordentlich (ugs.)	nord-amerikanischer Strom	erlernen (sich ...)	Feld-ertrag	Sammlung von Schriftstücken	Vorname Hemingways	familiär, heimisch	Stadt in NRW, am Hellweg	beständig, gleichbleibend	landwirtschaftliches Gerät	leicht regnen
US-amerik. Musikrichtung			Schiffssteueranlage		eine Blume; ein Gewürz		Augenflüssigkeit		aus eigenen Kräften		Schmetterlingslarve	seichte Stelle eines Gewässers	
Herrschersstuhl		lösen, aus-haken		Bodenfläche, Gelände	früherer äthio-pischer Titel	Dachhöf-fung mit stehendem Fenster	Gemahlin Lohen-grins		Vertrauens-missbrauch	Gieß-gefäß mit Henkel	tropfend nass sein		
Boxhieb (engl.)		deutsche Schrift-stellerfamilie			früherer Minister islam. Staaten			Pferde-renn-bahn bei London		Mönchs-gewand			
laut jam-mern, schimpfen (ugs.)			hasten		lodernde Flamme; Gerbrinde	inner-asiatisches Gebirge				Monats-name			
Begriff aus Jazz und Pop-musik		Haupt-hafen von Nigeria				Turner-abteilung	Fluss durch Paris				in Flocken zur Erde fallen		Wechsel-gebet
Luft-trübung				klein-körnige Getreide-art			Finken-vogel		das Paradies	deut-sches Mittel-gebirge			

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAPST	AENS	CEHRT	CEHIL	ANOV	DILN	ADEM
			AHLM			
AENTT	ACIL LV					
ABCDH LNOS						
EKST			DEEN			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine sangbare Tonfolge.

1	SPIEL				SCHAFT
2	EULEN				GLAS
3	RABATT				PLAN
4	JAGD				HOF
5	DACH				FALL
6	HITZE				LUFT
7	SEE				SCHULE

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Ersatzpflicht, Verantwortung
- 2 ein Fahrzeug lenken
- 3 nicht folgsam

So ist's richtig:

Magisch: 1. Haftung, 2. steuern, 3. unartig

Melodie: 5. Schaden, 6. Gewitter, 7. Kadetten

Mittelworträtsel: 1. Kamera, 2. Spiegel, 3. Schlacht, 4. Schloss

Schüttelrätsel:

Reihe, Folge: ein Knochen-, Speisefisch

französischer Filmstar (Simone)

eingedickter Fruchtsaft

in bester körperlicher Verfassung

ver-wundet; gekränkt

Eigen-tum be-schlag-nahmen

Haar-kringel

ein Knochen-, Speisefisch

sehr kalt

Schwert-wal

Wüsten-fuchs

Stern im Sternbild Walfisch

Abkür-zung für et cetera

bestimmter Artikel

Europ. Fußball-verband (Abk.)

Stoff-rand-, -besatz

Wert-volles Möbel-holz

berufl. Arbeit; Gefäl-ligkeit

schmal; begrenzt

höfflich zu einem Besuch bitten

lockeres Gestein

Lobrede

Krach-, lästiges Geräusch

aus tiefstem Herzen

Kirchen-musik-instrument

ein Nutztier

Urs.: amerika-nischer Soldat

Pferde-sport

Zah-lungs-mittel

PAZZ 49

Heimatkreisgemeinschaften



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Herbst in Lyck

Diesberg – Auch in diesem Jahr bin ich wieder von Dortmund nach Allenstein geflogen. In knapp zwei Stunden landet man in Masuren. Die Fahrt vom Flughafen nach Lyck ist immer etwas Besonderes für mich: das Ankommen in der masurischen Heimat meiner Vorfahren. In Lyck wurde ich schon im Hotel Rydzewski vom Ehepaar Lassalle erwartet, die mich in jedem Jahr bei der Auszahlung der Bruderhilfe tatkräftig unterstützen. Außerdem stand mir unser Landsmann Gerdt Moucha, Ortsvertreter von Petzkau zur Seite. Der Anreisetag endete mit einem Spaziergang auf der Promenade am Lycksee.

Die Auszahlung der Bruderhilfe war für Mittwoch geplant. Es galt nun vorher mit der Vorsitzenden des Vereins der deutschen Minderheit „Mazury“, Irena Szubzda, den Ablauf der Auszahlung abzustimmen. Ein Besuch im Wasserturm ist für mich jedes Jahr wie nach Hause zu kommen, und ich freue mich regelmäßig, die Mitglieder der Deutschen Minderheit dort zu begrüßen. Für den Abend waren Rafal Zytyniec und Stefan Marcinkiewicz ins Hotel zum Abendessen eingeladen, um mich mit ihnen über Beiträge zum neuen Heimatbrief 2023 auszutauschen. Zytyniec schlug mir ein gemeinsames Projekt für das nächste Jahr 2023 vor: „Lyck in Bild und Zeit“.

Wie besprochen, sollte die Auszahlung wieder in den Räumen des Wasserturms erfolgen. Die KG Lyck hat auch in diesem Jahr das Geld für die Bruderhilfe aufgestockt, weil die Landsmannschaft Ostpreußen ihren Zuschuss innerhalb von drei Jahren zweimal gekürzt hat. Nicht nur die Auszahlung ist für die Empfangsberechtigten wichtig, sondern sie nehmen auch die Gelegenheit wahr, um mit mir und Frau Lassalle, die sehr gut polnisch spricht und für mich dolmetscht, persönliche Gespräche zu führen. Bei einem anschließenden Mittagessen mit dem Vorstand

Ostpreußisches Landesmuseum



Verschwundene Orte in ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa, Vortrag mit Christina Meinusch und Štěpánka Šichová, Dienstag, 13. Dezember, 18.30 Uhr, Eintritt frei, Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte die größte innereuropäische Zwangsmigrationswelle ein. Millionen Deutsche sind aus den damaligen deutschen Ostgebieten geflüchtet oder von dort vertrieben worden. Häuser und ganze Dörfer blieben zurück. Von Tausenden einst lebendigen Dörfern und Landschaften ist der Großteil untergegangen. Verschwundene Orte sind in allen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa anzutreffen.

Der Bund der Vertriebenen und das Ostpreußische Landesmu-

seum laden zu einem Themenabend ein, in dem die untergegangenen deutschen Kulturlandschaften wieder zum Leben erwecken. Christina Meinusch, Heimatpflegerin der Sudeten-deutschen Landsmannschaft, und Štěpánka Šichová, Geschäftsführerin des Vereins für deutsch-tschechische Verständigung Trautenau - Riesengebirge e.V., setzen sich im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht nur für den Erhalt sowie die Fortführung der kulturellen Vielfalt der Deutschen aus Böhmen, Mähren und dem Sudetenland ein, sondern wirken zusätzlich an zahlreichen Projekten mit. Im Rahmen ihres Beitrages werden sie ihre Tätigkeit schildern und ein Jugendprojekt vorstellen, in dem die Jugendlichen sich auf eine GPS-Schnitzeljagd begeben und eine ehemals von Deutschen besiedelte Gemeinde erkunden. Im Anschluss besteht die Möglichkeit für Rückfragen und zur Diskussion.

des Vereins gingen wir noch einmal den Zahlungsablauf durch und Szubzda griff schließlich zu ihrem Akkordeon und wir sangen gemeinsam aus vollem Herzen Lieder der Heimat.

Am Abend suchten uns im Hotel zwei Mitarbeiterinnen der Musikschule Lyck auf. Beide gehören auch als Sängerinnen dem Chor Kontrapunkt an. In aufschlussreichen Gesprächen erfuhren wir manches über in Lyck inzwischen Geschehenes. Ich freue mich immer über den Kontakt und die Freundschaft, die uns verbindet.

Vormittags fand die vereinbarte Besprechung mit Zytyniec, dem Direktor des Historischen Museums, statt. Der Weg zum Museum ist zurzeit nicht einfach zu finden. Es fehlt der nun zugeschüttete Fußgängertunnel zum Museum. Der Bahnhof von Lyck wird total umgebaut. Die Rail Baltica, eine schnelle Eisenbahn, führt bald durch Masuren und bindet auch Lyck an. Mit Zytyniec besprach ich dann für 2023 das gemeinsame Projekt „Bild und Zeit“. Mit dem Historischen Museum und der KG Lyck besteht seit Oktober 2014 ein Zusammenarbeitsvertrag (HLB 2015, Seite 43). Zu diesem Projekt

werden Fotografien und andere Zeitzeugnisse zur Entwicklung der Stadt Lyck gesucht. Es wird im Museum eine Auftaktausstellung geben, die sodann in eine Dauerausstellung übergeht. In einem Aufruf zur Bewahrung von Erinnerungstücken werden alle Landsleute gebeten, entsprechendes Material an das Historische Museum zu senden. Diesen Aufruf finden Sie auf unserer Internetseite www.kreislyck.de und im Heimatbrief 2023.

Fotografien und Zeitzeugnisse der Stadt Lyck gesucht

Am Freitagvormittag traf ich mich mit Sabina Kozłowska, Vorstandsmitglied der Deutschen Minderheit, im Wasserturm. Wir besprachen einen Beitrag für den Heimatbrief 2023, den sie mir mit entsprechenden Bildern zusenden wird. Kozłowska fährt viel mit ihrem Fahrrad durch die Dörfer und fotografiert alte Bahnhöfe und Schulen. Zusammen mit Zytyniec besuchten wir am Nachmittag den Stadtpräsidenten Tomasz Andrukiwicz; geknüpft gute Kontakte müssen gepflegt werden. Wir stellen ihm das gemeinsame Projekt der KG Lyck und des Historischen Museums für das Jahr 2023 vor.

Nach dem Treffen zeigte uns der Stadtpräsident die umgebaute Turnhalle, in der vormals die Schüler vom Lycker Gymnasium ihre Sportstunden verbracht hatten. Es ist nun daraus eine umfassend modern ausgestattete Mehrzwecksportstätte entstanden.

Der Sonnabend gehörte ganz unserer Fahrt nach Mostolten, dem Heimatdorf meiner Mutter, Großeltern und Gerd Bandillas. Den Friedhof von Mostolten fand ich in einem gepflegten Zustand vor. Nachdem ich am Grab meiner Vorfahren Kerzen entzündet hatte, begaben wir uns in das ehemalige Wohnhaus von Gerd Bandilla. Dort habe ich der Hausherrin zum Geburtstag gratuliert, und wir verbrachten angenehme und gesellige Stunden. Gegen Abend besuchten wir mit Szubzda deren Mutter Frau Käthe. Es ist immer eine Riesensonne, gemeinsam mit Käthe Heimatlieder zu singen und über die Vergangenheit zu sprechen. Auf dem Heimweg nach Lyck entdeckte ich unmittelbar neben der Autobahn die Gedenkstätte von Zielhausen, die wir 2014 errichtet hatten (HLB 2015 Seite 100). Damals lag die Ruhestätte abseits in einem Waldstück, heute direkt an der neuen Autobahn, die derzeit nur unter mancherlei Provisorien (besonders Beschilderungen) zu befahren ist.

Einer Einladung von Jacek Piorunek, Vorsitzender der Woiwodschaftsversammlung Podlachien folgend, besuchten wir Raygrad. Dort begrüßte und bewirtete uns im Yachtclub Arcus11 der Bürgermeister Ireneusz Gliniecki. Gemeinsam, auch mit Piorunek, legten wir vom Yachtclub mit einem großen Segelboot unter Motor ab zu einem Törn über die Seen. Herrlich! Noch beeindruckt von diesem Höhepunkt mussten wir mit Bedauern am Montag die Rückreise antreten. Fazit: Der Aufwand hat sich gelohnt, wir können zum Glück weiter optimistisch in die Zukunft blicken. *Bärbel Wiesensee*



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,

E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimatbrief

Erwitte – Liebe Neidenburger, liebe Soldauer, das Jahr 2022 neigt sich langsam dem Ende zu. Überall zeigt sich alles im vorweihnachtlichen Glanz. Es kommen die Tage der Besinnung und der Erinnerung. Besinnlich, denken wir an unser schönes Ostpreußen zurück. Bei den Erinnerungen kommen uns auch die schrecklichen Kriegsjahre, die durch den Krieg in der Ukraine, wieder Nahrung erhalten haben. Doch wollen wir uns auch an die guten Zeiten in der geliebten Heimat erinnern.

Hier soll der nächste Heimatbrief helfen. Unser Schriftführer Wilfried Brandt hat keine Mühen gescheut und zwischenzeitlich den neuen Heimatbrief Nr. 159 fertiggestellt. Derzeit befindet es sich bei der Fa. Rautenberg in Druck und wird in den nächsten Tagen versandt werden.

Die Mitglieder, die in der Heimatdatei erfasst sind, bekommen den Heimatbrief automatisch zugeschickt. Sollten Sie, aus welchen Gründen auch immer, keinen Heimatbrief bekommen, melden Sie sich bitte beim Schriftführer Wilfried Brandt, Lünenfeld 1, 27446 Selsingen, Telefon (04284) 1527.

Um Ihren Eintrag in der Heimatdatei überprüfen zu lassen, melden Sie sich bitte bei Gisela Merchel, Schleddeufer 2,

59494 Soest, Telefon (02921) 3451888.

Ich wünsche Ihnen eine frohe, besinnliche Adventszeit und bleiben Sie gesund.

Nicht vergessen dürfen Sie auch unsere Spende nicht, auch wenn es in diesen Zeiten sehr schwer fällt. Die Kreisgemeinschaft Neidenburg benötigt Ihre Spende dringend, da sie keine anderen Einnahmen hat, und nur so überleben kann.

Ihr Kreisvertreter Ulrich Pokraka

ANZEIGEN



*Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
der ist nicht tot, nur fern, tot ist nur,
wer vergessen wird.*

(Immanuel Kant)

In Liebe und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen von meiner lieben Ehefrau, unserer geliebten Mutter, Schwiegermutter und Oma

Ingrid Krueger

geb. Komorowski

* 4. Dezember 1932 † 9. November 2022
Königsberg/Ostpreußen Himbergen

Die Heimat lag ihr stets am Herzen.

In stiller Trauer
Heinz Krueger und Familie

Birkenweg 3, 29584 Himbergen



*Und meine Seele spannte
Weit ihre Flügel aus
Flog durch die stillen Lande
Als flöge sie nach Haus*
(Joseph von Eichendorff)

Unser Freund

Helmut Günter Salomon

* 29. April 1933 in Sensburg
† 26. November 2022 in Melsbach (Neuwied)
ist von uns gegangen.Die Liebe zu unserer ostpreußischen Heimat
hat uns zusammengeführt

Heidrun und Horst Jucknat

Brigitte Schüller-Kreuer und Wilhelm Kreuer

Unter Verwendung eines Aquarells
von Helmut G. Salomon

*Ich weiß ein Land, so eigen,
so schön, als wär's erträumt,
wo stolze Tannen ragen
und weiße Woge schäumt,
wo segensschwere Erde
des Wandrers Schritte trägt
und frohe, lebensstarke,
gesunde Menschen prägt.
Und fragt ihr nach dem Namen,
so sei er stolz genannt:
Das Land, so schön, so eigen,
Ostpreußen heißt das Land!
Den möcht' ich glücklich preisen,
der hier zu Hause ist,
wo aus der Ackerkrume
das starke Leben grüßt.
Drum dank' ich meinem Schöpfer,
bin betend ich allein,
der mich für wert befunden,
Ostpreußens Sohn zu sein.*

Eine Ära geht zu Ende.

Unendlich traurig und voller Dankbarkeit für all die Zeit, die wir mit dir verbringen durften, lieben wir dich liebevoll aus unseren Händen gehen.

Werner Schiemann

* 01.12.1928 † 23.11.2022
Seehausen/Ostpreußen Weitendorf/Insel PoelIn Liebe:
deine Kinder
Wölfi, Ani, Assi und Birgi
mit Familien
und alle, die ihn lieb hatten

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand am 2. Dezember 2022 in der Inselkirche zu Kirchdorf statt.

Warm oppm Kopp

Mütze mit
aufgestickter
Eichschaufel.
Innen: Thinsulatefutter.
Außen: ostpreußisch.
In den Farben blau und
schwarz erhältlich.
Je Strickmütze: 15,- Euro,
zuzüglich 3,- Euro
Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je
15,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

ANZEIGE



MÄRKTE IN OSTPREUSSEN



Pfefferkuchen, Marzipan und Schuhwerk

Tapiau, Wehlau oder Königsberg – Hier und da leben alte deutsche Traditionen, wenn auch in veränderter Form, fort

VON BÄRBEL BEUTNER

Das Landstädtchen Tapiau geht einer neuen Blütezeit entgegen. Aber für die Landbevölkerung war Tapiau immer ein Anziehungspunkt, in deutscher und in russischer Zeit. Man kaufte dort bequem das, was man in Hof und Garten brauchte, und anfertigen und reparieren ließ man dort auch.

Tapiau hatte den großen Marktplatz, typisch für die ostpreußischen Landstädte, denn auf dem Markt wurden nicht nur Obst und Gemüse, Eier und Butter verkauft, sondern die Bauern handelten auch mit Vieh, und Händler mit Haushaltswaren, Kleidung und Luxusartikeln kamen hinzu. Es muss ein überwältigendes Treiben gewesen sein. Siegfried Lenz schildert das in einer seiner masurischen Geschichten „So zärtlich war Suleyken“. Schissomir heißt der Marktflecken, und der Markttag ist „Schissomirs großer Tag“. Was war da los! „Die Leute waren lustig und lebhaft, knallten mit Peitschen, lachten, hatten Stroh an den Stiefeln, aßen fetten Speck, schauten Pferden ins Maul und kniffen Ferkel in den Rücken, worauf ein wildes Quietschen anhub; dicke Frauen wurden am Rock gezogen, Kinder plärzten, Bullen brummten, eine Gans war unter eine Herde von Schafen geraten, was bewirkte, daß einige Schafe unter die Kühe kamen und einige Kühe sich losrissen und durch die staubige Gasse der Buden sausten ...“

Niederschlag in der Literatur

Wirklich, ein großer Tag! Wie grandios muss erst der berühmte Pferdemarkt in Wehlau gewesen sein! „Seit dem 19. Jh. brachte neben dem Jahrmarkt der alljährliche Pferdemarkt gute Einkünfte“, heißt es lapidar im „Lexikon der Stadt Königsberg (Pr)“. Dabei war Wehlau seit dem 14. Jahrhundert ein Marktort.

In der Erzählung „Die schöne Malone“ schildert Agnes Miegel (1879–1964) einen



Einst ein belebter Ort: Der Marktplatz von Tapiau, hier nach dem Ersten Weltkrieg

Foto: Archiv PAZ

„Bauernmarkt“ in „einer der Küstenstädte im Ostland“. Dieser Markt findet „am Sonnabend vor Johanni“ statt. Man „vergnügte sich“ an den Buden, „wo es Thorner Pfefferkuchen, Königsberger Marzipan, Tilsiter Schuhwerk und Heiligenbeiler Drechslerwaren gab, wo ein Bär tanzte, ein Mann Kämmen und Schnüre anpries und zottlige Zigeunerweiber Karten schlugen“. Und nicht nur das: Unter Lindenbäumen stehen „undeutsche Frauen puppensteif und geputzt“, die über dem Arm ihre kunstvollen Webereien, ihre Garnsträhnen und gestrickten Handschuhe feilhielten“. Eine stattliche Frau in einer altmodischen Tracht überreicht „Tücher, die vom feinsten Faden, schneeweiß und aufs gleichmäßigste gewebt waren“, und bei einem Mäd-

chen kann man „bunte Schürzenbänder“ erstehen – „Jostenbänder“, wie man sie in Litauen und Ostpreußen nannte.

Für die heutige Leserschaft muss man die Bezeichnung „undeutsche Frauen“ erklären. Das waren Litauerinnen und Altpreußinnen. „Zigeuner“ darf heute nicht gesagt werden, galt aber seinerzeit als gängiger ethnischer Begriff, und das Wort „Weib“ war in früheren Jahrhunderten kein Schimpfwort.

In Tapiau fand gewiss auch so ein Bauernmarkt statt, und als wir Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg dieses nun russische Landstädtchen besuchen konnten, sah es fast so aus wie in deutscher Zeit. „Eine alte Stadt!“, sagten die Russen stolz. Es war wieder beziehungsweise immer

noch Einkaufsort für die Landbevölkerung, und Einkaufen in Tapiau war fester Bestandteil des Besuchsprogramms. In den ersten Jahren sah der Marktplatz recht schlicht aus. Heute ist er neu angelegt und prachtvoll herausgeputzt. Lenin stand damals auf einer weitläufigen, aber recht öden Fläche. Marktbetrieb war dort kaum.

Basar im nun russischen Tapiau

Aber ein paar Straßen weiter war „unser Basar“, ein Einkaufsparadies, das der Kundschaft an sieben Tagen in der Woche alles bot. Hier konnte man Kleider, Röcke, T-Shirts und Schuhe kaufen, wobei die Anprobe den größten Spaß machte. Umkleidekabinen gab es nicht, die Verkäuferin hielt eine Wolldecke hoch

oder man konnte hinter einen kleinen Vorhang. Zum Anprobieren von Schuhen und Pantoffeln stellte man sich auf ein Stück Pappe.

Ob Handtaschen, Winterpullover, Sommerkleider, Blazer für offizielle Veranstaltungen, Schulkleidung für die Kinder – man wurde immer fündig. Frisches Fleisch aus der Region wurde in Hallen verkauft, in kleinen Pavillons gab es Käse und Quark oder alle möglichen Wurstsorten. Am Eingang des Marktes standen Eimer mit frischen Fischen – unsere praktische Überlegung, die Fische erst bei der Rückkehr zu kaufen, damit sie länger in ihrem Eiswasser blieben, brachte kein gutes Ergebnis, denn als wir zurückkamen, waren die Fische weg. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen waren auch nicht erfolgreich und endeten in Gelächern.

Zu dem Besuch des Basars gehörte ein Bummel durch die Geschäfte, die Haushaltswaren, Souvenirs und Schmuck anboten. Ein aparter Bernsteinring erregte im Westen Aufmerksamkeit, eine praktische Teekanne aus stoßfestem Glas ließ sich gut gebrauchen, an Waren aus dem Fernen Osten war die Auswahl groß. In einem bestimmten Geschäft wurde traditionsgemäß eine Torte gekauft, bevor es zurück nach Hause ins Dorf ging ...

Unser Basar sollte nicht für immer bleiben. Er wurde nach und nach in Buden am Stadtrand umgelagert, und der Platz wurde bebaut. Die Stammkundschaft befürchtete, in Zukunft unbedeckt gehen zu müssen. Natürlich gab es den Rynok (Markt) in Königsberg, aber in Tapiau kannte man sich, es war alles gemütlicher, eben ländlich, mit einer anheimelnden Atmosphäre.

Märkte in Ostpreußen – jedem Königsberger fällt der Fischmarkt ein, der nur noch in der Erinnerung fortlebt, aber seit Generationen für Erheiterung sorgt. Anekdoten, Gedichte und Sketche finden unverändert großen Beifall, sobald die Königsberger sich treffen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Lichterglanz nach Berliner Vorbild

In Oberschlesiens Städten ist Energiesparen bei Weihnachtsillumination überhaupt kein Thema

In den ober-schlesischen Industriestädten Hindenburg [Zabrze] und Königshütte [Chorzów] wird zu Weihnachten geklotzt und nicht gekleckert, zumindest wenn es um den Einsatz der Festbeleuchtung geht.

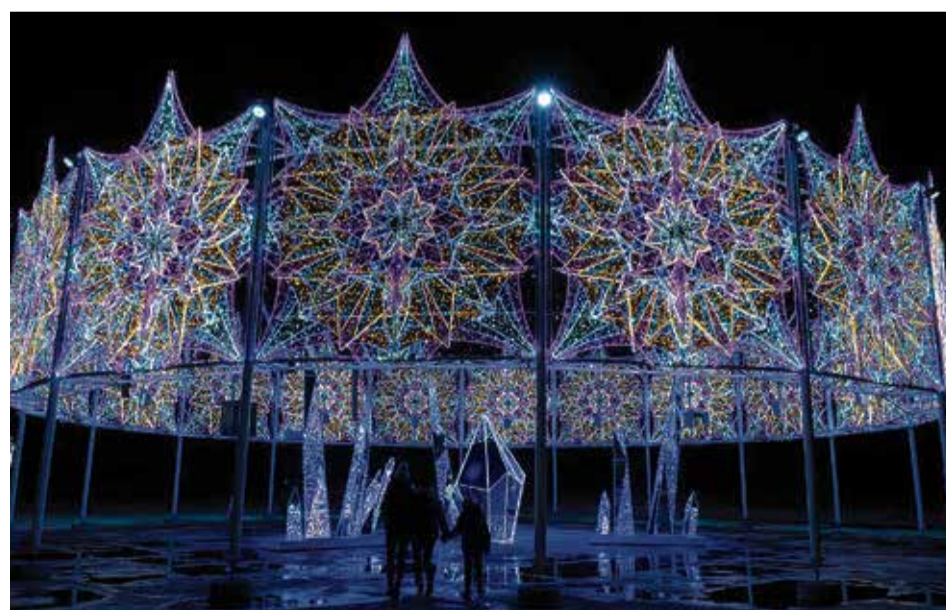
Im Schlesischen Zoologischen Garten (Śląski Ogród Zoologiczny) schaffen 25 Lichtinstallationen eine märchenhafte Architektur in dem etwas in die Jahre gekommenen Tierpark. Entlang eines zwei Kilometer langen Weges erklingt dezente Weihnachtsmusik, und vor dem Auge des Betrachters wechseln sich unwirkliche Landschaften ab. Ein „Märchenweiher“ mit leuchtenden Seerosen, der von bunt beleuchteten Bäumen und Gebüschen umrahmt ist, die wie tanzende Elfen anmuten, ist nur eine der Märchenlandschaften. Auch ein Sternenregen aus Licht, ein Lichtertunnel oder Wiesen, auf denen Lichterteppiche projiziert werden, sind noch bis zum 15. Januar täglich von 17 bis 20 Uhr zu bestaunen.

Die Lichterwelt sei nicht störend für die Tiere im Zoo, denn „die Lichterinstallationen befinden sich in großer Entfernung von den Gattern und Ausläufen der Tiere. Am Abend sind die Tiere auch schon in ihren Pavillons, deren Fenster

mit Lichtschutz abgedichtet wurden“, versichert Daria Kroczyk, Zoo-Sprecherin in der „Promenade“ Promenada Ziętki 7 in Königshütte. Der 1958 gegründete Tierpark ist mit seinen 47,5 Hektar Fläche der drittgrößte in der Republik Polen und befindet sich in einem der größten Stadtparkanlagen Europas. Die Idee, den Zoo im Winter durch den Weihnachtsgarten attraktiv zu machen, holten sich die Königshütter aus Berlin. Dort wurde nämlich der erste „Christmas Garden“ 2016 präsentiert.

Im etwa 20 Kilometer entfernten Hindenburg entstand im Waldbad eine ähnliche Lichterwelt. Die 22 Hektar große Fläche nennt sich „Millionenlichter-Park“. „Dieser Ort, mit einem großen Karussell und vielen Märchengestalten, ist eine perfekte Kulisse für Familien-Schnapsschüsse“, so Zdzisław Trzepizur, Chef des Städtischen Sport- und Veranstaltungszentrums Hindenburg. Für ihn ist die zehn Meter hohe Kristallkammer, die wie eine Krone anmutet, der schönste Teil der Präsentation im Hindenburg Waldbad, das sich in der ul. Srebrna 10 befindet und außer Montag und Dienstag von 16 bis 21 Uhr geöffnet ist.

Aber auch der Kattowitzer „Ring“, wie Marktplätze in Schlesien heißen, wird in



Kulisse fürs Familienalbum: Die Kristallkammer im Hindenburger Millionenlichter-Park

der Weihnachtszeit besonders stark illuminiert. Erstmals wurde auch dort ein „Lichter-Minipark“ installiert. 200 Quadratmeter ist er groß und zu sehen sind dort noch bis zum 26. Februar unter anderem überdimensionale, leuchtende Weihnachtsfiguren. Am 9. Dezember bekommt der Kattowitzer Weihnachtsmarkt auch seine ober-schlesischen Ak-

zente, denn ab 18 Uhr marschieren von der Marienkirche bis zum Ring Bergmann-Fahnenräger, Trachtengruppen und Majoretten bei zünftiger Blasmusik des Kattowitzer Bergmannorchesters.

Noch mehr ober-schlesische Atmosphäre kann man im Kattowitzer Stadtteil Nickischschacht [Nikiszowiec] vom 9. bis zum 11. Dezember schnuppern.

Dort wird seit 2008 besonders darauf geachtet, dass die Illumination und die Stände die einzigartige Backsteinarchitektur der historischen Arbeitersiedlung unterstützen. Nickischschacht wurde von 1908 bis 1919 nach Plänen der Charlottenburger Zillmann-Brüder für Bergarbeiter und Beamte an der Giesche-Grube bei Kattowitz erbaut.

Deutscher Abend am Oppelner Ring

Wenn auch nicht besonders illuminiert, dafür aber mit deutschen Akzenten – zumindest an einem Tag – präsentiert sich Oppeln [Opole]. Seit 2003 organisiert dort der Bund der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM) einen deutschen Abend am Oppelner Ring. Im Vorfeld wird ein deutscher Weihnachtsliedwettbewerb ausgeschrieben und die Gewinner treten dann auf der Bühne des Weihnachtsmarktes auf. In diesem Jahr präsentieren sich die Sänger am 11. Dezember ab 15 Uhr. Und wie bereits seit 19 Jahren wird es auch dieses Mal wieder Stände mit Weihnachtsschmuck und Weihnachtskarten sowie schlesischem Pfefferkuchen geben, der nach alten deutschen Rezepten gebacken wird.

Chris W. Wagner

LEBENDE BOTEN

Friedensbäume in Pommern

Pommersche Baumriesen erinnern an Otto, Bogislaw und Irmtrud

VON KARL-HEINZ ENGEL

Man nennt sie Gedenk- oder Sagenbäume, die mächtigen, oft viele hundert Jahre alten Eichen und Linden, die da und dort im Pommernland ihren Platz behaupten. Sie erzählen Geschichte, so sie denn von Generation zu Generation weiter gegeben wurde. Man kann freilich nicht immer sicher sein, ob das, was über solche Bäume mitgeteilt wird, ganz und gar wahr ist. Fakten verschwimmen in der Ferne all zu leicht, zumal es wirklich lange her ist, dass man die Baumveteranen als Winzlinge der Wurzel Erde anvertraute. Nur selten liegt darüber Schriftliches vor, das authentisch genannt werden darf.

Otto-Linde in Buchholz/Buchheide

Über einige Urbäume jedoch klingen die Nachrichten zum Anlass ihrer Existenz plausibel. Etwa bei der Otto-Linde in Buchholz am Nordostrand der Stettiner Buchheide. Sie ist dem Bischof Otto von Bamberg (1060–1139) gewidmet, der im Jahr 1124/25 Pommern erstmals bereiste, um den heidnischen „Bewohnern des Landes am Meer“ das Evangelium zu predigen. Er muss dabei Eindruck hinterlassen haben, denn es wurden alsbald zur steten Erinnerung an den charismatischen Gottesmann allerorten Steine gesetzt, später auch Denkmäler und Bäume gepflanzt.

Einer dieser mit der Zeit sehr selten gewordenen Gedenkbäume, eine Linde, steht also auf dem Buchholzer Kirchhof. Ihr Stammumfang misst gewaltige 8,85 Meter. Der Überlieferung nach soll Pommernapostel Otto, sein Grab befindet sich in der Benediktinerabtei Michaelsberg in Bamberg, den Setzling selbst in die Pflanzgrube getan und angehäufelt haben. Das geht jedenfalls aus dem Text auf der kleinen Infotafel des Kirchhofs hervor. Vermutlich handelt es sich bei der Linde jedoch, um eine Nachpflanzung, wie sie häufig vorgenommen wurden, wenn Alt-



Was hat diese über 20 Meter hohe Suckower Eiche alles gesehen? Ihre Krone ist über 30 m breit und der Stamm hat einen Umfang von mehr als 20 Metern. Mehr als elf durchschnittlich große Personen wären notwendig, wollte man den alten Baum umarmen

bäume aus unterschiedlichen Gründen – nicht selten Blitzschläge – eingingen. 900 Jahre alte Linden sehen in der Regel zerklüfteter aus. Wie auch immer. Die Pflanzstätte wird echt sein. Am christlichen Hintergrund der Pflanzung wird ebenfalls nicht zu deuteln sein, da das Buchholzer Baumdenkmal auch in deutscher Zeit heilige Linde hieß. Die heutigen Bewohner von Szczecin-Plonia nennen den Baum indes ohne Wenn und Aber Otto-Linde. Sie dürfte das älteste pommersche Baumzeugnis sein, das an die Missionsreise erinnert. Wegen seiner Erscheinung ein wirkliches Naturdenkmal, aber selbstverständlich ebenso ein seltenes Kulturdenkmal.

Die Suckower Eiche, arg gebeutelt

Im Lieper Winkel auf der Insel Usedom kennt man einen Eichbaum, dem man

ebenfalls ein sagenhaftes Alter von wohl 800 und noch mehr Jahren zuschreibt. Er ist nach dem kleinen Dorf Suckow benannt, hat seine Wurzelanker tief in die Erde eines Turmhügels aus frühdeutscher Zeit getrieben und kümmert seit einigen Jahren doch dem Ende entgegen, weil ein Sturm seinen Stamm zerbrach.

Der Übermittlung nach wird die Eiche bereits 1298 von Herzog Bogislaw IV. von Pommern-Stettin im Schrifttum erwähnt, als man einmal mehr die Grenze der Stadt Usedom verortete. Der Baum wird so etwas wie ein Fixpunkt gewesen sein. Heute verläuft die Stadtgrenze zwei Kilometer südlich davon, was an erneute Streitigkeiten um den Landbesitz denken lässt. Die Suckower Ureiche legt Zeugnis davon ab.

Am See der Kleinstadt Löcknitz, zehn Kilometer westlich der deutsch-polnischen Grenze, steht eine andere ge-

sellschaftsträchtige Eiche. Sie wurde nach Irmtrud, einer Nichte des Löcknitzer Burgvogts Conrad von Lokenitz benannt. Während der deutschen Besiedlung des Landes links und rechts der unteren Oder und seiner Hinwendung zum Christentum kam es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit noch heidnischen Pommern.

Irmtrud-Eiche in Löcknitz

So auch im Winter 1227/28, als auf dem zugefrorenen Löcknitzer See die Wehr des christlich gesinnten Burgvogts auf die Kriegerschar seines Gegenspielers Sweno traf. Sweno und seine Mannen verloren den Kampf und büßten ihre unweit gelegene Tempelburg ein. Irmtrud soll das Schlachtgemetzel in großer Sorge um ihren Onkel vom Nordufer des Sees aus verfolgt haben.



Einen schönen 3. Advent

Nachdem die Fehde zu Conrads Gunsten ausgegangen war, habe sie, so lautet die Überlieferung, an ihrer Beobachtungsstelle aus Dankbarkeit ein Gedenkbäumchen, die heutige Irmtrudseiche, gepflanzt. Der grobborkige Baum, nun immerhin an die 800 Jahre alt, verbirgt seine Gebrechlichkeit nicht. Nachdem er 1995 baumchirurgisch behandelt wurde, hat sich sein Zustand jedoch erholt.

Friedens-, nicht Siegesbäume

Bei Weitem nicht so alt ist eine besondere Spezies der Gedenkbäume. Es handelt sich um die zahlreichen Friedenseichen und -linden in Pommern. Die ältesten erinnern an die Völkerschlacht bei Leipzig im Jahr 1813, bei der Napoleon Bonaparte bezwungen wurde. In Kölln, einem kleinen Dorf im Vorpommerschen, wurzelt an der Dorfstraße eine kräftige Linde mit fünf Meter Stammumfang.

Über sie weiß man, dass sie ihr Dasein dem Friedensschluss von Tilsit (1807) zu verdanken hat. Am häufigsten sind aber Eichen zu finden, die nach Ende des Deutsch-Französischen Krieges (1870/71) als Friedensbäume und nicht etwa als Siegesbäume in vielen Ortschaften an exponierter Stelle gepflanzt worden sind.

Bei den Zeremonien war Alt und Jung auf den Beinen. Man stimmte, wie nachzulesen ist, patriotische Lieder an und hielt Reden, bei denen die Hoffnung auf einen lang haltenden Frieden zum Ausdruck gebracht wurde. Verbunden mit dem Wunsch, dass Folgegenerationen sich einst im Schatten der Friedensbäume dankbar der Verdienste der Väter erinnern.

Je nach Standortverhältnissen weisen die mittlerweile 150 Jahre alten Friedensbäume inzwischen Stämme mit etwa dreieinhalb Meter Umfang auf. Kein Maß, um als Naturdenkmal gewürdigt zu werden. Doch Gedenkbäume und damit Kulturdenkmale sind sie allemal. Ein Hinweis darauf fehlt aber in fast allen pommerschen Orten allzu oft.

ZUM 100. GEBURTSTAG

Fritz Beske – Mediziner aus Leidenschaft

Verdienstvoller Mediziner aus Pommern wird 100



Professor Dr. Fritz Beske †

Fritz Beske stammte aus Wollin in Pommern und begann nach Kriegserlebnissen und Bergmann-Tätigkeit im Ruhrgebiet eine Mediziner-Karriere, die ihn in hohe

Ämter des Gesundheits- und Sozialwesens der Bundesrepublik führte. Er fungierte in Kiel als Staatssekretär, hatte in Lübeck eine Honorarprofessur und gründete das heutige „Fritz-Beske-Institut“, das als Kooperationszentrum für die WHO wirkt. Der Pommernsohn war als Gesundheitspolitiker und Politikberater tätig, verfasste über 100 Bände einer eigenen Schriftenreihe und erhielt für sein verdienstvolles Wirken zahlreiche Auszeichnungen.

Fritz Beske wurde am 12. Dezember 1922 in der Kleinstadt Wollin geboren auf der gleichnamigen Insel. Vater Beske war dort praktischer Arzt, er ermöglichte seinem Sohn den weiterführenden Bildungsweg in Neustettin, wo er das Abitur ablegte. Doch parallel brach der II. Weltkrieg aus. Alle Studienträume zerplatzten wie Seifenblasen. Beske musste in den Krieg, fungierte bei der U-Bootwaffe als Offizier, überlebte das U-Bootsterben am Ende des Krieges und kam in Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung arbeitete der Pommernsohn zunächst über ein Jahr als Bergmann im Ruhrgebiet. Mit den dabei gesammelten Ersparnissen begann Beske ein

Studium der Humanmedizin in Kiel, wo er sich auch politisch betätigte und als Vorsitzender des AstA fungierte. Nach der Promotion zum Dr. med. und der Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel wechselte er zur weiteren Vervollkommnung an die amerikanische Universität Michigan in Ann Arbor, wo er weitere Abschlüsse erwarb.

Nach seiner Rückkehr nach Kiel nahm seine Karriere Fahrt auf. Er fungierte zunächst als Facharzt, wurde Mitglied der CDU und übernahm 1958 eine Referentenstelle in der Gesundheitsabteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums. Von 1961 bis 1964 wirkte er im Europabüro der WHO in Kopenhagen. Beske profilierte sich zum geschätzten Gesundheitspolitiker und Politikberater, der 1965 die Leitung des Gesundheitswesens im Kieler Innenministerium übernahm und 1971 zum Staatssekretär im Sozialministerium berufen wurde. Dazu kam eine Honorarprofessur an der Lübecker Universität.

Beske macht sich in Wort und Tat und mit seinen Veröffentlichungen einen Namen, so als Schriftleiter der Zeitschrift

„Das öffentliche Gesundheitswesen“, gründete 1975 sein eigenes „Institut für Gesundheits-System-Forschung“ in Kiel und nahm im wachsenden Maße Einfluss auf zahlreiche gesundheits- und sozialpolitische Entscheidungen. Das trug ihm 1976 das Bundesverdienstkreuz am Bande ein. Sein Institut wurde Kooperationspartner der WHO, glänzte mit einer eigenen Schriftenreihe und erlangte internationale Beachtung.

Es folgten in Anerkennung seines Wirkens die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse und weitere Auszeichnungen. 2008 wurde ihm auf dem 111. Deutschen Ärztetag in Ulm die Paracelsus-Medaille, die höchste Auszeichnung der deutschen Ärzteschaft, verliehen. Das gilt als Höhepunkt seiner Karriere.

Beske wurde 97 Jahre und starb am 26. März 2020. Das Deutsche Ärzteblatt und andere Publikationen veröffentlichten anschließend zahlreiche Nachrufe, die sein lebenslanges Wirken würdigen. Aus seiner Ehe hinterließ er einen Sohn, der ebenfalls die Mediziner-Laufbahn einschlug.

Martin Stolzenau

STRALSUNDER WEIHNACHTSMARKT



FOTO: HANSESAFT STRALSUND

Der Duft von Stralsunder Marzipan, Glühwein, Lebkuchen und anderen leckeren Köstlichkeiten zieht in der Adventszeit durch die Straßen der historischen Altstadt Stralsunds: denn dort gibt es gleich drei Weihnachtsmärkte.

Unter den Gewölben des gotischen Rathauskellers können Besucher eine ganz besondere Atmosphäre erleben. Künstler, Händler und Handwerker laden zum Staunen an ihre Stände. Besinnlich und familiär geht es auf dem Alten Markt zu. Liebevoll dekoriert und ausgestattet mit einer kleinen Bühne und vielen Sitzmöglichkeiten wird hier ein buntes vorweihnachtliches Programm geboten. Auf dem Neuen Markt sorgt der Weihnachtsrummel mit Fahrgeschäften für jede Menge Spaß.

Info: www.stralsunder-weihnachtsmarkt.de

„Preußen ist ein historisches Erbe“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die Ausgabe Nr. 47 ist wieder sehr informativ“

Peter Karstens, Eckernförde



Ausgabe Nr. 48

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

IDEOLOGISCHE VERBOHRTHEIT ZU: KEIN VERSTÄNDNIS FÜR PREUSSEN (NR. 47)

Die Denkweise der Claudia Roth entlarvt einmal mehr, welch geschichtslose Genossinnen und Genossen Deutschland regieren. Für sie beginnt die Historie unseres Landes erst mit 1949 – vorher waren nur „undemokratische Zeiten“, abgesehen von 1848/49.

In diesem Zusammenhang sei an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl erinnert, der 1995 im Bundestag äußerte: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“ Er wiederholte damit nur die Worte des SPD-Vorsitzenden August Bebel vor dem Ersten Weltkrieg, als dieser ähnlich formulierte: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“

Und schließlich betonte bereits Wilhelm von Humboldt – das Humboldt-Forum lässt grüßen! – bei einem Besuch in Paris 1789 angesichts der gerade ausgebrochenen Französischen Revolution: „Nur wer seine Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“

Aber all dies dürfte die gegenwärtigen Machthaber in Berlin wenig beeindrucken, denn für sie gilt allein ihre ideologische Verbohrtheit. Als „Vaterlandslose Gesellen“ bezeichnete Reichskanzler Otto von Bismarck einst die politische Linke, und hier schließt sich der Kreis zum Gedankengut heutiger Roter und Grüner.

Wolfgang Reith, Kapstadt

EINE GEFÄHRLICHE DUMMHEIT ZU: KEIN VERSTÄNDNIS FÜR PREUSSEN (NR. 47)

Eine der grässlichsten Figuren der Bundesregierung ist wohl die Kulturstatsministerin Claudia Roth. Ein passender Beweis für diese Einschätzung stellen ihre auf alarmierende Unkenntnis basierenden Pläne zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz und zum Begriff „Preußen“ dar.

Denn Preußen war als Staat in vielerlei Hinsicht – auch weltweit – ein Vorbild.

Ganz richtig wurde im Leitartikel des Chefredakteurs René Nehring darauf verwiesen, dass gerade durch seine konsequente fortschrittliche Bildungspolitik im Rahmen der Alphabetisierung des Landes und einer progressiven Rechtsstaatlichkeit diese Vorbildwirkung geprägt wurde.

Es ist ein Skandal, der freilich in die von grün-roten Ideologen beherrschten deutschen Politik der Gegenwart passt, dass eine Repräsentantin dieses Staates derart ihre gefährliche Dummheit zur Schau stellen darf, ohne irgendwelche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Manfred Kristen, Freital

AUF ANTI-PREUSSEN-SCHIENE ZU: KEIN VERSTÄNDNIS FÜR PREUSSEN (NR. 47)

Es ist an der Zeit, dass die Deutschen ein Verhältnis zu ihrer Vergangenheit – in diesem Fall zu Preußen – gewinnen. Preußen wurde der Gestalter des Deutschen Reiches und ist Teil unserer Geschichte, und nicht ihr schlechtester. Auch wenn Ex-Kanzler Konrad Adenauer noch seine Probleme mit Preußen und Berlin hatte, ist es unverständlich, wieso die Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), wie ihre Vorgängerin Monika Grütters (CDU) auf der Anti-Preußen-Schiene unterwegs ist. Liegt es vielleicht daran, dass beide gebürtige Westdeutsche sind und aus katholisch geprägten Gegenden kommen, oder dass sie die Geschichte Preußens nicht ausreichend kennen?

Unter Grütters war zum Beispiel eine „Zerschlagung“ der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) von langer Hand geplant. Der Wissenschaftsrat empfahl die Auflösung der SPK und eine Überführung in vier eigenständige Einrichtungen. Zu vermuten ist, dass bei einer möglichen SPK-Reform der in einigen Bundesländern der alten Bundesrepublik ungeliebte Name „Preußen“ dem heutigen Umbenennungswahn zum Opfer fallen könnte.

Frau Roth hat anscheinend dieselbe Idee und plant noch mehr, wie in dem PAZ-Artikel zu lesen ist.

Aber die Ausradierung des Namens „Preußen“ wird nicht gelingen, dazu sind die Spuren Preußens, trotz der politischen Auflösung des preußischen Staates im Jahre 1947, in der Kultur, in repräsentativen Altbauten (wie dem Reichstag oder dem Preußischen Landtag), im Alltagsleben und in der Politik erhalten geblieben. Preußen ist ein historisches Erbe und gehört nun einmal zur Geschichte Deutschlands, darüber sollten sich die Entscheider klar werden. Und mit ihrer Nachlässigkeit bei der diesjährigen „documenta 15“ hat sich Claudia Roth für das Amt einer Kulturstatsministerin eigentlich disqualifiziert.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin

DEM AMT NICHT GEWACHSEN ZU: KEIN VERSTÄNDNIS FÜR PREUSSEN (NR. 47)

Claudia Roths Reformpläne sind die Auswüchse einer übersättigten Wohlstandsgesellschaft. Dieses aggressive, gegen die deutsche Kultur und grundsätzlich alles Deutsche gerichtete Denken ist so tief in den Köpfen der „Grünen“ verankert, dass sie nicht anders können.

Dies ist aber nicht nur so bei dieser ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin und derzeit amtierenden Kulturstatsministerin Roth, die bereits vor vielen Jahren unter einem Transparent mit der Aufschrift „Deutschland du mieses Stück Scheiße“ posierte. Das ist durchgängig in der Partei fest etabliert.

So haben zuvor andere Grüne schon unglaublich deutschfeindliche Sprüche abgesondert wie zum Beispiel Joschka Fischer mit „deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen“ oder „Deutschland muss von außen eingeeht werden und innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden“.

Ein Herr Robert Habeck, zurzeit im Kabinett Olaf Scholz Vizekanzler und

Bundesminister für Wirtschaft und Klima, sonderte einstmals folgendes ab: „Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht“ – was er heute eindeutig unter Beweis stellt.

Ganz offensichtlich ist dieser Herr nur Ideologie-getrieben und dem Amt, wie die meisten in dieser Regierung Scholz, einfach nicht gewachsen.

Jaan Brandenburg, Kärila/Estland

EIN TEIL DES PROBLEMS ZU: KEIN VERSTÄNDNIS FÜR PREUSSEN (NR. 47)

Zurecht hat der Vorwurf Bedeutung, dass diese häufig in Unkenntnis der historischen Abläufe handelnde Regierung mit Frau Roth den Bock zum Gärtner gemacht hat. Sie ist dem Anspruch dieses Amtes nur noch unzumutbar und überflüssig.

Hans-Jürgen Koch, Buxtehude

DIE MARKE „DEUTSCH“ ZU: INTEGRATION IST KEINE FRAGE DER STAATSBÜRGERSCHAFT (NR. 48)

Wenn man qualifizierte Arbeitskräfte sucht, liebe Politiker, hilft eine Einbürgerungsflutulen, wie Ihr sie plant, Null Komma Null. Qualifizierte Leute kriegt man mit guter Bezahlung und guten Rahmenbedingungen wie Wohnung, Urlaub, Krankenversicherung, Familienzusammenführung oder Kindergärten.

Die Staatsbürgerschaft spielt dabei fast keine Rolle, weil sie eigentlich nur die Transferleistungen absichert und die Abschiebung verhindert. Einer, der was kann, pfeift darauf und verdient sein Geld auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Für die kann er sich nichts kaufen.

Und übrigens: Alles, was man wie Sauerbier herumschmeißt, verliert an Wert bei denen, die sich noch einen Rest Zuneigung zur Marke „deutsch“ erhalten haben.

Michael Maresch, München

ANZEIGE

Der geheime Auftrag der »Jungen globalen Führer«

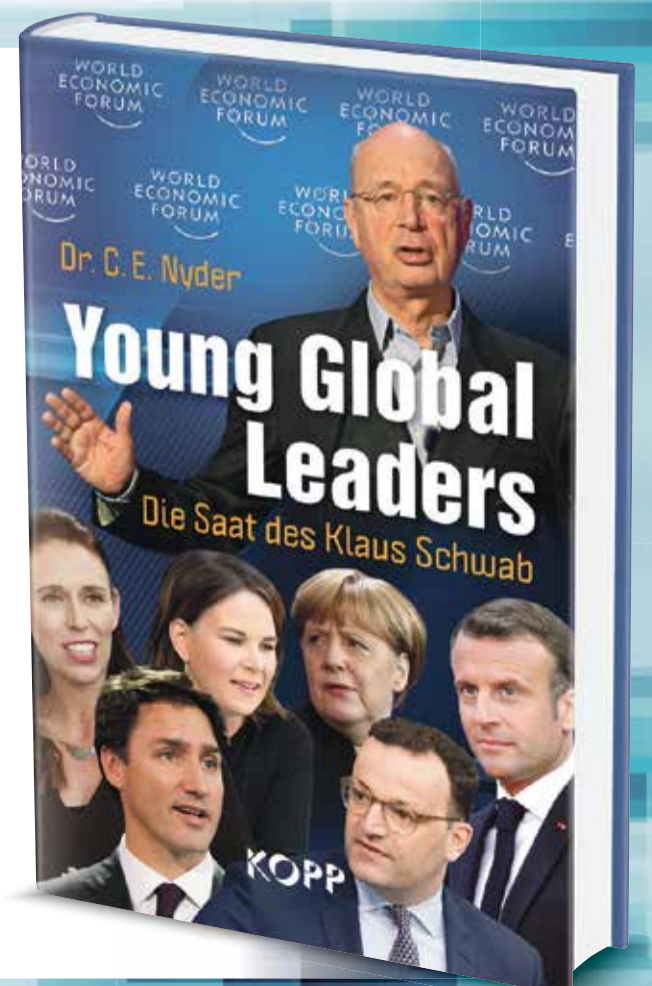
■ Sie nennen sich »Young Global Leaders« und sie sind heute in nahezu allen Parlamenten vertreten. Mehr als fünfzig Ministerpräsidenten und Meinungsführer absolvierten – unbemerkt von der Öffentlichkeit – das Ausbildungsprogramm einer von Klaus Schwab (Chef des World Economic Forum) finanzierten Stiftung, die sich offiziell »die Verbesserung des Zustands der Welt« auf die Fahnen geschrieben hat. Die Liste der prominenten »Alumni« reicht von Angela Merkel, Emmanuel Macron und Tony Blair über Wladimir Putin bis hin zu Annalena Baerbock und Justin Trudeau. Entstanden ist ein Netzwerk, das eine »Systemänderung in globalem Maßstab« mit mehr als fragwürdigen Mitteln durchsetzen will. Demokratische Entscheidungsprozesse? – Fehlanzeige!

In seinem neuen Buch *Young Global Leaders* beleuchtet das Autorenteam um Dr. Nyder die mehr als fragwürdigen Hintergründe eines elitären Zirkels, der die bewährten Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems ohne Zustimmung der Völker aushebeln will. Eigentum, Privatsphäre, ja Demokratie sollen abgeschafft werden.

Konkret geht es um eine knallharte Umverteilung der Macht und den politischen Kampf gegen eine weiße Bevölkerung, die für den Zustand der Welt (Stichwort: Klimawandel) verantwortlich gemacht wird. Angesichts der Liste von Absolventen der Schwab'schen Denkfabrik, die bereits in den höchsten Machtpositionen verkehren, wird deutlich, dass seine undemokratisch entstandene Weltregierung längst existiert.

Staatsfeinde in den Regierungen

- Das Brandgefährliche an den »Young Global Leaders« wird bei einem Vergleich mit totalitären Systemen der Vergangenheit deutlich.
- Von langer Hand geplant: WEF-Gründer Klaus Schwab erkannte schon vor Jahren, dass die Unterwanderung von Systemen erfolversprechender ist als ein gewaltsames Unterwerfen.
- Seit Anfang der 1990er-Jahre: Wie im Profi-Fußball suchen »Scouts« aufstrebende Nachwuchskräfte. Rund 200 Personen unter 43 Jahren bilden einen Jahrgang. Das Ausbildungsprogramm selbst dauert 6 Jahre.
- Dem »Young-Global-Leaders-Programm« stehen atemberaubende finanzielle Mittel zur Verfügung. 2018/2019 betrug der offizielle Umsatz sage und schreibe 338 Milliarden Dollar.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Dr. C. E. Nyder: *Young Global Leaders* • gebunden • 239 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 986 400 • 22,99 €

GESCHENKTIPPS

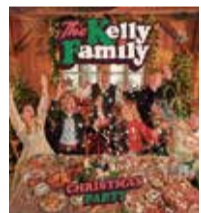
Neue Lieder und alte Klassiker

Die ganze Familie auf einem Musikalbum vereint – Zu den Festtagen haben Künstler wieder viele neue Weihnachtslieder aufgenommen

VON ANDREAS GUBALLA

Unvermeidlich und unerbittlich wie der Verwandtschaftsbesuch ist die Flut an Weihnachtsalben, die jedes Jahr auf den Markt kommen. Und es gibt fast kein Genre, das sich dem entzieht oder enthalten kann, und keine Musiker beziehungsweise Musikergruppen, die der Versuchung widerstehen können, auch ihre Klangkugel an den Baum zu hängen – möge die Kasse nun klingeln. Auffallend in diesem Jahr sind die vielen Familienproduktionen.

Zu wohl keinem anderen Anlass kommt die Familie so zuverlässig zusammen wie zu Weihnachten. Da reisen viele Kinder gern auch aus ganz Deutschland oder gar dem Ausland an, um ein paar besinnliche Tage mit den Eltern und vielleicht auch Großeltern zu verbringen. Wenn bei der **Kelly Family** alle gemeinsam feiern würden, wären schnell über 30 Leute versammelt. Beim neuen Album „Christmas Party“ konzentriert man sich auf sechs Mitglieder. Darauf zu hören: 16 Songs als eine bunte Mischung aus neuen Kompositionen und Coverversionen beliebter Klassiker. Die Band will ihren Fans damit „positive Gedanken, Kraft, Hoffnung und Mut in einer besonderen Zeit“ schenken. Das gefühlvolle Lied „Grateful“ ist gemeinsam mit dem irischen Musikkollegen Ronan Keating entstanden. Live können sich die Fans mit einigen der Lieder ebenfalls besinnlich einstimmen: The Kelly Family ist gerade mit ihrer „Mega Christmas Tour“ in Deutschland unterwegs. Kurz vor Weihnachten sind sie unter anderem in Erfurt (21.12.), Hannover (22.12.) und Magdeburg (23.12.) zu erleben.



The Kelly Family: „Christmas Party“, Airforce1 (Universal Music)

Der österreichische Schlagerstar Gerhard Friedle aka **DJ Ötzi** hat sein erstes Weihnachtsalbum veröffentlicht. Darauf stehen einträchtig Coverversionen von deutschen und englischen Weihnachtsklassikern nebeneinander, darunter solche Dauerbrenner wie „Winter Wonderland“, „Little Drummer Boy“, „Driving Home For Christmas“ (Chris Rea), „Stille Nacht, Heilige Nacht“ oder „O Tannenbaum“. Außerdem singt er ein Duett mit seiner Tochter Lisa-Marie. Bei dem Lied handelt es sich um „Happy Xmas“. Das Original „War Is Over“ von John Lennon und Yoko Ono hat sich seit 1971 zum Klassiker der Weihnachtszeit entwickelt. Abgerundet wird das Ganze noch durch drei persönlich gesprochene Botschaften von DJ Ötzi an seine Fan-Gemeinde.



DJ Ötzi: „Weihnachts-Memories“, Electrola (Universal Music)

Auch **Andrea Bocelli**, kommerziell erfolgreichster Tenor aller Zeiten, hat sich für sein kuscheliges neues Weihnachtsalbum Verstärkung ins Studio geholt: seinen 24-jährigen Sohn Matteo und seine zehnjährige Tochter Virginia. Die Aufnahme zeigt ihr generationsübergreifendes musikalisches Talent in einer Reihe von weihnachtlichen Lieblingsliedern. „Wir



Alle Jahre wieder: Zu Weihnachten wird ein passender Tonträger gesucht

Foto: imago/Steinach

bieten unser kleines, intimes und von Herzen kommendes Geschenk jedem an, der den Soundtrack zu Weihnachten im Hause Bocelli mit uns teilen möchte“, sagte Andrea Bocelli im Vorfeld über die 13 Lieder starke Sammlung. „A Family Christmas“ fängt die festliche Stimmung der Bocellis in vollem Umfang ein, mit neuen Interpretationen traditioneller Weihnachtslieder, die für alle drei Stimmen arrangiert wurden, darunter „Away in a Manger“ und „Joy To The World“, sowie beliebten Weihnachtsliedern wie „Feliz Navidad“ und „Il Giorno Più Speciale“. Die sich ergänzenden Stimmen des Trios verflochten sich und hallen im Song „Do You Hear What I Hear?“ nach, der das Album mitreißend eröffnet.



Andrea Bocelli: „A Family Christmas“, Decca (Universal Music)

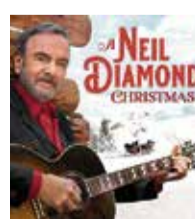
Auch Fans von **Sarah Connor** können sich über ein neues Weihnachtsalbum freuen. Auf dem englischsprachigen Album „Not So Silent Night“ hat die deutsche Sängerin elf selbstgeschriebene Weihnachtslieder gesammelt, die von klassischem Swing-Pop mit Glöckchengeklingel über Formatradio-Power-Pop-Rock oder Mariah-Carey-Gedächtnis-Soul-Pop hin zur sentimental Ballade für die Oma reichen. Mit den neuen Liedern will Connor, die zuletzt zwei deutschsprachige Alben herausgebracht hat, „die vielen Facetten der schönsten Zeit des Jahres“ zeigen. „Für mich als berufstätige Mutter bedeutet Weihnachten viel mehr als nur eine besinnliche Zeit“, erklärt Connor, „durch die Augen meiner Kinder kann ich noch immer an den Zauber glauben und wünsche mir an Heiligabend tatsächlich von ganzem Herzen Frieden für die Welt, in der sie leben. Eines ändert sich auch an Weihnachten und auch auf Englisch nicht: Ich mache Songs

und Texte nah am Leben.“ Zum Album wird es unter dem Titel „The Christmas Concert“ im Dezember vier exklusive Konzerte in der Berliner Verti Music Hall geben, die am 19. Dezember im NDR und am 25. Dezember auf 3Sat gezeigt werden.



Sarah Connor: „Not So Silent Night“, Polydor (Universal Music)

Vier Weihnachtsalben hat Altmeister **Neil Diamond** bereits in seiner langen Karriere veröffentlicht. Für seine Kompilation „A Neil Diamond Christmas“ ließ der US-Sänger die besten Lieder der vier Vorgängeralben – „The Christmas Album“ (1992), „The Christmas Album Volume II“ (1994), „A Cherry Cherry Christmas“ (2009) und „Acoustic Christmas“ (2016) – auffrischen. Darüber hinaus haben Diamond und sein Toningenieur einen neuen Mix von „O Holy Night“ erstellt. Die Kritiker loben die Originale und feiern gleichzeitig die einfallsreichen Arrangements der traditionellen Lieder. Sie heben Diamonds Markenzeichen, die „düstere Seele und sein Gespür für Tonfall“, hervor und bemerkten, dass seine Darbietungen „viel mehr sind als ein Mann und eine Gitarre.“



Neil Diamond: „A Neil Diamond Christmas“, Capitol (Universal Music)

Das erste Weihnachtsalbum der englischen Grammy-Gewinnerin **Joss Stone** ist bereits Ende September digital erschienen. Rechtzeitig zum Fest kann nun auch der physische Tonträger unterm Weihnachtsbaum liegen. Die mit einer enorm kraftvollen Stimme ausgestattete Sängerin ist besonders für ihr sehr auf

klassischem Soul basierendes Klangvolumen bekannt. Entsprechend beseelt kommen auch die 16 Lieder daher, hauptsächlich Klassiker wie „Winter Wonderland“ oder „Jingle Bells“, aber auch Neukompositionen wie „If You Believe“ und „Bring On Christmas Day“. Aufgenommen in Nashville, wo Stone derzeit lebt, erschien „Merry Christmas, Love“ nur wenige Wochen vor der Geburt ihres zweiten Kindes. Mit Liedern, die Familien zum gemeinsamen Singen ermutigen sollen, wird das Album sicher auch in ihrem wachsenden Haushalt ein fester Bestandteil sein.



Joss Stone: „Merry Christmas, Love“, Walt Disney Records (Universal Music)

Auch die **Backstreet Boys** haben sich ihren Traum erfüllt und ihr erstes Weihnachtsalbum „A Very Backstreet Christmas“ veröffentlicht. „Der Wunsch, ein eigenes Weihnachtsalbum zu machen, begleitet uns nun schon seit knapp 30 Jahren – und daher sind wir wahnsinnig glücklich, dass es endlich so weit ist“, kommentierte Bandmitglied Howie Dorough die Veröffentlichung. Die Platte beinhaltet zehn Cover von Weihnachtsklassikern wie „White Christmas“, „Winter Wonderland“ und „O Holy Night“ sowie drei neue Eigenkompositionen der US-Jungs. Ursprünglich sollte das Album bereits 2021 erscheinen, wurde aber wegen der Corona-Pandemie verschoben. Bereits seit Anfang September ist das Remake des Wham-Klassikers „Last Christmas“ im typischen Klang der 90er-Jahre erhältlich.



Backstreet Boys: „A Very Backstreet Christmas“, Bmg Rights Management (Warner)

Wie es der Name bereits impliziert, hat auch Latin-Ikone **Gloria Estefan** für ihr Weihnachtsalbum „Estefan Family Christmas“ direkt ihre ganze Familie ins Aufnahmestudio mitgenommen. So sind unter anderem Emilio Estefan, die Tochter von Gloria und Emilio Estefan, sowie Enkelsohn Sasha Estefan-Coppola auf der Platte zu hören. 17 Lieder hat Gloria mit den Lieben aufgenommen, darunter zwei Originale und drei spanische Coverversionen bekannter Weihnachtsklassiker. Der Rest sind hauptsächlich Pop- und Rock-Coverversionen von Dauerbrennern wie „Please Come Home For Christmas“ von den Eagles oder „Happy Xmas (War Is Over)“ von John Lennon.



Gloria Estefan: „Estefan Family Christmas“, Sony U.S. Latin

Die US-amerikanische A-cappella-Gruppe **Pentatonix** besteht zwar erst seit 2011. Was die Veröffentlichung von Weihnachtsalben anbelangt, sind die sechs Sänger hingegen alte Hasen. Das mittlerweile sechste Weihnachtsalbum des Sextetts mit dem Titel „Holidays Around The World“ besticht vor allem durch internationale Gaststars: Von der amerikanischen Pop-Künstlerin Meghan Trainor mit der Neukomposition „Kid on Christmas“ über den chinesischen Weltstar-Pianisten Lang Lang, die indische TV-Persönlichkeit Shreya Ghoshal und den aus dem Kongo stammenden Sänger Grace Lokwa bis hin zum britischen A-cappella-Ensemble The King's Singers ist eine bunte Schar vertreten.



Pentatonix: „Holidays Around The World“, RCA International (Sony Music)

● FÜR SIE GELESEN

Ernüchterndes Krimi-Ende

Christian Brand, ein talentierter Kunstmaler, und die autistische Inga Björk, beide hauptberufliche Europol-Ermittler, werden auf einen Mordfall in Lissabon angesetzt, dem bald schon ein nächster grotesker Fall folgt. Die Toten sind kunstvoll hergerichtet und werden an öffentlichen Plätzen ausgestellt. Der Mörder hinterlässt kleine Hinweise. Dennoch ist es schwer, hier ein Motiv zu finden, warum diese Menschen getötet wurden.

Brand und Björk fliegen von Den Haag aus nach Lissabon, Salzburg, und auch in Berlin sollen sie etwas aufklären. Bald wird sogar Brand als Täter verdächtigt und muss den Fall wegen Befangenheit abgeben, und das alles nur, weil er ein hochbegabter Schüler war.

Der dritte Band der Krimireihe von Jan Beck beginnt recht spannend. Im Wechsel werden weitere Personen geschildert, die alle im Zusammenhang mit diesen Mordfällen stehen. Es macht Spaß, die Gedankengänge der Ermittler nachzuvollziehen. Später folgen allerdings zu viele Ereignisse und Wechsel, die den Leser zuweilen überfordern. Das Ende ist ernüchternd und unglaubwürdig. *Angela Selke*



Jan Beck: „Die Spur. Er wird dich finden“, Penguin Verlag, München 2022, Taschenbuch, 410 Seiten, 15 Euro



Nord-Ostpreußens Mitte

von Königsberg bis Insterburg mit sechs Stadtplänen zeigt die neue Landkarte aus dem Bloch-Verlag

FOTO: SHUTTERSTOCK

Ruinen von Ordensburg, die wenigen noch erhaltenen Guts- und Herrenhäuser sowie sonstige interessante Sehenswürdigkeiten – im Verlauf des Pregels zwischen seiner Entstehung als Zusammenfluss von Inster und Angerapp und die Deime als in Richtung Kurisches Haff fließender Pregelarm – lassen sich mit der aktualisierten Auflage der Landkarte „Nord-Ostpreußens Mitte“ exakt lokalisieren. Dirk Bloch bietet neben der Landkarte des Gebiets im Maßstab 1 : 100.000 sechs Stadtpläne im Maßstab 1 : 15.000 von Tapiau, Wehlau (siehe

Bild), Pr. Eylau, Gerdauen, Friedland und Nordenburg an. In jeder Stadt sind neben den aktuellen russischen (soweit bekannt) auch die Vorkriegs-Straßennamen verzeichnet.

Die Stadtpläne spiegeln wider, wie sehr sich einst stolze Orte wie Wehlau oder Nordenburg durch die Kriegszerstörung und die Sowjetzeit verändert haben. In diesen Stadtplänen sind zum Teil heute verschwundene Sehenswürdigkeiten oder auch wichtige Bauten verzeichnet.



Landkarte, Blochplan Stadtplanerei, Berlin 2022, 8,95 Euro

MRK

SCHWARZMEERDEUTSCHE

Der Erlebnissgeneration eine Stimme geben

Die Spätaussiedlerin Katharina Martin-Virolainen hat in ihrem Roman „Die Stille bei Neu-Landau“ Zeitzeugen befragt, Dokumente aus Archiven ausgewertet und in ihrem neuen Roman verarbeitet

VON BODO BOST

Die Alten reden nicht, die Jungen hören nicht zu – der auf dieser Aussage basierende Generationenkonflikt dauert in vielen russlanddeutschen Familien seit Jahrzehnten an. Der Roman „Die Stille bei Neu-Landau“ von Katharina Martin-Virolainen möchte dazu beitragen, diese unsichtbare Mauer zwischen den Generationen zu durchbrechen und beide Seiten einander näherzubringen. Der historische Roman handelt vom Schicksal der deutschen Minderheit, die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Schwarzmeergebiet lebte.

Die Schwarzmeerdeutschen gerieten durch die deutsche Besatzung 1941 bis zur Evakuierung nach Deutschland und der späteren mehrheitlichen „Repatriierung“ zurück in die Sowjetunion nach Kasachstan zwischen die Walzmühle zweier Diktatoren. Der Roman basiert auf wahren Begebenheiten. Auch Neu-Landau gab es. Das Dorf lag im Kronauer deutschen Siedlungsgebiet bei Odessa.

In dem Roman geht es um den Verlust von Identität und den Versuch, diese neu aufzubauen durch die Überwindung der jahrzehntelangen Mauer, die zwischen der schweigenden Eltern- und Großeltern- und der fragenden Kinder- und Enkelgeneration steht. Zeitzeugengespräche

dienten als Grundlage für den Roman. Die Autorin, obwohl selbst Spätaussiedlerin, hat in ihrer Vorarbeit mit vielen Menschen gesprochen, die ihr aus den Erinnerungen ihrer Eltern oder Großeltern berichten konnten.

Eine Ausstellung war Auslöser

Der Auslöser für ihre Entscheidung, das Buch zu schreiben, war die Ausstellung „Volksgenosse oder Feind des Volkes. Die doppelte Diktaturerfahrung der Schwarzmeerdeutschen“ im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Darüber hinaus hat die Autorin Heimatbücher der Landsmannschaft, Landschaftskarten und Evakuierungswege, Listen von Bombardierungen während des Zweiten Weltkrieges, Berichte aus den letzten Kriegstagen in Deutschland und Frontlinien verarbeitet. Vor allem die Tatsache, dass es die Schwarzmeerdeutschen waren, die damals als einzige Gruppe der Russlanddeutschen zwischen zwei Diktaturen gerieten und unter beiden leben mussten, reizte die Autorin, dieses Thema in Romanform aufzuarbeiten.

Im Roman gibt es zwei Schlüsselfiguren. Auf der einen Seite steht Julia, die Vertreterin der jungen Generation der Spätaussiedler, die mehr über die Vergangenheit erfahren möchte. Auf der anderen ihre Großtante Margo, die Vertreterin

der Erlebnissgeneration, die erst durch Julia die Gelegenheit bekommt, über ihren Schicksalsweg zu berichten.

Die Autorin ist sicher, dass alle russlanddeutschen Spätaussiedler sehr ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Es gibt viele Parallelen in ihren Lebenswegen und in den Schicksalen ihrer Eltern, Groß- und Urgroßeltern. Deshalb kann der Roman zur Aufarbeitung und Bewältigung der unausgesprochenen Lebensbrüche dieser Volksgruppe beitragen und so den nachfolgenden Generationen helfen, ihre Gegenwart besser zu gestalten.

Martin-Virolainen wurde 1986 in Petrosawodsk, der Hauptstadt russisch Kareliens, mit deutschen, finnischen und russischen Wurzeln geboren. Im Jahr 1997 kam sie als Spätaussiedlerin mit ihren Eltern in die Bundesrepublik. Sie ist als freie Journalistin und Projektleiterin in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Tanz und Theater sowie Kultur, Geschichte und Literatur der Deutschen aus Russland tätig.



Katharina Martin-Virolainen: „Die Stille bei Neu-Landau“, Roman, OSTBOOKS Verlag, Herford 2021, Taschenbuch, 211 Seiten, 12 Euro

HISTORISCHER ROMAN

Kreuzritter im Prußenland

Claudia Schirdewan verlegt ihren Roman „Die Bernsteintochter“ ins Samland zur Zeit der Christianisierung des preußischen Volkes

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Bernsteinküste im Jahr 1235: Mila, eine junge Prußin, wurde im Glauben ihres Volkes erzogen. Ihre Mutter Sanja genießt als Heilkundige hohes Ansehen im Dorf. Sie ist eine glühende Verfechterin ihres Glaubens und der Traditionen ihres Stammes. Mit strenger Hand erzieht sie ihre Kinder, doch die Älteste, Mila, sucht eigene Wege.

Claudia Schirdewans Roman „Die Bernsteintochter“ spielt in der Zeit, in der die Ritter des Deutschen Ordens von Konrad von Masowien um Hilfe bei der Christianisierung und Unterwerfung der Prußen angeworben wurden. Zu einer ersten Begegnung mit den Kreuzrittern kommt es, als diese das Dorf der Protagonistin angreifen und in Brand stecken. Mila muss mit ansehen, wie ihr Vater und ihre kleine Schwester in den Flammen umkommen. Als sie selbst der Flammenhölle zu entkommen versucht, rettet sie ausgerechnet einen der Feinde vor dem Zugriff seiner Kameraden. Der ebenfalls junge Ritter Johan bringt das Mädchen an einen sicheren Ort und schenkt ihm einen Bernstein, der in Größe und Farbe von besonderer Qualität ist.

Während Mila in der Folge um Aussöhnung mit den Rittern bemüht ist, tobt ihre Mutter und schwört, blutige Rache für den Verlust von Mann und Tochter zu nehmen.

Es kommt zum Zerwürfnis mit ihrer Ältesten, das auch mit deren Hang zu tun hat, aus Bernstein Schmuck herstellen zu wollen. Sanja benötigt den kostbaren Stein jedoch für rituelle Heilungen, bei dem sie ihn verbrennt. Mila sieht die Rettung aus ihrer ausweglosen Situation in der Flucht. Bei winterlichen Temperaturen schließt sie sich fahrenden Händlern an. Deren Chef verspricht Mila, ihren Schmuck an die Ritter zu verkaufen.

Der Zufall will es, dass die junge Frau einen verletzten Priester am Strand entdeckt, der aus dem Orden geflohen ist. Mila wendet ihre von der Mutter erlernten Heilkünste an und rettet dem Mann so das Leben. Auch er schließt sich den Händlern an, um einen Hafen im Westen zu erreichen. Mila träumt von einem Wiedersehen mit Johan, das nicht lange auf sich warten lässt. Bei ihrer Begegnung klärt sich ein Geheimnis, das den geflohenen Priester und Johan verbindet, auf. Es kommt schließlich zu einem Happy End im fernen Dänemark.



Claudia Schirdewan: „Die Bernsteintochter“, Lübbe Verlag, Köln 2022, Taschenbuch, 256 Seiten, 11 Euro

OSTPREUSSISCHE JUGEND

Traditionell den Advent begrüßt

Musik, Tanz und Basteln: In Osterode traf sich die Jugend der Deutschen Minderheit zum feierlichen Auftakt zur Weihnachtszeit

VON UWE HAHNKAMP

Das Wochenende zum ersten Adventssonntag haben viele junge Menschen der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen, aber auch darüber hinaus, in ihrem Kalender seit Jahren als vergeben markiert. Dann organisiert der Bund Junges Ostpreußen (BJO) das Adventstreffen der ostpreußischen Jugend in Osterode. So auch in diesem Jahr die 31. Auflage vom 24. bis 27. November.

Junges und Altes, Bewährtes und Neues, Fernes und Nahes mischten sich beim diesjährigen Adventstreffen zu einem gelungenen Ganzen. Es trafen sich knapp 100 junge Menschen aus der Bundesrepublik und aus verschiedenen Ecken der Republik Polen, aber auch aus Litauen und Sibirien. Am weitesten entfernt wohnten aber ein Gast der Adventsfeier am Sonnabend mit deutschen Wurzeln in Osterode, der in Guatemala lebt, und seine wenige Monate alte Tochter. Und es kamen nicht mehr ganz so junge Jugendliche, die vor Jahren die Adventstreffen mitgestaltet hatten. Sie brachten wiederum ihre Kinder mit.

Jugend oder Familie oder beides?

Es scheint fast so, als entwickelte sich das Treffen von einem reinen Jugendtreffen zu einer Art Familientreffen. Junge Menschen begegnen sich, die adventliche und weihnachtliche Kultur wird weitergereicht. Zu der Veranstaltung in Osterode gehören traditionell Musik, Tanz, Backen, Basteln und die Feuerzangenbowle.

Musik zum feierlichen Abend vor dem ersten Advent steuerte in diesem Jahr die nächste Generation bei, die heutigen Teenager: Benjamin Kretschmann, der mit seinen Eltern aus Kreisau gekommen war, und Adam Gawron aus einer Tanz-



In feierlicher Atmosphäre: Weronika Koston hält ihr Grußwort

Foto: U.H.

gruppe aus der Region Ratibor, deren Leiterin mit den Teilnehmern die Tanzdarbietung des Abends einstudierte. Die beiden spielten auf der Trompete. Gabriela Kozłowska war die dritte Mutige im Bunde. Sie präsentierte ihr Können auf dem Klavier.

Eine Leiterin beim Basteln war Kamila Miłosz, bisher Mańka, die auch ihren Mann Adam zum Adventstreffen mitbrachte, der sich gleich gut integrierte. Allerdings nicht beim Makramee, bei dem aus Schnüren mit Hilfe verschiedener

Verknüpfungen und Knoten kleine Kunstwerke als Schmuck für Kerzengläser und Christbäume entstehen. Dabei waren überwiegend junge Frauen am Werk, darunter Weronika Koston aus Oppeln. Sie ist die Vorsitzende des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM) in der Republik Polen und gleichzeitig verantwortlich für die Jugendarbeit des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). „Eigentlich war ich in der Gesangsgruppe“, verrät sie, „dann hat mich meine Stimme im

Stich gelassen und ich bin zum Basteln gewechselt, das genauso viel Spaß macht.“ Sprach's und ging auf die Suche nach Kamila, um Hilfe für ihren geplanten Weihnachtsstern zu bekommen.

Netzwerke und Spenden

Bei der offiziellen Eröffnung der Adventsfeier am Sonnabend-Abend vertrat sie mit einem Grußwort ihre Organisationen. Auch der neue BJO-Vorsitzende Tobias Kollakowski musste ans Mikrophon. Er gab zu: „Ich war etwas nervös, obwohl ich

schon ein paar Mal als Teilnehmer hier war. Als Vorsitzender war das eine andere Perspektive.“

Er war darüber hinaus ein wenig unfreiwillig – „das wurde für mich entschieden“, so sein Kommentar – beim Tanzen mit dabei und nach drei Tagen sportlichen Trainings etwas ausgelaugt. Er freute sich über den neuen Kontakt nach Oppeln und über den überraschenden Besuch von Iris Wolff, der Konsulin des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, das einige Jahre niemanden zum Adventstreffen geschickt hatte.

Darüber hinaus hatte er die angenehme Aufgabe, als Vertreter des BJO einen symbolischen Scheck über 2000 Euro zu übergeben, den Paweł Hause, der Bischof der Diözese Masuren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, in Vertretung seines Osteroder Amtsbruders Wojciech Płoszek entgegennahm. „Zu Pfarrer Płoszek haben wir sehr gute Kontakte. Die Spende ist für den Erhalt der Filialkirche und des Friedhofs in Langgut gedacht“, so Kollakowski. Wahrscheinlich wird das Geld für die Renovierung und Konservierung der historischen Kirchentür verwendet.

Gegen Ende der Adventsfeier, als sie mit der Feuerzangenbowle gemütlich auszuklingen begann, war noch viel Zeit für intensive Gespräche auch mit den Vertretern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, welche die größte Gruppe aus der Bundesrepublik stellten. Dank ihnen erhält das Adventstreffen der ostpreußischen Jugend finanzielle Förderung durch den bayerischen Staat unter Vermittlung des Hauses des Deutschen Ostens (HDO) in München. Organisatoren und Teilnehmer freuen sich auf das kommende Jahr – auf die nächste warmherzige und familiäre Begegnung.

FAMILIENFORSCHUNG

Ostpreußen in der Geschichte und in der Erinnerungskultur

Rückblick auf den Workshop „Ostpreußen – nach 1945?“ des Bundes der Vertriebenen vom 21. bis 23. Oktober in Stuttgart

Die Zahl 1945 erscheint vielen Ostpreußen wie eine Brandmauer. Es gibt Museen und Vorträge über die wahrhaft reiche Geschichte Ostpreußens, die Deutschland und Europa nachhaltig prägte, bis 1945. Und was war danach? Mit dem Massenexodus aus der Heimat und den damit geschaffenen europapolitischen Fakten war zwar Ostpreußen als politisch-administrative Gebietskörperschaft endgültig verloren, nicht aber ihre Menschen, die ihre kulturelle Identität in ihre neue Heimat mitgenommen haben und diese nachhaltig prägten. Ostpreußen war auch nach Flucht und Vertreibung nicht zu Ende, sondern existierte in einer Vielzahl an kulturellen Identitäten weiter.

Vom 21. bis 23. Oktober fanden sich in Stuttgart junge Nachwuchswissenschaftler und Schriftsteller zum Workshop „Ostpreußen – nach 1945?“ zusammen. Veranstalter war die Landesgruppe Baden-Württemberg in Kooperation mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung, die eine Live-Übertragung im Internet möglich machte. Referenten und Teilnehmer konnten somit auch aus Berlin und der Republik Polen einbezogen werden.

Thematisch völlig neu war der Fokus auf das Leben und Wirken der Ostpreußen nach dem Untergang der Provinz. In zehn hervorragenden Vorträgen wurde anhand

von Einzelbeispielen die Vielfalt dieses Themas dargelegt. Es wurde viel über Mikrogeschichte erzählt, nicht von den bekannten Persönlichkeiten, sondern von Einzelschicksalen der vielen Millionen Unbekannten, die im Verborgenen an die Heimat dachten. Es ging um Erinnerungskulturen, im Privaten und in den Familien.

Blick junger Wissenschaftler

Nach einem Impulsvortrag des Seminarleiters am Freitag referierte die Rostocker Doktorandin Josephina Strößner über ihr Dissertationsprojekt zu den Musikkulturen ostpreußischer Vertriebenen. Der Sonnabend begann mit vier weiteren Vorträgen von Mitgliedern des neuen Nachwuchsnetzwerkes der Kulturstiftung JUWOST (Junge Wissenschaft West-Ost). Angelika Enders hielt ihren Vortrag über die „Ankunft und Integration der ostpreußischen Vertriebenen in Westdeutschland. Ostfriesland – eine neue Heimat?“ Der Beitrag von der in Frankfurt an der Oder lebenden Doktorandin Tatjana Kohler trug den Titel: „Die russlanddeutsche Fast-Landnahme in Kaliningrad Anfang der 1990er Jahre“. Lars Fernkorn sprach über die wichtigsten Stationen der Baugeschichte des Königsberger Doms und seiner Gegenwartsbedeutung für junge Russen. Matthias Lempart von der Kulturstiftung berichtete über das ostpreußi-

sche Pressewesen (1918–1945) und die Möglichkeiten für zukünftige Forschungsprojekte, die sich hieraus ergeben.

Ein weiterer Höhepunkt des Sonnabends stellte der Vortrag über Gräfe und Unzer von Anja Kurz dar, die bei dem Verlag angestellt ist und sich dezidiert mit der 300-jährigen Firmengeschichte auseinandergesetzt hat. Im Anschluss daran stellte ein neues Mitglied der Landesgruppe Baden-Württemberg ein Buch über die Geschichte der Wolfskinder vor. Es folgte eine angeregte Diskussion, die in einem gemeinsamen Abendessen und gemütlichen Beisammensein endete.

Blick junger Autoren

Eine besondere Freude war es, am Sonntag zwei Schriftsteller zu Worte kommen zu lassen. Marcel Krueger war Inhaber des Stadtschreiber-Stipendiums des Deutschen Kulturforums östliches Europa, das vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien seit mehreren Jahren finanziert wird. Er berichtete von seinen vielen Begegnungen während seiner Zeit als „Stadtschreiber von Allenstein“, seiner ganz persönlichen Familiengeschichte, den vielen Graustufen in der Geschichte Ostpreußens und Rissen, die kriegsbedingt durch die Familien gegangen sind.

Die polnische Schriftstellerin Karolina Kuszyk stellte ihr neues Buch „In den

Häusern der Anderen“ vor, welches sowohl in der Republik Polen als auch jetzt in der Bundesrepublik erschienen ist. Erst fünf Tage zuvor wurde das Werk im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung und Versöhnung in Berlin mit Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit vorgestellt. Sie zeichnete ein ähnliches Bild wie Krueger, nur aus polnischer Perspektive.

Es wurde überlegt, ob Ähnliches nicht auch in Russland und Litauen geschehen ist. Einen anderen Fokus auf Ostpreußen hat Florian Landes gelegt. Er entwickelte einen Gedanken, der in der „Zukunftswerkstatt Ostpreußen“ 2018 in Ellingen aufgeworfen worden war, weiter, und zwar, wie man junge Menschen für Ostpreußen stärker begeistern könnte. Die damals aufgeworfene Hypothese der Gruppe war, dass dem Smartphone eine wesentliche Bedeutung zukommt. Landes hat seitdem die Grundzüge einer App entwickelt, die die Nutzung historischer und digitaler Karten ortsunabhängig ermöglicht. Das ist nicht nur für Familienforscher und Historiker interessant, sondern ermöglicht auch das spielerische Selbst-Entdecken Ostpreußens auf Reisen.

Insgesamt stellte sich im Workshop heraus, dass es kein Schwarz-Weiß-Bild, sondern ein buntes Bild mit vielen unterschiedlichen Nuancen von Ostpreußen

gibt. Im europäischen Ausland hat man schon länger einen unbeschwerteren Umgang mit dieser Thematik. Dieser findet vor allen Dingen im kleinen Kreis der akademisch Gebildeten statt. Ihnen geht es manchmal um eine ökonomisch verwertbare Vermarktung, aber auch um den Erhalt der kulturellen und historischen Substanz, die sie inzwischen auch als Teil ihrer eigenen Identität betrachten.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass zwar nicht die Geschichte Ostpreußens als Provinz, jedoch aber die ostpreußische Geschichte, also die Historie ihrer Menschen und ihres Wirkens nach 1945 bis heute weitergeht.

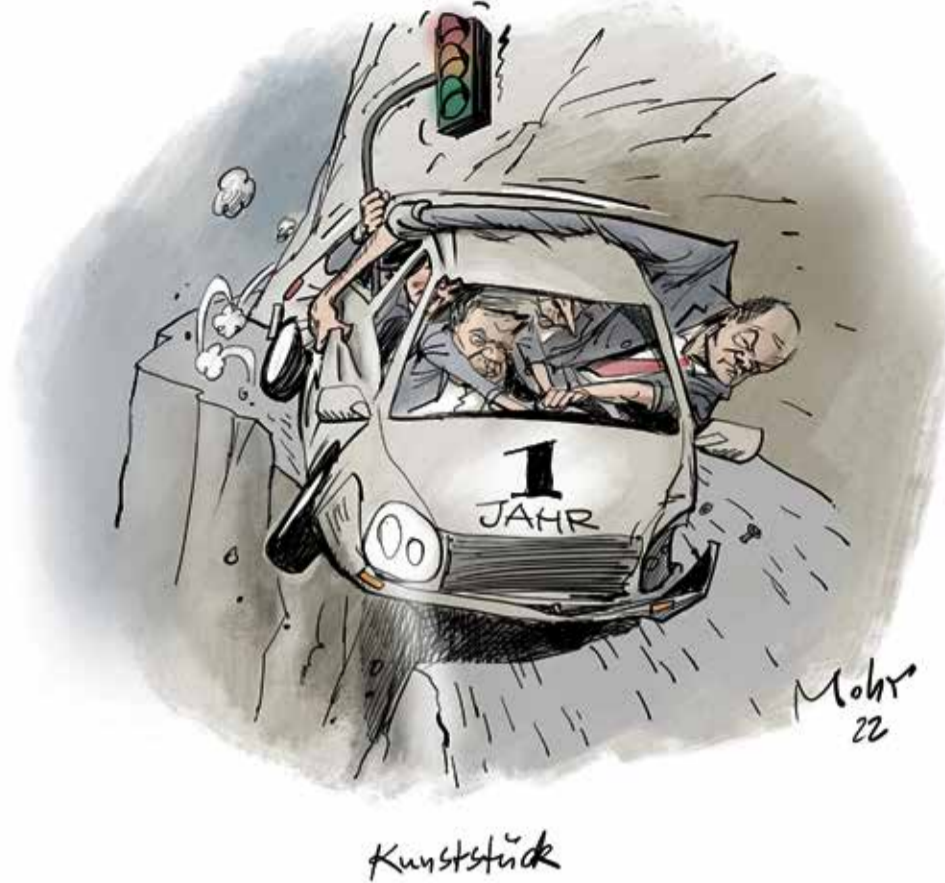
Ein drittes Ergebnis ist die Schaffung eines neuen wissenschaftlichen Netzwerkes zur Geschichte Ostpreußens, das zum jetzigen Zeitpunkt darin besteht, dass die Experten sich in dieser Anzahl und Vielfalt erstmalig persönlich kennengelernt haben.

Das Wochenende wurde, viertens, nicht nur dazu genutzt, deutschland- und europaweit Kontakte zu knüpfen, sondern auch um neue, junge Mitglieder in die Landesgruppe zu integrieren.

● **Dr. Andreas Borm** ist Vorstandsmitglied des BdV in Rheinland-Pfalz, Webmaster der LO in Baden-Württemberg und hat den Workshop geleitet.

● AUFGESCHNAPPT

Im Auftrag des Tabakkonzerns Philip Morris hat das Kölner „rheingold Institut“ zum dritten Mal eine Studie mit dem ambitionierten Titel „Wie wir wirklich leben“ vorgelegt. In einer „bundesweiten repräsentativen Befragung von 5252 Bürger:innen“ sollte hier die „Verteilung populistischer und expertokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung“ ermittelt werden. Ergebnis: Bei 19 Prozent sei die Neigung zum „Populismus“ hoch ausgeprägt, bei zwölf Prozent zur „Expertokratie“, jeweils fast 60 Prozent neigten zu beiden Komplexen in „mittlerer Ausprägung“. Und beide Komplexe seien „eine Gefahr für unsere Demokratie“. Schwer ist es allerdings nicht, zu einer solchen „Gefahr“ zu werden. Denn „Populist“ ist laut der Studie bereits, wer etwa meint, das „Volk und nicht die Abgeordneten sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen“. Zu den „Expertokraten“ wird derjenige gezählt, der glaubt, dass sich ein Politiker durch Bildung und Erfahrung auszeichnen sollte. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Frank Lübberding mahnt, angesichts des allgemeinen Erschreckens über die Niederwerfung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in China sollten sich viele Deutsche an die eigene Nase fassen. In der „Welt“ (2. Dezember) schreibt er:

„Jedes damals vorgebrachte Argument gegen die Wahrnehmung von in der deutschen Verfassung garantierten Grundrechten könnte heute auf die Demonstranten in China angewendet werden ... Wer heute die Bürgerrechte in China anmahnt, muss somit auch über das Staatsverständnis Auskunft geben, das er selbst in den letzten Jahren vertreten hat.“

Mattias Iken rechnet im „Hamburger Abendblatt“ (3. Dezember) mit einem Deutschland ab, das zwischen ideologischer Überheblichkeit, Realitätsferne und praktischer Unfähigkeit erstarrt zu sein scheint:

„Während in Schwellenländern die Menschen vom Rad aufs Auto umsteigen, machen wir es andersherum ... Wichtiger als die Probleme von heute sind unsere Wünsche für morgen, statt der Tristesse des Augenblicks flüchten wir uns in ein Wolkenkuckucksheim der Träume. Die Inszenierung wird wichtiger als das Ereignis ... Wir können keine Flughäfen mehr bauen, kein Konzerthaus mehr errichten, kein Windrad mehr aufstellen, keinen Tunnel mehr graben, ohne uns um Jahre zu verspäten und alle Kostenansätze zu sprengen.“

Im „Focus“ (3. Dezember) zweifelt Chefredakteur Robert Schneider an der generellen Kompetenz der Bundesregierung:

„Ich frage mich manchmal, ob es in der Regierung noch jemanden gibt, der den Überblick darüber behalten hat, was man den Bürgern so alles versprochen hat, aber leider nicht fristgerecht einhalten kann.“

Klaus Weselsky, Chef der Lokführergewerkschaft GDL, hat die Nase voll von der Maskenpflicht. In der Radiosendung „MDR Aktuell“ (5. Dezember) appelliert er:

„Jetzt beginnt es langsam, grotesk zu werden, weil meine Kolleginnen und Kollegen die einzigen sind, die sich aufgrund ihrer Verpflichtung von Arbeit her strikt dran halten müssen. Ich nehme zunehmend wahr, dass die Menschen sich dieser Maskenpflicht verweigern. Und ich sage: Es muss irgendwann mal gut sein.“

Manfred Haferburg meint auf „achgut.com“ (5. Dezember) zur Militanz und Gesprächsverweigerung von Klimafanatikern:

„Wie eine richtige Religion hat auch der Klimawandel seine Dogmen, die bei Strafe weder gelehrt noch angezweifelt werden dürfen. Nicht einmal angesprochen dürfen sie werden.“

● WORT DER WOCHE

„Morgens duzen wir unsere Lehrer, mittags kleben wir uns auf die Autobahn und abends wechseln wir unser Geschlecht.“

Serdar Somuncu, Kabarettist, erklärte im „stern-TV am Sonntag“ (4. Dezember), was er unter falsch verstandenem Liberalismus versteht

DER WOCHENRÜCKBLICK

An die Kette

Wie Habeck den Märkten die Richtung weist, und woher wir wissen, dass er gar nichts weiß

VON HANS HECKEL

S o, jetzt kann es endlich losgehen: Die Ampelregierung zündet gut ein Jahr nach ihrem Amtsantritt die zweite Stufe ihrer Erfolgsgeschichte. Klimawirtschaftsminister Habeck hat das Jahr 2023 zum „Jahr der Industriepolitik“ ausgerufen und uns voller Pathos wissen lassen, dass er ab sofort alle Fehler wiederholen will, welche schon ungezählte Volkswirtschaften zuvor in den Ruin getrieben haben.

Nun, ganz so „ungezählt“ vielleicht doch nicht. Ein fleißiger Kopf, dessen Name mir leider entfallen ist, hat vor Jahren mal Bilanz gezogen und kam auf 84 Länder, die seit 1917 den Sozialismus eingeführt haben. Davon (sprich: daran) pleitegegangen und also gescheitert sind: 84. Weitere Staaten wie beispielsweise Venezuela arbeiten noch an ihrem Ruin, wobei die Lateinamerikaner schon beachtliche Erfolge vorweisen können. Obwohl unter ihren Füßen die größten Erdölvorkommen der Welt lagern, ist in dem Land seit Jahren das Benzin knapp. So etwas können nur Sozialisten hinkriegen.

Damit das Publikum nicht gleich von der beklemmenden Erinnerung an die 84 roten Ruinen heimgesucht wird, hat Habeck den Zug ins Fiasko zeitgeistgerecht grün angemalt. Der Minister ist von der berechtigten Zuversicht erfüllt, dass die Masse der Deutschen auf die Hoffnung stiftende Tarnfarbe hereinfällt. Es geht schließlich ums „Klima“!

Kommen wir zu den Einzelheiten: Mit einigen auserkorenen Großkonzernen will Habeck „Klimaschutzverträge“ abschließen. Dafür müssen sie sich von der Regierung und den Bürokraten dort nur sagen lassen, was sie zu tun und zu lassen haben. Um in den erlauchten Kreis der Vertragspartner zu gelangen, müssen sich die Betriebe nur verpflichten, künftig das zu tun, was die Politik befiehlt, statt dem „Markt“ zu folgen.

Für Unternehmen, die sich auf diese Weise bereitwillig an die Kette staatlicher Zentralplanung legen lassen, birgt diese ökonomische Stallhaltung enorme Vorteile. Sie bekommen 15 Jahre lang Steuergelder geschenkt für ihre Investitionen und Betriebskosten. Mit den Steuermilliarden im Sack können sie bislang gleichrangige oder gar überlegene Konkurrenten aus dem Feld schlagen. Über Wohl und Wehe entscheiden dann ja nicht mehr die Kundenwünsche am Markt, sondern die Politikerwünsche in der

Planungszentrale. Klein- und Mittelbetriebe haben da kaum mehr eine Chance. Sie verfügen weder über die Lobbymacht der Großen noch über die Kapazitäten zur Bewältigung des zu erwartenden Bürokratieaufwands beim Buhlen um die Subventionen. Also dürften sie wohl hinten runterfallen.

Es kommt noch etwas Weiteres hinzu: Ist der Kreis der staatlich gelenkten Großunternehmen erst fest geschmiedet, brauchen die Insassen auch kaum noch neue Konkurrenz zu fürchten. Wird ihnen da nämlich einer gefährlich, können sie mit Verweis auf ihre vorbildliche Gefolgschaft jederzeit weiteres Steuergeld einfordern. Kein Politiker wird es dann wagen, sie einfach absaufen zu lassen („Arbeitsplätze in Gefahr!“). So friert die Struktur der deutschen Industrie nach und nach fest – fertig ist die Stagnation.

Habeck begründet seine historische Geistesfahrt mit der grundstürzenden Einsicht: „Die Politik kann Märkte nicht ersetzen, aber ohne Politik gehen die Märkte nicht in die richtige Richtung.“ Hätten wir schon vor mehr als hundert Jahren nach dieser Maxime gehandelt, wäre aus dem „Autoland Deutschland“ nie etwas geworden. Kaiser Wilhelm II. stand den stinkenden Gefährten anfangs voller Misstrauen gegenüber und sagte voraus, dass dem Pferd die Zukunft im Straßenverkehr gehöre. Erst nachdem „die Märkte“ eine ganz andere „Richtung“ erzwungen hatten, besann sich auch der Monarch und mauserte sich gar zum begeisterten Autofreund. Das zum Thema Politik und Märkte und wer besser weiß, wo's lang geht.

Die Furcht vor „fehlender Kontrolle“

Es ist die Begrenztheit des Wissens, die selbst exzellente Experten irren lässt – und Politiker erst recht. Die Experten (die wirklich welche sind) aber wissen um diese Begrenztheit, weshalb sie in Sachen Ökonomie auf die Marktwirtschaft setzen. Sie funktionieren wie die Evolution in der Natur, wo der Druck zu ständiger Optimierung von selbst zu Anstrengung und Innovation drängt. Wo aber niemand genau sagen kann, wie der Druck entstanden ist und wo er wirklich hindrängt.

Habeck dagegen ist wie jeder Sozialist durchdrungen vom Glauben an das umfassende Wissen und die Überlegenheit staatlicher Lenker wie ihm. Wie kommt er nur darauf? Die Antwort lieferte Henry Kissinger, der einst feststellte: „Um sich einer Sache vollkommen sicher zu sein, muss man entwe-

der alles darüber wissen – oder gar nichts.“ Seitdem wir wissen, dass Habeck nicht einmal weiß, was eine Insolvenz ist, ist uns aufgefallen, in welche Fraktion von Kissingers Einteilung der Minister gehört.

Wo das endet? In der Mangelwirtschaft natürlich. Um das vorauszuahnen, muss man mittlerweile nicht einmal mehr gelernter DDR-Bürger sein. Die staatlich gelenkte Energiewende hat bereits zu einem nie gekannten Energiemangel geführt. Die Blaupause für die Zukunft der grünsozialistischen Planwirtschaft liegt also für alle fühlbar vor.

Wer „A“ sagt, muss allerdings auch „B“ sagen, wie der Volksmund weiß. Treten Mangel und allgemeine Verarmung in vollem Umfang zutage, könnten es einige Aufrührer wagen, die Schuldigen zu benennen. Dem muss vorgebeugt werden durch eine sorgsame Kontrolle öffentlicher Meinungsäußerungen.

Hier aber droht ein herber Rückschlag. Elon Musks beunruhigende Pläne zur Wiederherstellung der Meinungsfreiheit bei Twitter hatten wir hier schon beim Wickel. Jetzt deckt der Unhold auch noch interne Akten des Konzerns auf, aus denen recht eindeutig hervorgeht, in welchem Umfang die Twitter-Mitarbeiter vor Musks Zeit einseitig linkspartheiisch agiert haben und wie dicke sie mit Joe Biden und dessen demokratischer Partei waren. Dazu muss man wissen: Musk hat einst selbst Joe Biden gegen Donald Trump unterstützt und zuvor schon Barack Obama. Er ist also nicht einfach „anders (sprich: rechts) parteiisch“, sondern offenbar tatsächlich darauf aus, die Meinungsfreiheit für alle wieder nach vorne zu bringen.

Umso alarmierter ist man in Deutschland und beim EU-Establishment. Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil hat jetzt die Konsequenzen gezogen und seinen Twitter-Account gelöscht. Er begründet das unter anderem mit „fehlender Kontrolle“ über die eingehenden Posts bei dem Kurznachrichtendienst. Aufschlussreiche Wortwahl. Binnenmarktkommissar Thierry Breton droht Twitter mit Strafzahlungen und notfalls sogar mit einer kompletten Sperre für die gesamte EU, falls „der Vogel“ nicht „nach unseren Regeln fliegt“. Vielleicht sollten wir mal darüber nachdenken, ob es nicht generell besser wäre, für die EU ein ganz eigenes Internet zu schaffen, das „kontrolliert“ ist und geschützt vor den Zumutungen einer freien Weltöffentlichkeit. Wie das in der Praxis geht, kann man in Pjöngjang erfragen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de